

Burkardt, Joseph Michael Vincenz,

Urgesetze des Staates und seiner nothwendigen Majestätsrechte

Bd.: 1,2

Erlangen 1807

Pol.g. 141-1,1/3

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10768507-5

Metaphysik

der

Criminalgesetzgebung

von

Von

Josef Mich. Vinc. Birkhofer

Erstausgabe

bei Johann Jakob Zimm

M e t a p h y s i k
der
Criminalgesetzgebung
im S t a a t e

V o n
J o s. M i c h. V i n c. B u r k a r d t.

Erlangen. 1807.
bei J o h a n n J a k o b P a l m.

U r g e s e t z e
des
S t a a t e s
und seiner
nothwendigen Majestätsrechte

systematisch bearbeitet

von

J o s. M i c h. V i n c. B u r k a r d t.

I. Theil. II. Heft.

Erlangen. 1807.

bei Johann Jakob Palm.

U r g e n t

des

2 t 3 4 5 6 7 8 9

und

nachwärtigen

systematisch

von

Joseph V. B. B. B.

I. Teil. II. Heft.

Erstausgabe

Verlag von J. B. B.

Den

Hochwohlgebohrnen Herren

Aloys Babtist Samhaber

B. R. D. Prorektor und Professor auf der Churfürstlichen
Universität zu Würzburg, und ehemaligen Hochfürstl.
Würzburgischen Geheimen Rathe

und

Gallus Aloys Kleinschrod

Professor des Criminalrechtes und der Institutionen eben-
dasselbst und ehemaligen Hochfürstl. Würzburgischen
Hofrathe

Meinen hochgelehrten und verehrungswürdigsten
Lehrern

als ein

Denkmal meiner Dankbarkeit, Ehrfurcht
und Liebe

gewidmet.

Den

Hochwohlgebornen Herren

Aloys Baptist Samhaber

H. R. D. Professor und Professor auf der Chirurgischen
Universitäts zu Würzburg, und ehemaligen Hochschol
Würzburgischen Geheimen Raths

und

Gallus Aloys Kleinschrod

Professor des Criminalrechts und der Inspecitiven eben
daselbst und ehemaligen Hochschol Würzburgischen
Hochschol

Meinen hochgelehrten und verehrungswürdigen
Lehrern

als an

Dankmal meiner Dankbarkeit, Ehrfurcht

und Liebe

gewidmet.

Hochwohlgebohrne Herren,

Meine verehrungswürdigsten Lehrer!

Mit dem aufrichtigsten Wonnegefühle benütze ich diese Gelegenheit, um Ihnen, meine verehrungswürdigsten Lehrer! meine Dankbarkeit hiemit öffentlich zu zollen, zu welcher mich Ihre Verdienste um mich so sehr verbinden.

Wenn ein guter Vater nur ausschliesslich für die physische Existenz seiner Nachkommen sorgen zu dürfen überzeugt seyn könnte; so wäre es allerdings ein ausgemacht wahrer Satz: dass denjenigen Personen, welche die wissenschaftliche und moralische Bildung jener Eleven über sich genommen haben, ein unabsehbar grösseres Verdienst zukommen müsse, als den Aeltern selbst. Denn nur darin bestehet das Verdienst, die Existenz eines Menschen

schen

schen befördert zu haben, dass diejenigen Anlagen, welche die wesentlichen Charaktere der Menschheit bestimmen, in gleichförmige Kräfte übergeben. — Die bloße physische Erzeugung verhält sich daher genau in dem nämlichen Verhältnisse zu der wissenschaftlichen und moralischen Bildung, wie sich die Hervorbringung eines bloßen Thieres zu jener eines Menschen verhält! — Je größer dabei das Streben dieser biedern Beförderer der Menschheit ist, desto vortrefflicher ist das Resultat ihrer Bemühungen, und desto größer das Verdienst derselben.

Nach dieser Ansicht betrachte ich mein Verhältniss, in welchem ich als Ihr ehemaliger Schüler zu Ihnen, meinen verdienstvollen Lehrern,

vern,

ren, gestanden bin. Wenn gleich das Publikum auf die rühmlichste Weise Ihr edles Streben kennet, mit welchem Sie Sich rastlos bemühen, Ihren Beruf für die wissenschaftliche sowohl als für die moralische Bildung der künftigen Staatsdiener auf die vollständigste Weise auszufüllen; so thut es doch meinem Herzen so wohl, Ihnen hiemit öffentlich sagen zu können: dass ich ebenmässig mit dem Publikum diese Ihre Vorzüge erkenne; dass ich Sie mit der schuldigsten Ehrfurcht und mit der innigsten Anhänglichkeit für Ihre Bemühungen um mich dankbar lobne, und sehnlichst jede Gelegenheit ergreifen werde, Ihnen die Wahrheit dieses meines Gemüthszustandes in der That an den Tag zu legen.

Neb-

*Nehmen Sie daher, meine erhabenen
Lehrer! dieses kleine Andenken von mir; es sey
vor der Hand das edelste Dokument, welches Ih-
nen beweisen mag, dass sich nicht unwürdig Ihren
ehemaligen Schüler nennet*

der Verfasser

J. V. Burkardt.

V o r r e d e.

Man hat keinesweges dem Bedürfnisse des absoluten Rechtsstandes ein Genüge gethan, wenn man die allgemeinsten Prinzipien der Staatslehre darstellt, und die einzelnen Theile derselben unbearbeitet läßt, obgleich jene einzelnen Theile ebenmässig einer ihren spezifischen Charakteren entsprechenden Gesetzgebung *a priori* unterliegen. —

Sobald es dieser Wissenschaft gelungen ist, die absolut rechtliche Genesis des Staates auszumitteln; so kommt es sodann auf die Erörterung derjenigen Gesetze an, welche mit unverbrüchlicher Appodixis die Aeusserungen des bereits begründeten Staates bestimmen. Denn es wäre durchaus widersprechend, wenn zwar für die eben erwähnte absolut rechtliche Genesis des Staates durch die Intelligenz gesorget wäre, allein wenn denn doch die erforderlichen Normen mangelten, welche durch ihr allge-

allgemein - und absolut - gültiges Ansehen die Sphäre des vorhandenen Staates bestimmen, auf deren Ausfüllung sich sein ganzer Endzweck und Beruf beziehet. Dieser Mangel ist demnach nicht nur schlechterdings undenkbar, sondern vielmehr durch das wirkliche Daseyn der Urgesetzgebung in der Intelligenz für einen jeden einzelnen Theil der Wirksamkeit des Staates gehoben, und da alle Wirksamkeit des Staates sich ursprünglich auf die Wesenheit der nothwendigen Majestätsrechte zurückführen läßt; so folget, daß jene Urgesetzgebung mit Recht die Urgesetzgebung der nothwendigen Majestätsrechte genannt werden kann. —

Aus denjenigen Prinzipien, welche ich bereits im ersten Hefte dieses Werkes aufgestellt habe, erhellet, daß die gesetzgebende Gewalt schlechthin das höchste Majestätsrecht des Staates sey, und die Wirksamkeit aller Uebrigen bestimme. Ebenmässig sind die höchsten Momente an dem so eben angezeigten Orte entwickelt, welche der Gesetzgebung überhaupt zukommen müssen, wenn letztere anders für den Staat im strengen Sinne, d. i. als den absoluten Rechtsstand anpassend seyn soll. Es bleibt daher noch übrig, diejenigen — jenen

nen höchsten Momenten zwar subordinirten, denn doch aber *a priori* begründeten Normen systematisch abzuhandeln, welche den einzelnen Theilen der Gesetzgebung zur ewigen Vorschrift werden, und die vollständige Genugthuung dieser Aufgabe kann ausser der Anwendung dieser Prinzipien in der Empirie nichts mehr für die Sphäre des Staates zu wünschen übrig lassen.

Zu Folge des Systemes werde ich vor Allem die Metaphysik der Criminalgesetzgebung abhandeln, dieser sodann die Metaphysik der Polizei, hiernächst jene des bürgerlichen Rechtes und endlich jene der Staatsökonomie folgen lassen. Ich habe hiebei die besten Schriftsteller für ein jedes besonderes Fach benützt, und dieselben im Durchschnitte angezeigt. Im Anbetrachte der Abweichungen meiner Meinung von den Darstellungen jener verdienten Männer sowohl, als in Hinsicht der Beurtheilung meiner aufgestellten Grundsätze habe ich mich schon zu Genüge in der Vorrede zum ersten Hefte erklärt, und glaube daher aller Wiederholung des schon einmal Gesagten mich überheben zu dürfen.

Das Studium der Geschichte der Gesetzgelehrtheit erwecket allerdings ein schaudervolles Gefühl bei dem Ansichtigwerden so vieler Theils absichtlichen, Theils nicht absichtlichen Mißgriffe, welche den Criminalgesetzgebungen der Vorzeit mit Recht zur Last fallen. Wenn man auf jene Zeiten zurücksieht, wo Galgen, Spiese und Räder durch die angehefteten Körper von Missethättern die augenscheinlichsten Beweise der herrschenden Barbarei waren; wenn man die unübersehbare Menge erwäget, welche durch das blutdürstige Auto-da-fe das mitleidswürdige Opfer einer fanatischen und sogar sittlich verdorbenen Parthei wurde; wenn man endlich sogar die widersprechende Verfahrungsart berücksichtigt, welche man zur Entdeckung der Missethaten anwandte; so darf man allerdings der Menschheit Glück wünschen, daß sie nun anfängt, sich mit Energie aus dieser düstern Nacht der Barbarei zu erheben, und sich auf einen solchen Standpunkt zu schwingen beginnet, welcher durch das Licht des schlechthin Wahren erhellet, dem Verstande die richtigen Normen zu erkennen möglich macht, und das Gefühl für die Verehrung derselben erhebet und belebet. —

Die

Die Wissenschaft der Criminalgesetzgebung kann aber so lange nicht vollständig gedeihen, so lange ihr Begriff nicht mit der erforderlichen Präzision festgesetzt, und das durch denselben bestimmte Objekt nicht von allen übrigen Theilen der Gesetzgebung genau zu scheiden vermag. Wenn man sich nicht bestrebet, aus dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaft die Rapsodie zu entfernen, und an die Stelle jenes gemeiniglich auf gutes Glück hingeworfenen Aggregates ein strenges System zu begründen, welches alle Theile dieses großen Feldes im continuirlichen Zusammenhange umfasset, und sich endlich an die einschlagenden Prinzipien der Philosophie anknüpft; so erwächst nicht bloß in soferne ein großer Schade, daß mannichfaltige Lücken noch Vieles auf eine sehr nachtheilige Weise vermissen lassen, sondern es gebricht dann auch das erforderliche Band, durch welches die genaue Kritik auf einen jeden einzelnen aufgestellten Satz übertragen werden kann, welche doch so nothwendig ist, um mit der vollen Gewissheit einzusehen, daß jene aufgestellten Sätze keinesweges vorgefaßte Meinungen, sondern vielmehr die unverfälschten Resultate absolut wahrer Prinzipien seyen.

In

In dieser Absicht werde ich vor Allem den höchsten Eintheilungsgrund der Gesetzgebung überhaupt festsetzen, aus demselben sodann die zweifache Obereintheilung derselben herleiten, welche Obereintheilung der Gesetzgebung überhaupt im Anbetrachte ihres ersten Theilungsgliedes eine weitere zweifache Eintheilung nothwendig macht, deren ebenmäßiges erstes Glied den Gegenstand bestimmt, welcher im vorliegenden Hefte verhandelt werden soll, und, wie ich schon erwähnt habe, in der Metaphysik der Criminalgesetzgebung bestehet.

Aus dem Begriffe der Criminalgesetzgebung, welcher nothwendig zum Voraus festgesetzt werden muß, werden die wesentlichen Bestandtheile derselben entwickelt, und *a priori* — als Norm für eine jede statutarische Gesetzgebung — erörtert. Wenn an manchen Orten die Reflexion auf bloß statutarische Gesetze hingeleitet ist, um die Haltbarkeit oder Verwerflichkeit der letztern nach den vorausgeschickten Prinzipien *a priori* zu prüfen; so kann dieses unmaßgeblich eine hinlängliche Rechtfertigung für sich haben, da dergleichen Reflexionen wegen dem herrschenden oder doch

doch wenigstens noch nicht gänzlich zum Gewinn der guten Sache befestigten Zeitgeiste allerdings ihren vortrefflichen Nutzen haben, und daher auch in diesem metaphysischen Werke episodisch eine Erörterung verdienen.

Die beiden Streitfragen, welche die Zulässigkeit der Zurechnung (Imputation) und der Todesstrafen betreffen, habe ich an Ort und Stelle gehörig erwogen, und meines Erachtens nach allgemeingültigen Prinzipien entschieden. Beide gehören zu den wichtigsten Vorwürfen, welche der Sphäre der Criminalgesetzgebung eigenthümlich sind, und erfordern somit um so mehr eine streng-philosophische Kritik; da erstere auf die Seele der Criminalgesetzgebung gerichtet ist, und da die letztere den Bestand des höchsten Urrechtes in physischer Hinsicht, d. i. des animalischen Lebens eines manchen strafbaren Subjektes angehet, dessen Zerstörung indirekte die Vernichtung des absolut höchsten Urrechtes der totalen Vervollkommnung als die nothwendige Folge nach sich zieht.

Indem ich diese Bemerkungen zur desto bessern Uebersicht nicht nur auf das Ganze

die-

dieses Heftes, sondern auch der drei zunächst folgenden Hefte hiemit vorausschicke, wünsche ich sehnlichst, daß mein Streben nach Wahrheit von Niemand mißkannt werden, und daß das Gute, welches ich vortrug, zum Heil der Menschheit mit wahrem Eifer zur Wirklichkeit gebracht werden möge.

Werneck den 16. Sept. 1805.

Der Verfasser.

Inhaltsanzeige.

II. Hauptstück.

Von dem Umfange der Gesetzgebung im Staate.

I. Abschnitt.

Von der Polizei im Allgemeinen.

Eintheilungsgrund der Gesetzgebung. §. 1 — 3.

Eintheilung derselben (die Gesetzgebung im Allgemeinen beschäftigt sich entweder *direkte* mit der Sicherstellung der Urrechte, und in soferne ist sie die Gesetzgebung *der Polizei überhaupt*; oder thut sie dieses nur *indirekte*, und dann bestimmt sie die Rechtlichkeit der Erwerbarten im Staate: — das *bürgerliche* Recht und die *Staatsökonomie*. §. 4.

Beweise ihrer Richtigkeit. §. 5 — 10.

Begriff der *Polizei im Allgemeinen*. §. 11.

Rechtfertigung dieses Begriffes. §. 12 — 15.

Eintheilungsgrund der Polizei im Allgemeinen. §. 16.

Eintheilung derselben (in die Criminalgesetzgebung und in die Polizei im engeren Sinne). §. 17.

Beweis der Richtigkeit dieser Eintheilung. §. 18.

II. Haupt-

II. Hauptstück.

II. Abschnitt.

Von der Criminalgesetzgebung im Staate.

Begriff der Criminalgesetzgebung. §. 19.

Begriff der schweren Angriffe auf die Urrechte. §. 20—21.

Bestimmung des Wirkungskreises der Criminalgesetzgebung. §. 22.

Ueber Gotteslästerung, Ketzerei, fleischliche Vergehungen und den Duell eine episodische Bemerkung.
§. 22. Anmerk.

Grund des Unterschiedes der Verbrechen unter sich. §. 23—26.

Mittel zu dem Endzwecke der Criminalgesetzgebung und ihre Modifikation. §. 27—30.

Erste Art derselben. — Begriff der peinlichen Strafen.
§. 31.

Deren Verhältniß zu den Verbrechen im Allgemeinen.
§. 32—33.

Zweifache Eintheilung der peinlichen Strafen. §. 34.

Unzulässigkeit der Landesverweisung, des Brandmarken und Verstümmeln der Verbrecher. §. 34.
Anmerk.

Erste Art der peinlichen Strafen. §. 35.

Zweite Art derselben. — Von der Todesstrafe, Prinzip und dreifache schlechthin nothwendige Bedingung ihrer Zulässigkeit. §. 36.

Beweis des ersten Satzes. §. 37—38.

Beweis des zweiten Satzes:

a) Nach dem strengen Rechte. §. 39—47.

b) Nach der rechtlichen Klugheit. §. 48—58.

Beweis

Beweis des dritten Satzes:

- a) Nach dem strengen Rechte. §. 59—61.
- b) Nach der Ethik. §. 62.
- c) Nach der rechtlichen Klugheit. §. 63.

Unzulässigkeit einer grausamen Gefangenschaft,
besondere Vorthelle, welche aus einem ge-
mäßigten Strafsysteme entspringen. §. 63.
Anmerk.

**Lehre von der Schärfung und Milderung der peinlichen
Strafen. §. 64—67.**

Beweise der Zulässigkeit der Schärfungsmittel:

- a) Nach dem strengen Rechte. §. 68.
- b) Nach der rechtlichen Klugheit. §. 69.

Von der Einrichtung der Gefängnisse. §. 70.

**Wirkungen der ausgestandenen Strafe für den Verbre-
cher. §. 71.**

**Zweite Art von Mittel zu dem Zwecke der Criminalgesetz-
gebung. §. 72.**

Unterabtheilungsgrund derselben. §. 73.

Unterabtheilung derselben. §. 74—75.

**Von der vollständigen Entdeckung des Corpus delicti.
§. 76.**

Zweifache Erforderniß derselben. §. 77—78.

**Von der Untersuchung des objektiven Antheiles des
Corpus delicti. §. 79—82.**

**Von der Untersuchung des subjektiven Antheiles des
Corpus delicti. §. 83—85.**

A) Von der Gewissheit des Thäters. §. 86.

B) Von der rechtlichen Zurechnung. §. 87—89.

Bedin-

Bedingung aller Zurechnung. §. 90.

Analytik des Begriffes dieser Bedingung. §. 91—97.

Resultat der rechtlichen Zurechnung, Eintheilungsgrund der Vergehungen. §. 98—99.

Zweifache Eintheilung derselben. §. 100.

Fernere Entwicklung dieser Eintheilung. §. 101. bis 102.

Zulässigkeit dieser Eintheilung in der Criminalgesetzgebung. §. 103—107.

Unterschied der rechtlichen Zurechnung von der ethischen. §. 108.

Folgerungen aus diesem Unterschiede. §. 109.

Grundsätze der rechtlichen Zurechnung in concreto. §. 110—120.

Von dem Beweise des subjektiven Antheiles des Corpus delicti. §. 121.

Von den Beweismitteln. §. 122—125.

Cautelen der Beweismittel in der Criminalgesetzgebung. §. 126—129.

Endzweck des Verhöres des Angeschuldigten. §. 130.

Nothwendige Cautelen des Verhöres:

A) Zweifache Tendenz desselben. §. 131.

B) Legale Form der Fragen. §. 132.

Von den Suggestionen überhaupt und

a) Von den Suggestiv- und verfänglichen Fragen insbesondere. §. 133—139.

b) Von der Confrontation der Zeugen. §. 140—146.

Wirkungen eines vollständigen Beweises gegen den Inquisiten. §. 147.

Wirkungen eines unvollständigen Beweises gegen denselben. §. 148 — 154.

Unzulässigkeit einer jeden Gewalt gegen den läugnenden Verdächtigen. §. 155 — 157.

Widerrechtlichkeit eines harten Gefängnisses und der willkührlichen Mißhandlungen überhaupt. §. 158.

Unzulässigkeit der Tortur insbesondere:

a) Nach dem strengen Rechte. §. 159 — 160.

b) In ethischer Hinsicht. §. 161.

c) Nach der rechtlichen Klugheit. §. 162 — 168.

Wesentliche Eigenschaften des peinlichen Urtheiles. §. 169 — 173.

Wirkungen der rechtmässigen peinlichen Urtheile. §. 174 — 176.

Von dem Begnadigungsrechte überhaupt und der Abolition insbesondere. §. 177 — 178.

Rechtliche Exemption von dem allgemeinen Strafgesetze. §. 179.

Gesetz dieser rechtlichen Exemption. §. 180 — 183.

Nähere Beleuchtung dieses Gesetzes. §. 184 — 186.

Bemerkungen über die vom Hrn. Prof. *Kleinschrod* und vom *Filangieri* aufgestellten Grundsätze des Begnadigungsrechtes. §. 186. Anmerk.

Von der Verjährung in der Criminalgesetzgebung. §. 187.

Unzulässigkeit derselben:

a) Nach dem strengen Rechte. §. 188 — 190.

b) Nach der rechtlichen Klugheit. §. 191 — 198.

Von

Von der Vollstreckung des peinlichen Urtheiles. §. 199.

Requisite derselben:

a) Nach dem strengen Rechte. §. 200.

b) Nach der rechtlichen Klugheit. §. 201 — 205.

Von dem rechtmässigen Forum der Criminalgerichtsbarkeit.
§. 206.

Von den Kosten in der Criminalgesetzgebung. §. 207 — 215.

Beschluß der Metaphysik der Criminalgesetzgebung.
§. 216 — 219.

II. Hauptstück.

Von dem Umfange der Gesetzgebung.

I. Abschnitt.

Von der Polizei im Allgemeinen.

§. 1.

Eintheilungsgrund der Gesetzgebung.

Alle mögliche Handlungen, welche von Menschen unternommen werden können, und zur Wechselwirkung mit andern rechtsfähigen Wesen gehören, betreffen entweder die *Urrechte* derselben, oder ihre *Derivativrechte*. — Die Urrechte können von dem Gesetzgeber weder besonders bestimmt, noch abgeändert werden; denn sie sind vor aller Gesetzgebung schon unabänderlich, und schlechthin unbedingt das, was sie sind; die Gesetzgebung kann sie daher nur *sichern*. —

§. 2.

Fortsetzung.

Die *Derivativrechte* aber sind solche Rechte, welche ihre rechtliche Nothwendigkeit nur daher erhalten, daß sie sich in Hinsicht ihres entfernten

Entstehungsgrundes auf die Urrechte stützen, und als den nächsten Grund ihrer Existenz einen in der Sinnenwelt erkennbaren Akt zum Voraus setzen, durch dessen Daseyn ihr Materiale, zu Folge der ihnen entsprechenden Urrechte, mit dem Rechtsgesetze des höchsten Urrechtes in ein Verhältniß gesetzt wird. Hieher gehört somit nicht nur die Erwerbung des Eigenthums *in concreto*, sondern auch die Erwerbung aller persönlichen Verbindlichkeiten unter der nämlichen Ansicht.

§. 3.

Fortsetzung.

Die Derivativrechte sind auf diese Art nicht unabänderlich und ewig, wie die Urrechte. Obgleich ihr *entfernter* Entstehungsgrund (§. 2.) jederzeit in den Urrechten liegen muß, und daher eben so wenig einer besondern Bestimmung bedarf, als dieselbe für das Wesen der Urrechte selbst zulässig seyn kann (§. 2.); so ist es doch ein vorzügliches Bedürfniß für den Rechtsstand, daß auch der *nächste* Grund derselben, welcher in einem willkührlichen Akte bestehet (§. 2.), und daher öfter zu unbestimmt ist, *gehörig angegeben und erkennbar gemacht werden möge*; indem sonst tausendfache Strittigkeiten über die Zuständigkeit der Derivativrechte die mannichfaltigsten Veranlassungen zu Angriffen auf die Urrechte abgeben würden. —

§. 4.

Eintheilung derselben.

Die Gesetzgebung im Allgemeinen beschäftigt sich daher entweder *direkte* mit der Sicherstellung der Urrechte, und in soferne ist sie die Gesetzgebung der *Polizei überhaupt*; oder thut sie dieses nur *indirekte*, und dann bestimmt sie die *Rechtlichkeit der Erwerbarten im Staate*. —

§. 5.

Beweise ihrer Richtigkeit.

Dafs diese, so eben gegebene, Eintheilung nicht nur richtig, sondern sogar die *einzigmögliche* sey, erhellet zu Genüge aus folgenden Punkten.

§. 6.

Fortsetzung.

Erstens, erfordert eine richtig getroffene Eintheilung unumgänglich nothwendig, dafs in den Unterarten ein solcher Endzweck und ein solches Objekt Statt habe, das mit dem Endzwecke und mit dem Objekte der Gattung generisch identisch sey. — Dieses Prinzip, dessen Gültigkeit gewifs Niemand bezweifeln wird, auf den vorliegenden Fall angewandt, erzeugt die nothwendige Folge, dafs der Endzweck sowohl, als das Objekt eines jeden Theiles der Gesetzgebung mit dem Endzwecke und dem Objekte der Gesetzgebung überhaupt generisch einerlei seyn müsse; dafs sofort die Wirklichmachung

des objektiven Rechtes eben so der Endzweck, als das Objekt eines jeden Theiles der Gesetzgebung seyn müsse, als sie der *unbedingte* Endzweck und Gegenstand der Gesetzgebung überhaupt ist.

§. 7.

Fortsetzung.

Zweitens, muß der Endzweck und das Objekt der Theilungsglieder spezifisch unter sich sowohl, als auch von ihrem Mutterstamme verschieden seyn. — Denn ohne diesem spezifischen Unterschiede wären sie nicht nur unter sich einerlei, sondern auch mit ihrer Gattung eins und eben dasselbe. — Wenn denn aber doch schlechterdings kein anderer Endzweck und kein anderes Objekt für die Gesetzgebung überhaupt zugelassen werden kann, als die Wirklichmachung des objektiven Rechtes; so kann auch nur die spezifische Verschiedenheit des Endzweckes und des Objektes der einzelnen Theile der Gesetzgebung in dem spezifischen Unterschiede des objektiven Rechtes unter sich ausgemittelt werden. — Der einzig mögliche Unterschied des objektiven Rechtes ist aber bloß darauf beschränkt, daß einige Rechte *unveräußerliche, ewige Rechte — Urrechte*, — andere aber *veräußerliche und durch die Zeit beschränkte, d. i. Derivativrechte* sind. —

§. 8.

Fortsetzung.

Drittens, ist zu Folge des eben dargestellten, disjunktiven und eben deswegen strenge logischen,
zwei-

zweifachen Endzweckes und Objectes gleichfalls nur eine zweifache Eintheilung platzgreifend, und eine mehrfache Eintheilung ist der Staatslehre, als Resultat der Rechtslehre, und als strenger Wissenschaft durchaus fremde, — denn eine mehrfache Eintheilung würde gerade da, wo die Apriorität am nachdrucksamsten ihren Einfluß äussern sollte, den unzuverlässigen Charakter der Empirie annehmen, und auf diese Weise der Staatslehre in ihren einzelnen Theilen mit der Erkenntnißquelle *a priori* die Apodixis rauben, welche diese doch so nothwendig bedürfen; wenn sie den erwünschten, und von der Intelligenz so dringend als Bedürfnis dargestellten, Maasstab aller nur möglichen Gesetzgebung ausmachen sollen. — *

* Anmerk. Es ist ein bedeutender Mangel des Systems, wenn man (wie bisher doch gemeinlich geschehen ist) die Arten der Aeusserungen der Gesetzgebung, anstatt dieser strenge logischen Eintheilung, in vier Theilungsglieder, welche einander coordiniret wären, nämlich in die Criminal- in die Polizei- in die bürgerliche- und in die Staatsökonomie-Gesetzgebung bestimmet. Der daraus hervorgehende Nachtheil für die Theorie einer jeden einzelnen dieser Theile der Gesetzgebung und für die wissenschaftliche Homogeneität des Ganzen entstehet dadurch nach seiner vollwichtigen Bedeutung, daß in dergleichen Fällen die vollständige und deutliche Erkenntniß des Eintheilungsgrundes, und somit auch der jenen Theilen

len der Gesetzgebung zu Grunde liegenden Cardinalbegriffe gebricht, wobei es somit kein Wunder seyn kann, wenn sowohl die Gränzbestimmung jener Theile unter sich einem heftigen Streite unterlieget, als auch wenn die Ausführung eines jeden Einzelnen derselben sehr schwankend und unvollkommen ausfällt, und das Ganze mehr einem Aggregate unregelter Materialien, als einem wissenschaftlichen Systeme gleicht.

§. 9.

Fortsetzung.

Viertens, begreift diese Eintheilung alle nur mögliche Unterarten der Thätigkeit der Gesetzgebung in sich, wie ich noch im Verlaufe in der hiedurch möglichen systematischen Ordnung darthun werde.

§. 10.

Fortsetzung.

Fünftens, wird sich in eben dieser systematischen Ordnung zeigen, daß jedem einzelnen dieser beiden Felder der Gesetzgebung nothwendig und ausschliesslich sein hier dargestellter Endzweck und sein Objekt zukomme, wie nicht minder, daß aus der so geeigneten Verschiedenheit dieser gedachten Stücke die wesentliche Beschaffenheit der verschiedenen Felder der Gesetzgebung schlechthin hervorgehe. — *

* An-

* Anmerk. Da aus den bereits angezeigten Gründen obige Eintheilung der Gesetzgebung (§. 4. d. H.) gerechtfertiget ist; so ersuche ich den Leser, dieselbe recht genau zu berücksichtigen, weil sie in diesem ganzen Systeme den wichtigsten Einfluss nothwendig äussern wird.

§. 11.

*Begriff der Polizei im Allgemeinen. **

Die Gesetzgebung der *Polizei im Allgemeinen* ist billig das erste Eintheilungsglied der Gesetzgebung überhaupt. Denn ihr Endzweck und ihr Gegenstand bestehet geradezu in der Sicherstellung der Urrechte des Menschen gegen jede offenbare und heimliche Gewalt, und diese sind durchaus unbedingt. Daher ist der Begriff der Gesetzgebung der *Polizei überhaupt* nach der wesentlichen Beschaffenheit ihres unbedingten Endzweckes und Gegenstandes kein anderer, als *dass sie in dem Umfange derjenigen Gesetze besteht, welche die Urrechte der Menschheit gegen jede offenbare und heimliche Gewaltthätigkeit auf die bestmögliche Art unbedingt garantiren und sicher stellen.* —

* Anmerk. Siehe den §. 4. d. Heftes.

§. 12.

Rechtfertigung dieses gegebenen Begriffes.

So sehr man mir bei dieser gegebenen Erörterung der Polizei im Allgemeinen dem ersten Anscheine

scheine nach den Vorwurf der Einseitigkeit machen könnte, so leicht zerfällt dieser in sein Nichts zurück, wenn man auf folgende Momente reflektirt, welche in der Erörterung der Polizei im Allgemeinen liegen, und auch die Wesenheit derselben gänzlich entschöpfen.

§. 13.

Fortsetzung.

Nicht nur diejenige widerrechtliche Gewalt, welche geradezu gegen das Leben, die Freiheit u. d. g. m. gerichtet ist, greift die Urrechte der Menschheit an; sondern auch eine jede offenbare und geheime Gewalt, welche dem Körper ein Schmerzgefühl zufüget, oder welche in das Eigenthum eines Dritten *in concreto* eingreift. — Denn ein solcher unrechtmässiger Impugnant muß schlechthin bei dieser seiner Handlungsweise den Willen haben, den Angegriffenen in dem nämlichen Grade nicht als *Person*, sondern vielmehr als *blofse Sache* zu behandeln, in welchem seine widerrechtliche Gewalt den freien Wirkungskreis des Angegriffenen zerstöhrt. — Einen Dritten mißhandeln, ihm sein Eigenthum rauben, heißt gerade so viel, als durch diese Handlung selbst ausdrücklich erklären, daß man die Unverletzlichkeit seiner Person und seines Eigenthumes nicht anerkennen wolle; sondern vielmehr, daß man den Willen habe, jenen Dritten unter der nämlichen Beziehung als rechtlos ansehen, und als blofse Sache der Willkühr behandeln wolle. — Auf diese Art

Art ist somit durchaus keine gewaltsame Handlung gedenkbar (woran sie sich auch immer unmittelbar äussern möge), welche nicht durch die ihr zu Grunde liegende und schlechthin von ihr nicht zu trennende böse Gesinnung einen Angriff auf die *Urrechte* der Menschheit in sich schliesst. —

§. 14.

Fortsetzung.

Nicht minder wichtig ist die Bemerkung, daß der Staat, in wieferne er *unaufgefordert* und *unbedingt* der Garant der Sicherheit gewisser Rechte wird, zum Voraus schlechterdings versichert seyn muß, daß er bei der Vollstreckung seiner Garantie die Uebereinstimmung des Beleidigten zu erwarten habe. — Denn wenn die Uebereinstimmung des Beleidigten nicht *zum Voraus* gewiß und unfehlbar von dem Staate angenommen werden müßte; so würde der Staat nicht *unaufgefordert* von dem Beleidigten gegen den Beleidiger verfahren können; da in diesem Falle das Sprichwort eintreten würde: *Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter.* — Das Kriterium der Widerrechtlichkeit der fraglichen Handlung würde vielmehr nur *in dieser Aufforderung selbst* liegen. —

§. 15.

Fortsetzung.

Wenn daher denn doch in dem Begriffe der *Polizei* nothwendig das wesentliche Merkmal enthalten

halten ist, daß der Staat der *unbedingte* Garant gewisser Rechte sey, dieselbe somit ohne vorhergegangener Aufforderung zu schützen, und die angemessene Strafe * gegen den Beleidiger zu verfügen habe; so müssen diejenigen Rechte, auf welche eine solche, durch keine vorhergehende Aufforderung von Seite des Beleidigten bedingte Garantie bezogen werden soll, von derjenigen Eigenschaft seyn, daß sie *als schlechthin unveräusserlich* betrachtet werden müssen, in Hinsicht welcher jeder gewaltsame Angriff durchaus und *in thesi*, ohne alle Rücksicht auf die Gemüthsstimmung des Beleidigten, schon der absoluten Aussage der Intelligenz zu Folge, als widerrechtlich erkannt werden muß. — Dieser Charakter aber kömmt ausschließlich den Urrechten zu, daher können auch nur diese einzig in den Begriff der *Polizei* zugelassen werden.

* Anmerk. Alle *eigentlichen Strafen*, welche die Gesetzgebung anzudrohen berechtigt ist, gehören der Polizei im Allgemeinen, oder welches gleichviel ist, je einer ihrer beiden untergeordneten Theilungsglieder anheim. Sie setzen jederzeit einen heimlichen oder offenbaren Angriff zum Voraus, und es ist somit der Unterschied klar, welcher zwischen den Strafen obwaltet, die zwar wegen dem Zusammenhange der Sache öfter ein Ausfluß von der *bürgerlichen* Gerichtsbarkeit zu seyn scheinen (wie dieses z. B. gegen vorsätzliche Gantschuldner, gegen Prozeßsüchtige u. d. g. m. der Fall ist), eigentlich aber doch als die Wirkung der *Polizeigewalt*

walt angesehen werden müssen, und zwischen den sogenannten Präjudizen, welche das bürgerliche Recht erkennen, und die in der Annahme der Verzichtleistung auf ein sonst zuständiges Derivativrecht bestehen. In dem letztern Falle veranlasste der Inhaber jenes Derivativrechtes selbst dadurch jene Annahme, daß er der gehörig bekannt gemachten Auflage des bürgerlichen Richters entweder gar nicht, oder doch nicht gehörig Folge leistete, und auf diese Art stillschweigend dem Richter zu erkennen gab, daß er lieber auf sein wohlerworbenes Recht Verzicht leisten, als daß er sich der Auflage unterwerfen wolle, welche zur Handhabung der gehörigen Ordnung in dem öffentlichen Geschäftsgange nothwendig ist.

§. 16.

Eintheilungsgrund der Polizei im Allgemeinen.

Die *Polizei im Allgemeinen* enthält, in wieferne sie die Sicherstellung gegen Angriffe *widerrechtlicher Menschen* bezwecket, wieder zwei Unterarten in sich, welche eigentlich von dem Grade der Schwere des widerrechtlichen Angriffs auf die Urrechte abhängen. Der Mörder greift durch den Mord die Urrechte der Menschheit ungezweifelt schwerer an, als derjenige, der durch seine Unreinlichkeit Moräste und Sümpfe veranlaßt, welche durch ihre üble Ausdünstungen der Gesundheit der Angränzenden nachtheilig werden. —

Eintheilung derselben.

Diesem zu Folge hat die Gesetzgebung der Polizei überhaupt entweder die Sicherstellung gegen *wichtige* Angriffe widerrechtlicher Menschen zum Endzwecke, oder beschränket sie sich nur auf die Verhütung von *minder wichtigen* Angriffen. — Die *Polizei überhaupt* ist daher entweder die *Criminalgesetzgebung*, oder die *Polizei im engeru Sinne*.

Beweis der Richtigkeit dieser Eintheilung.

Die generische Homogeneität dieser beiden Theilungsglieder mit ihrem Mutterstamme liegt in der wesentlichen und beiden eigenthümlichen Eigenschaft, daß sie Beide die Sicherstellung der Urrechte gegen Angriffe, welche von *widerrechtlichen Menschen* geschehen, können, *unaufgefordert* bezwecken. — Die spezifische Verschiedenheit derselben aber bestehet darin, daß bei der Polizei überhaupt keine Rücksicht auf den Grad der Schwere des Angriffes genommen ist; da somit diese Berücksichtigung nicht nur die beiden Theilungsglieder unter sich, sondern auch ein jedes einzelne Theilungsglied von seinem Mutterstamme unterscheidet. Dieser spezifische Unterschied hat für ein jedes dieser Theilungsglieder besondere Resultate, welche zur Ergänzung des Systemes an Ort und Stelle ihre Erklärung erhalten werden.

II. Hauptstück.

II. Abschnitt.

Von der peinlichen Gesetzgebung.

§. 19.

Begriff der Criminalgesetzgebung.

Die *peinliche Gesetzgebung* bestehet zu Folge der Eintheilung in demjenigen Umfange von Gesetzen, welche die Urrechte der Menschheit gegen *schwere* Angriffe widerrechtlicher Menschen sichern sollen. — Das System derjenigen Prinzipien, welche die ewigen und absolut nothwendigen Modifikationen einer jeden nur möglichen Criminalgesetzgebung in sich enthalten, und zum Unterschiede mit einer jeden statutarischen Gesetzgebung *a priori* erkannt werden, macht die *Wissenschaft* der Criminalgesetzgebung aus.

§. 20.

Begriff der schweren Angriffe.

Welche Angriffe aber zu den *schweren* gerechnet werden müssen, und welche nicht, erhellet daraus, ob durch eine gewaltsame Handlung je ein Urrecht *unmittelbar*, oder, was gleich viel ist, in seinen *wesentlichen* Eigenschaften angegriffen, oder ob dasselbe nur in einer *ausserwesentlichen* Hinsicht (wel-

(welche zwar allerdings zu der erhöhten Wirksamkeit jenes Urrechtes bei ihrem unverletzten Zustande zuträglich gewesen wäre) gestöhrt worden ist. — Aus diesem allgemeinen Grundsatz erhellet, warum derjenige, der einen Andern auf der Stelle ermordet, eben so gut vor das Forum der Criminalgerichtsbarkeit gehört, als jener, der durch ein langsames und schleichendes Gift den Tod eines Andern bewirkt; wie nicht minder, warum derjenige, welcher einem Andern die Haare abschneidet, nicht gleich einem Mörder gegen die Criminalgesetzgebung, sondern bloß gegen die Polizeigesetze im engern Sinne sich verfehlt habe. Nach einer gleichen Ansicht ist die Nothzucht zu beurtheilen, welche ein Unrecht, das aus dem höheren Unrechte zur freien Wahl des Gatten folgt (§. 33.), in seiner Wesenheit zerstöhrt, wenn man dieselbe mit einem frechen Antasten in ein Verhältniß setzen will. —

§. 21.

Verbrechen und Vergehen schlechthin, oder Frevel.

Solche gewaltsame Handlungen also, welche je ein Unrecht in seinen wesentlichen Eigenschaften verletzen, heißen *schwere* Angriffe, und werden mit der besondern Benennung der *Verbrechen*, zum Unterschiede von jenen weniger schweren Angriffen, welche man bloß mit dem Namen der *Vergehen* oder *Frevel* bezeichnet.

§. 22.

Bestimmung des Wirkungskreises der Criminalgesetzgebung.

Hieraus ist daher ersichtlich, daß der Wirkungskreis der *Criminalgesetzgebung* sich auf die *Verhütung von Verbrechen* beziehe. *

* *Anmerk.* Aus diesen Prinzipien ist daher ersichtlich, daß die *Gotteslästerung* und die *Ketzerei* schlechterdings nicht zu der Sphäre der *Verbrechen* gehören. Denn Gott hat keine *Rechte*; weil *Rechtehaben* zum Voraus setzt, daß man in der Sinnenwelt mit Anderen in Wechselwirkung stehe, damit der coordinirte Begriff der Verbindlichkeit auf diese bezogen werden könne. — Es kann also auch kein *Recht Gottes* verletzt werden, und wo gar keine Rechtsverletzung eintritt, kann auch kein Verbrechen Statt haben. — *Gotteslästerer* sind vielmehr in der Regel als Wahnsinnige zu behandeln, oder, wenn sie aus vorsetzlicher Bosheit ihre ärgerliche That ausüben, wegen ihrem bösen Beispiele sowohl, als wegen der von ihnen gegen den allgemeinen Volksglauben verübten Verspottung, so können sie allenfalls als *Injurianten des Volkes* angesehen und bestraft werden. —

Jede Strafe gegen *Ketzer* ist aber durchaus unzulässig, so lange ihre Ketzerei nicht zu Unruhen im Staate die Veranlassung erzeugt. Es ist nicht nur ein Vorurtheil, daß durch die
Nicht-

Nichtannahme gewisser Dogmen Gott beleidiget und in seinen Rechten beeinträchtigt würde; indem die *Ueberzeugung* unabhängig von dem *Willen* ist, und eben deswegen wohl allenfalls *irrig*, nie aber *für sich schon sündhaft* seyn kann, und eine jede gewaltsame Handlung gegen solche Menschen widerstrebt auch geradezu dem Urrechte der *Denkfreiheit* auf das höchste; da das Feld des religiösen Glaubens das wichtigste für die Thätigkeit des menschlichen Verstandes seyn muß. —

Aus den oben angeführten Prinzipien erhellet gleichfalls: warum alle *fleischliche* Vergehen, mit Ausnahme der *Nothzucht* und des *Ehebruchs*, nicht als *Verbrechen* angesehen werden können; sondern nur unter die Summe der *Polizeivergehungen* gehören, welche wegen der öffentlichen Aergerniß nicht geduldet werden dürfen. — Vorzüglich ist hieher die *Sodomie* zu rechnen, durch welche, abgesehen von dem durch sie gegebenen bösen Beispiele, eigentlich gar keine Rechte verletzt werden. — In Hinsicht der Bestrafung dieser Vergehen berufe ich mich auf *Kleinschrod* a. a. O. — Endlich aber behauptet die verbrecherische Eigenschaft des *Duelles* gegen einen jeden Widerspruch mit Recht ihren unerschütterlichen Bestand, und der Einwurf, welcher dieser Ansicht des *Duelles* gemacht werden könnte: daß derselbe deswegen nicht nur nicht ein Verbrechen sey, sondern sogar nicht einmal innerhalb der

der Gränzen der Strafgesetzgebung liegen könne; da des Andern Recht durch denselben nicht verletzt würde, und da die Duellanten sich aus freier Willkühr und Vertragsweise der Gefahr ihres Lebens unterzögen, und somit die Rechtsregel Statt habe: *volenti non fit injuria*, ist schlechthin unstatthaft. — Denn, erstens, gefährdet derselbe ein Urrecht; die Urrechte aber sind unveräußerlich (§. 7.), und es stehet daher keinem Menschen eine willkührliche Disposition über dieselben zu. Die obige Rechtsregel passet daher schlechterdings nicht für die willkührliche, obgleich vertragsmäßige, Gefährdung und Verletzung der *Urrechte*; sondern sie beschränket sich nur auf den Umfang der Derivativrechte, und höchstens auf die unbedeutendsten Vergehungen wider die Gesetzgebung der Polizei im engern Sinne. Nicht minder behauptet der Staat eine solche Garantie der Urrechte, daß derselbe die Urrechte unaufgefordert, ja sogar gegen den Willen des betreffenden Individuums zu schützen verbunden ist (§. 14.). Nebst diesem verletzt der Duell auch in der Regel das Gesetz der Gleichheit; indem der verwegene Veranlasser des Duelles im eigentlichen Verstande allein mit ganz unbeschränkter Willkühr handelt, indessen der Andere gemeiniglich im Zwange, der durch die herrschende (d. i. zur Mode gewordene) Meinung seiner Zeitgenossen entstehet, der boshaften Veranlassung jenes Ersteren folget. Hier-

aus ist daher ersichtlich, daßs der Duell schlechterdings nicht zu rechtfertigen sey, und im Falle dessen Folgen in das Arge gehen, auch mit einer *schweren* Strafe (welche die *Ehrlosigkeit* mit sich führet, und nach allen ihren Eigenschaften als eine *peinliche* betrachtet werden muß) zu belegen ist. — Sind aber seine Folgen sowohl als der Gemüthszustand der Duellanten von kindischer Geringfügigkeit; so würde allerdings eine, bösen Kindern würdige, Züchtigung, nebst einer zweckmäßigen Belehrung das beste Verhütungsmittel gegen diese üble Sitte seyn! —

§. 23.

Grund des Unterschiedes der Verbrechen unter sich.

Bei der genauen Reflexion auf die besondern Eigenschaften der dem Menschen zustehenden Urrechte ergiebt sich unter den Urrechten selbst ein großer Unterschied ihrer Wichtigkeit, welcher Theils daraus entspringt, daßs mit der Verletzung eines einzigen Urrechtes alle übrigen Urrechte, die, ihrem Wirkungskreise nach, durch jenes höhere Urrecht bedingt sind, ihrem Untergange zugeführt werden, Theils aber von der Unverbesserlichkeit des Schadens abhängt, welcher dem beeinträchtigten Urrechte zugefügt ward. Denn obgleich die Intelligenz ein jedes Urrecht gleichmäßig als ewig und unbedingt erklärt; so ist doch diese Unbedingtheit nur von einer *rechtlichen* Nothwendigkeit, d. h. sie soll

soll die unabänderliche und nothwendige Form der rechtlichen Handlungsweise der Menschen seyn. Allein ihrer physischen Realität nach sind die Urrechte einander nach dem Causalitätsgesetze subordinirt.

§. 24.

Fortsetzung.

Wenn nun ein solches Urrecht verletzt wird, welches nach seiner physischen Realität die Bedingnis ist, unter welcher andere Urrechte nach gleichfalls physischen Gesetzen einzig zu bestehen vermögen; so fällt durch den physischen Causalzusammenhang nicht nur das unmittelbar verletzte Urrecht dahin, sondern auch der Grund der Wirklichkeit aller übrigen untergeordneten Urrechte verschwindet in der erkennbaren Natur, und jener Impugnant muß daher nicht nur als der Zerstörer eines einzigen Urrechtes angesehen werden; sondern er erscheint vielmehr als der offenbare Feind aller übrigen Urrechte, welche in und durch jenem, im physischen Anbetrachte, höheren Urrechte den Grund der Möglichkeit ihrer Wirksamkeit erhalten.

§. 25.

Fortsetzung.

Aus einem gleichen Grunde ist die erwähnte Unverbesserlichkeit des Schadens, der aus einer Verletzung eines Urrechtes für das verletzte (§. 23.) Urrecht entspringt, in dieser Hinsicht wichtig. Denn

es muß nothwendig von der Intelligenz als ein größeres Uebel betrachtet werden, wenn die Beeinträchtigung eines Urrechtes die Erreichung ihres höchsten Zweckes *für immer* zerstört, als wenn dieses nur *auf eine Zeit* durch dieselbe Statt hat. — Nicht minder erheblich hiebei ist die Beschaffenheit der Urrechte selbst, vermöge welcher die Dauer der Beschädigung eines Urrechtes sich auch auf die Wirksamkeit der übrigen verbreitet; denn alle Urrechte stehen unter sich in der engsten Verbindung, und zwar so, daß keines derselben verletzt werden kann, ohne die freie Thätigkeit aller übrigen, wenigstens in einem entfernten Grade, zu stören.

§. 26.

Fortsetzung.

Aus dem Gesagten kann es daher keinem weiteren Zweifel unterliegen, daß es unter den Verbrechen selbst wieder einen Grad gebe, nach welchem ihre Schwere zu bemessen ist, und wonach die Intention derjenigen Mittel abgemessen werden muß, welche die peinliche Gesetzgebung, der Nothwendigkeit und der rechtlichen Klugheit gemäß, anwenden muß, um dieselben am zuverlässigsten zu verhüten.

§. 27.

*Mittel zum Endzweck der Criminalgesetzgebung
und ihre Modifikation.*

Die wissenschaftliche Lösung der Frage: welches diese nothwendigen und erspriesslichen Mittel
zur

zur Wirklichmachung des Zweckes der Criminalgesetzgebung (§. 22.) seyen, und wie ihre verschiedene Modifikation möglich werde, damit sie der jedesmal statthabenden Schwere des Verbrechens angemessen sind? ist nun der wichtige Punkt, welcher gehörig erörtert werden muß.

§. 28.

Fortsetzung.

Die Mittel, welche die Criminalgesetzgebung zur Wirklichmachung ihres besondern Endzweckes anwendet, sind Theils ihr ganz allein eigenthümlich, Theils hat sie dieselben mit der Polizei im engeren Sinne gemeinschaftlich. —

§. 29.

Fortsetzung.

In Hinsicht der erstern zeigt sie eben wieder den wesentlichen Unterschied zwischen ihr und ihrer verschwerten Unterstützerin. — Im Anbetrachte der letztern aber wird die beiderseitige generische Identität mit ihrem gemeinschaftlichen Mutterstamme sichtbar.

§. 30.

Fortsetzung.

Die der Criminalgesetzgebung *unmittelbar* und *spezifisch* zuständigen Mittel zur Erreichung ihres Zweckes bestehen *einzig* in den *peinlichen Strafen*.

§. 31.

§. 31.

Erste Art derselben. — Begriff der peinlichen Strafen.

Unter den *peinlichen Strafen* werden aber solche Strafübel verstanden, welche die Freiheit, die Ehre und das Bürgerrecht im Staate auf eine lange und andauernde Weise aufheben, oder gar dem Verbrecher das Leben rauben.

§. 32.

Deren Verhältniss zu dem Verbrechen im Allgemeinen.

Die *peinlichen Strafen* sind daher gerade gegen die vorzüglichsten Urrechte des Menschen gerichtet, und entsprechen somit, ihrer Intention nach, der Grösse der Uebelthaten, deren rechtliche Folgen sie nothwendig seyn sollen. So wie zu der Begehung der *Verbrechen* eine ungleich grössere Verworfenheit des Charakters erforderlich ist, um zu den Entschluß fähig zu werden, den Urrechten der Menschheit in ihrer Wesenheit (§. 21.) Gefahr zu drohen, und sie sogar zu zerstören, als dieses bei der Vollbringung geringer Vergehen der Fall ist; so ist auch ein grösseres psychologisches Gegengewicht * gegen jene verworfene Begehrungsweise nöthig, um Verbrechen zum Voraus zu verhüten, und ist eben deswegen eine längere Dauer der *peinlichen Strafe* erforderlich; weil es sich nicht absehen läßt, daß bei einer nur kürzlichen und vorübergehenden Andauer derselben die Schärfe der Strafe einen so starken und

und festen Eindruck auf das Gemüth des Verbrechers zu seiner künftigen Abschreckung machen, und auch zu der nöthigen Entwöhnung und Bekämpfung der vormals Statt gehabten Triebfeder zur Widerrechtlichkeit hinreichend seyn würde.

* Anmerk. Siehe den §. 70. im 1ten Hefte.

§. 33.

Fortsetzung.

Der oben aufgestellte Maasstab der Strafen * zeigt hier nicht minder seinen besondern Einfluss, indem derselbe fordert, daß den schwersten Vergehungen gegen die Urrechte der Menschheit, und somit auch gegen den Staat, die schwersten Ahndungen, als psychologisches Gegengewicht gegen das, durch den Reitz zum Verbrechen schon im höchsten Grade eingenommene, Gemüth ** nothwendig entgegengestellt werden müssen, um diese robuste Stärke der Stimmung des Gemüthes zur Widerrechtlichkeit mit einer ihr angemessenen Gegenkraft am zuverlässigsten zu zerstören, oder sie doch wenigstens auf eine so nachdrückliche Weise zu binden, daß sie in den Zustand der Unthätigkeit übergeht. —

* Anmerk. Siehe den §. 71. im 1ten Hefte.

** Anmerk. Siehe den §. 78. und folg. im 1ten Hefte.

§. 34.

Zweifache Eintheilung der peinlichen Strafen.

Allein, die Auswahl der peinlichen Strafen ist sehr beschränkt, indem sie entweder die andauernde Aufhebung der Freiheit, der Ehre und des Bürgerrechtes für sich allein, oder mit Hinzusetzung des Todes ausmachen. Ausser diesen beiden peinlichen Strafarten giebt es durchaus keine andere mehr, die von der Intelligenz wo nicht als abscheulich und daher als schlechthin unzulässig, doch als zweckwidrig nicht verworfen würde. *

* Anmerk. Zu denjenigen Strafen, welche zwar bisher in das peinliche Recht aufgenommen waren, allein schlechterdings als unzweckmässig verworfen werden müssen, gehören vorzüglich folgende:

Erstens, *die Landesverweisung.* — Ist ein Mensch als ein peinlicher Uebelthäter, als ein Verbrecher, erkannt; so muß man mit vollem Grunde eine verworfene Gemüthsstimmung in demselben zum Voraus setzen, welche, so lange ihm ungebundene Hände bleiben, die Resultate ihrer Feindseligkeit gegen die Menschheit unablässlich zeigen wird. — Durch das vollbrachte Verbrechen legte derselbe deutlich an den Tag, daß ihm die Unverletzlichkeit der Urrechte Anderer nicht mehr so heilig sey, daß dieselben einen hinreichenden Beweggrund abgeben könnten, die Triebe seiner zügellosen Selbstsucht zu beschränken. —

Wenn

Wenn man daher erwäget, daß durch die Landesverweisung dem Verbrecher eines Theils die Freiheit, Verbrechen zu begehen, für die Zukunft gar nicht benommen, vielmehr der Hang desselben noch dadurch merklich verstärkt werde; da die Landesverweisung den Verbrecher im fremden Lande in denjenigen Zustand versetzt, in welchem er nur äusserst schwer einen rechtlichen Nahrungszweig zu finden vermag, im Falle er auch wollte, und ihn somit zu einem um so gefährlicheren Streuner machet. Wenn man ferner erwäget, daß ein solcher Mensch in einem andern Lande unbekannt und fremd ist, und daß hieraus sogar noch ein weiterer Grund erwächst, welcher ihn zur Vollbringung von Verbrechen anzutreiben vermag; weil er mit grösserer Wahrscheinlichkeit hoffen kann, durch dieses sein Verhältniß für seine Person sowohl, als in Hinsicht seines Aufenthaltsortes desto eher unentdeckt zu bleiben; so kann gewiß die Unzulässigkeit der Landesverweisung keinem weiteren Zweifel unterliegen. Denn der rechtliche Endzweck der Strafe beschränket sich nicht auf bestimmte Bezirke der Erde, sondern bestehet vielmehr in der Wirklichmachung des Rechtsstandes *in abstracto*, und somit in der Totalität desselben. Es ist daher offenbar erwiesen, daß es den Verbindlichkeiten, welche Staaten gegen Staaten haben, durchaus zuwider sey, wenn sie die *Landesverweisung* in ihre Strafgesetzgebung aufnehmen.

nehmen. — Diese Maxime würde gerade so viel heißen, als wenn Jemand ein ihm zugestossenes Uebel von sich weg auf einen Andern schieben wollte, weil dieses gerade die leichteste Weise wäre, sich von demselben entlediget zu sehen! —

Nebst dieser Ansicht der Widerrechtlichkeit gegen die angränzenden Staaten, welche unvermeidlich mit der Landesverweisung verbunden ist, stößt diese Weise zu strafen, auch gegen die rechtliche Klugheit. — Eine jede Maxime, welche der Staat in Hinsicht seines Verhältnisses gegen andere Staaten aufstellt, muß er *Jure retorsionis* unter der nämlichen Beziehung auch gegen sich gelten lassen. — Durch die Landesverweisung würde daher, wenn sie allgemein Statt hätte, ein Wechsel von Verbrechern aus einem Staate in den andern entstehen, und die Sicherheit des Rechtsstandes würde auf diese Art um kein Haar breit gewinnen. —

Von den gewöhnlichen Landesverweisungen sind *Deportationen auf eine unbewohnte Insel* verschieden, wo die deportirten Verbrecher unter der steten Aufsicht und unter dem Zwange eines hinlänglichen militairischen Commando's stehen. — Diese von *Großbritannien* in den neuern Zeiten eingeschlagene Maxime reiniget nicht nur den Staat von gefährlichen Leuten, sondern entfernt auch alle Hoffnung der Flucht aus dem bestimmten Orte ihrer Gefangenschaft, giebt

giebt den Verbrechern zugleich eine schicklichere Gelegenheit, durch eine bessere Aufführung sich wieder der Theilnehmung an der menschlichen Gesellschaft würdig zu machen, und (was das Meiste ist) sie enthält eine weit abschreckendere Androhung für den Verbrecher, als die gewöhnlichen Zuchthausstrafen, obgleich dieselbe in rechtlicher Hinsicht kein größeres Uebel enthält, als diese letztern. — Mit welcher Sorgfalt, und wie strenge jedoch selbst in solchen Fällen die Verbrecher beobachtet werden müssen, um dieselben gehörig im Zaume zu halten, beweist *Arthur Philipps* Reise nach der Botany-Bay. —

Zweitens, das *Brandmarken und Verstümmeln der Verbrecher*, welches gewöhnlich ein Schärfungsmittel der Landesverweisung war und eigentlich dazu dienen sollte, einen jeden zu seiner zeitigen Vorsicht auf den Verbrecher aufmerksam zu machen. — Allein, man erwäge, erstens, daß dieser Zweck hiedurch doch nicht gehörig erreicht werden könne. Der Gebrandmarkte ziehet sich in das Dunkel zurück, um seine Schande zu verbergen, und überfällt (da ihm durch sein Brandzeichen aller rechtlicher Umgang mit Menschen, und somit auch jede erlaubte Nahrungsquelle abgeschnitten ist), wie ein arglistiges, reissendes Thier den sorglosen Wanderer. — Die Gewissheit, mit welcher er, durch sein Brandmal, nie erwarten kann, daß seine Schande je aus dem Gedächtnisse der Menschen,

schen, in deren Gesellschaft er leben könnte, getilget werden würde, erstickt noch den letzten Funken von Ehrgefühle in seiner Brust, und macht alle Reue, somit auch alle Besserung in ihm unmöglich. Kein Wunder, wenn derselbe zuletzt zu einem moralischen Ungeheuer hinreift, da eine barbarische Gesetzgebung selbst die mächtige Triebfeder hiezu in ihm legte! — —

Alles dieses, was ich von dem *Brandmarken* gesagt habe, gilt nicht nur auch von dem *Verstümmeln* der Missethäter, sondern es kommen auch noch alle diejenigen Bemerkungen hier in Erwägung, welche ich unten an ihrer gehörigen Stelle von den qualifizirten Todesstrafen und von den grausamen Martern der Verbrecher überhaupt noch beifügen werde.

§. 35.

Erste Art der peinlichen Strafen.

Die Aufhebung der Freiheit, der Ehre und des Bürgerrechtes treten *miteinander verbunden bei jeder peinlichen Strafe ein*. Denn die Nothwendigkeit der Aufhebung der Freiheit des Missethäters ist in jedem Falle, wo nach den obigen Grundsätzen eine peinliche Strafe eintritt, für sich ausser Zweifel. — Ebenso nothwendig muß denjenigen der Abscheu und das Widerspiel der Achtung treffen, der durch so schwere Angriffe auf das Heiligste der Menschheit in seiner eigenen Person die personifizierte Verworfenheit nach einem so hohen Grade darstellt, als sie

sie nur immer den Menschen möglich ist; die Ehre kann daher einem *peinlich* Verurtheilten ohne Widerspruch schlechterdings nicht vorbehalten werden. — Endlich tritt auch bei einer jeden peinlichen Strafe der Verlust des Bürgerrechtes ein. Denn die Verletzung der bestehenden Gesetze ist jederzeit mit der Anfeindung derselben einerlei. Die Gesetze aber sind die Wesenheit und die Bedingung der Existenz des Staates, weil sie die nothwendigen Mittel zur Wirklichmachung des Staatszweckes ausmachen.* Jeder also, welcher die Gesetze des Staates verletzt, verletzt in dem nämlichen Maasse auch den Staat selbst, wird auf eine gleichmässige Weise der *Feind* desselben, und kann in soferne in dem nämlichen Grade nicht als Bürger angesehen werden, dessen charakteristische Erforderniß es ist, daß er die Gesetze halte, zu welchen er sich mittelbar oder unmittelbar verbindlich gemacht hatte. *Verbrechen* aber untergraben die Grundfeste des Staates auf das höchste, denn sie gehen geradezu auf die Zerstörung der Wesenheit der Urrechte (§. 21.), und somit unmittelbar gegen die Existenz des Staatszweckes;** es muß daher auch ihr Vollbringer als der vollständige Feind des Staates angesehen und behandelt werden. —

* Anmerk. Siehe den §. 53. im 1ten Hefte.

** Anmerk. Siehe den §. 21. im 1ten Hefte.

§. 36.

Zweite Art derselben. — Von der Todesstrafe.*

Die Todesstrafe schließt nicht nur die vorhergehenden drei Modifikationen einer jeden peinlichen Strafe (§. 35.) in sich, sondern sie kann auch rechtlich, erstens, *nur gegen eigentliche peinliche Vergehungen*, zweitens, *einzig unter der Voraussetzung und in solchen Fällen verhängt werden, wenn der Staat auf keine andere Weise als durch den Tod des Verbrechers vollständige Sicherheit hoffen darf,*** und endlich, drittens, *darf sie in diesem Falle nur in einer einfachen Todesart bestehen. —*

* Anmerk. Siehe den §. 34.

** Anmerk. Dieser äusserste Fall, in welchem es schlechthin keinen andern Ausweg zur Sicherstellung des Staates gegen Verbrechen mehr giebt, und auf diese Weise zu Folge des gegebenen Grundsatzes nothwendig verhängt werden muß, tritt nur dann ein, *wenn entweder die Verbrecher nicht sicher aufbewahrt werden können* (wie dieses z. B. bei Auswanderungen der Kolonien auf der Reise, oder bei einer allzu-großen Anzahl der Verbrecher, bei zahlreichen Räuberhorden u. s. w.), oder, *wenn die bloße Fortdauer des Lebens des Verbrechers schon einen hinlänglichen Grund enthält, aus welchem sich mit vollem Rechte befürchten läßt, daß die geheimen Mitverschwornen des Verbrechers nicht*
nur

nur den gefangenen Verbrecher auf freien Fuß setzen, sondern auch, daß sie dann mit desto mehr Zuversicht und Bosheit die allgemeine Sicherheit und den Rechtsstand befehlen möchten. Dieser letztere Fall könnte z. B. bei gefährlichen Verschwörungen gegen den Staat in Hinsicht der entdeckten und verhafteten Verschwornen eintreten. —

§. 37.

*Beweis des ersten Satzes.**

Daß die Todesstrafe schlechterdings nur gegen *eigentliche peinliche* Vergehen verhängt werden darf, beruhet auf den Grundsatz, daß die Strafe für den Rechtsstand ein kleineres Uebel ** seyn muß, als das durch sie zu bestrafende Verbrechen ist, wenn dasselbe allgemein würde. Dieser Grundsatz geht aus dem Endzwecke der Strafen hervor, und ist somit der rechtlichen Straf Gewalt wesentlich eigen thümlich. Denn würde die Strafe ein größeres Uebel für den Rechtsstand seyn, als das Verbrechen ist; so würde derselbe durch das Verhängen der Strafe mehr angegriffen, als durch das Verbrechen selbst, die Strafe würde somit keinesweges zu Folge dem Rechte der Nothwehre statthaft seyn, und eben so wenig zur Erhaltung des Rechtsstandes wirken; sondern vielmehr denselben im ungleich höheren Grade zerstören. — Würde die Strafe ein gleich großes Uebel seyn; so würde der Rechtsstand durch dieselbe nur auf das Neue ebenmäßig verletzt, und die Strafe wäre folglich gleichfalls zweckwidrig. —

* An-

* Anmerk. Siehe den §. 36.

** Anmerk. Das Wort *Uebel* ist hier nicht in Beziehung auf das *Gefühlvermögen* zu verstehen, sondern es muß vielmehr als das Prädikat betrachtet werden, welches die Intelligenz durch die bloße Erwägung des Einflusses der Todesstrafe auf den *Rechtsstand* eines Menschen jener Strafe beileget. Das Wort *Uebel* hat daher hier eben so eine *transzendente* Bedeutung, wie das Wort eines *Gutes*, welches öfter auf die Wirklichmachung der Zwecke der Intelligenz bezogen wird.

§. 38.

Fortsetzung.

Der Tod, als die Wirkung der Todesstrafe, besteht in der unmittelbaren Zernichtung des animalischen Lebens, und durch diesen wird die Wirksamkeit aller Urrechte für diese Erde schlechthin zerstört. Denn das animalische Leben ist die notwendige Bedingniß ihrer Realität in der Wechselwirkung, der Tod ist somit im rechtlichen Anbetrachte durchaus das größte Uebel, und kann daher in keiner Hinsicht gegen ein anderes Vergehen als Strafe verhängt werden, welches bei einer größern Allgemeinheit den Rechtsstand nicht schlechterdings unmöglich machen würde. *

* Anmerk. Die *Ethik* äussert hier nicht minder ihren Einfluss. Denn sie fordert in solchen Fällen, wo man ein *kleines* Unrecht nicht anders, als

als mit einer *schweren* Verletzung des Andern abzuwenden vermag, sanfte Duldsamkeit. — Denn sie will mehr die Erhaltung und Besserung eines Strauchelnden als dessen feindselige Zernichtung! —

§. 39.

*Beweis des zweiten Satzes, * a) nach dem strengen Rechte.*

Der zweite Grundsatz, *dass der Staat einzig in solchen Fällen die Todesstrafe zu verhängen das Recht habe, wenn der Rechtsstand schlechterdings nicht anders, als durch den Tod des Verbrechers gesichert werden könnte*, geht sowohl in Hinsicht seines positiven Gehaltes, als in Hinsicht seiner Limitation aus dem höchsten Grunde des Strafrechtes ** hervor. — Dem Staate, als einem moralischen Ganzen, muß die Befugniß zustehen, sich selbst mit der Tödtung des widerrechtlichen Impugnanten zu vertheidigen, wenn er sich zu diesem hohen Grade der Gegenwehre unvermeidlich nothgedrungen findet. Aber er darf dieses auch nur in diesem äussersten Nothfalle. — Denn würde die Todesstrafe in je einem andern Falle von dem Staate verhängt werden; so würde dieselbe unumgänglich gewiss die Grenzen der Nothwehre, und somit auch der Rechtlichkeit *** überschreiten. — Die Wahrheit dieser Behauptung wird durch die folgenden Sätze ausser Zweifel gesetzt, welche nicht auf zufällige Gefühle, sondern auf die Wesenheit der menschlichen Natur, auf die

dem Menschen unveräusserlich zustehenden, und *a priori* in ihm begründeten Modifikationen und Anlagen in Verbindung mit dem Endzwecke der Strafe beruhen. ****

* Anmerk. Siehe den §. 36.

** Anmerk. Siehe den §. 64. im 1ten Hefte.

*** Anmerk. Siehe den §. 74. im 1ten Hefte.

**** Anmerk. Einen sehr schönen und mit Wärme für die Menschheit abgefaßten Aufsatz über die Unzulässigkeit der Todesstrafe ausser der höchsten Nothwendigkeit derselben findet man bei *Beccaria* über Verbrechen und Strafen §. 16.

§. 40.

Fortsetzung.

Das Böse hat für sich, und abgesehen von der durch die Begehung desselben für den Menschen erzeugten sinnlichen Lust, schlechterdings keine bestimmende Kraft für den Menschen. — Der Mensch liebt das Böse nicht um seiner Selbstwillen, sondern nur deswegen, weil durch die Vollbringung desselben für sein unteres Begehrungsvermögen eine Quelle von angenehmen Gefühlen sich eröffnet, deren Einfluss auf dasselbe so stark ist, daß er bei der Schwäche seines rechtlichen und moralischen Zustandes dem Zuge seiner Animalität folgt. — Wie wäre es wohl möglich, daß der Mensch je einmal zu einer solchen Bosheit gelangen könnte, welche,
als

als der imaginäre Abdruck des Teufels, das Böse um seiner Selbstwillen und unbedingt wollen würde; da doch alles nur immer mögliche Begehren entweder die Form des *obern* oder des *untern* Begehrungsvermögens an sich tragen muß, und jene den Willen zur absoluten Reinheit hinführt, diese aber nur nach animalischen Genuß strebt, und auf diese Weise keinesweges das Böse, sondern einzig die durch dasselbe erzeugten Gefühle des Angenehmen und Nützlichen, als die beabsichtigten und so innig gewünschten Güter ansieht. — Würde ein Begehren für den Menschen möglich seyn, welches auf die Ausführung des Bösen um seiner Selbstwillen hingehe; so wäre ein solches Begehrungsvermögen nöthig, dessen Form eine unbedingte Nöthigung, das Böse um seiner Selbstwillen zu wollen, enthielte, und auf diese Art jenes so geeignete Begehren selbst erst möglich machte. — Denn das Begehren ist nur in soferne möglich, in wiefern es nach der Form des Begehrungsvermögens vorgeht! —

§. 41.

Fortsetzung.

Will man also annehmen, daß der Mensch das Böse um seiner Selbstwillen wollen könnte; so ist man gezwungen, auch die Bedingung der Möglichkeit davon einzugestehen, daß dem Menschen, *nebst* den beiden gedachten Arten, noch jenes dritte, von diesen beiden Arten verschiedene, Begehrungsvermögen zukomme, dessen Form *eine absolute Nöthigung*

gung zum Bösen wäre. — Allein, wie schrecklich ist diese Lästerung gegen die Heiligkeit der Intelligenz, und wie auffallend ist der Widerspruch, welcher dahin auslaufen würde, daß zwar im Menschen das höhere Begehrungsvermögen vorrätig sey, nach dessen unbedingter Reinheit er seine Handlungsweise einrichten, allein daß eben dieses höhere Begehrungsvermögen durch das gleichmäfsig originelle und unbedingte Begehrungsvermögen des schlecht-hin Bösen unvermeidlich zerstört werden solle! —

§. 42.

Fortsetzung.

Das Resultat hievon ist daher, daß ein solches Begehrungsvermögen, und somit auch das Begehren des Bösen um seiner Selbstwillen, durchaus unmöglich sey! —

§. 43.

Fortsetzung.

Der zügellose Selbsterhaltungstrieb, welcher durch den Besitz angenehmer und nützlicher Güter eben so, wie durch die Hinwegräumung eines ihm verhassten Gegenstandes, seine Nahrung erhält, wird somit die Triebfeder zum Bösen, und alles Böse entspringt bloß aus dieser Quelle; indem der Selbsterhaltungstrieb stets auf einer der ebengedachten beiden Absichten reflektirt. —

§. 44.

Fortsetzung.

Der zügellose Selbsterhaltungstrieb ist daher stets mit dem höchsten Grade des Egoismus verbunden, der keine Handlung eher unternimmt, als nur dann, wenn er den ihr zu Grunde liegenden Endzweck auf sich bezogen, und genau den Ueberschuß des Angenehmen und Nützlichen über die damit verbundenen Schwierigkeiten und Aufopferungen berechnet hat.

§. 45.

Fortsetzung.

Da es nun kein *absolutböses* Wesen giebt, welches das Böse um seiner Selbstwillen zu begehen strebet, und auf diese Art, als das praktisch-nothwendige Antitheton des Guten, sobald dasselbe unter dieser Eigenschaft erkannt würde, zum Gedeihen des Guten schlechterdings zernichtet werden müßte; so folgt, daß es auch kein Verbrechen gebe, wozu immer Menschen fähig seyn könnten, *welches für sich allein schon und einzig vermöge seiner eigen thümlichen Schwere, der Idee nach die Todesstrafe* nothwendig machen müßte, um dasselbe zum Voraus zu verhüten. — *

* Anmerk. Bei dieser Materie besonders wird das Schwankende sehr sichtbar, welches in die Theorie der Strafen gebracht wird; wenn man so geradezu das oben (§. 84. im ersten Hefte) schon gerügte Prinzip des strengen Gleichgewichts-

*wichtes zwischen dem Verbrechen und der Strafe zum Maasstabe der Strafen annimmt. Wie leicht könnte man sich zu Folge dieses Grundsatzes zu dem Schlusse verleiten lassen: daß auf den vorsetzlichen Mord, und auf ein jedes Verbrechen, dessen nothwendige Folgen genau mit jenem einerlei sind, keine andere Strafe, als die Todesstrafe angedrohet und verhängt werden dürfe; eben weil mit dem vorsetzlichen Morde schlechterdings keine andere Strafe, als wieder die Tödtung im Gleichgewichte stehe. — Allein dieser Trugschluss zerfällt in sein Nichts, sobald man dessen unhaltbares Fundament gehörig erwägt, welches in der Annahme des *objektiven* Gleichgewichtes der Verbrechen mit der Strafe bestehet, und eben daher an dem angezeigten Orte zu Genüge widerleget worden ist! —*

§. 46.

Fortsetzung.

Denn ist in keinem Falle eine absolut-böse *Gesinnung* der Entstehungsgrund des Bösen, sondern nur eine solche habituelle Gemüthsbeschaffenheit, welche in den animalischen Genuß des Lebens das höchste Gut setzt; so ist der Staat und in ihm der Rechtsstand Aller auch niemals *absolut* gefährdet, sondern nur *bedingungsweise*, in wiefern nämlich die Erreichung des animalischen Genusses zügellos gehoft werden kann. — Aus diesem Grunde ist der Staat, der ihm zustehenden Nothwehre gemäß, aller-

lerdings befugt, nicht nur die Erreichung jenes animalischen Genusses auf die zuverlässigste Weise unmöglich zu machen, sondern auch noch ein solches Uebel, als Strafe, anzudrohen, welches jener eigentlichen Triebfeder gerade das entgegengesetzte ist,* um auch der etwa Statt habenden Hoffnung des Gelingens der bösen That in dem Verbrecher durch die schaudervollste Gefahr des im Falle der Entdeckung unvermeidlich gewissen Uebels ein angemessenes Gegengewicht entgegen zu stellen. — Zum Antitheton jenes zum Bösen stimmulirenden Gefühles der Lust ist daher ein blosses Leidgefühl hinreichend, das zwar von dem Tode verschieden ist, allein an intensiver Stärke dem allgemeinen Maasstabe der Strafe** entspricht.

* Anmerk. Siehe den §. 87. im 1ten Hefte.

** Anmerk. Siehe den §. 83. im 1ten Hefte.

§. 47.

Fortsetzung.

Der Grund, warum der Staat in dem bestimmten äussersten Falle zu der Todesstrafe berechtigt ist, liegt bloß darin, weil er dann in solchen Umständen sich befindet, wo er jenes nothwendige Antitheton gegen den Verbrecher zu verhängen nicht im Stande ist, und der Trieb zum Bösen in demselben ungestört bliebe, welcher den Verbrecher ungehindert und mit voller Kraft zur Befriedigung anfeuern würde. —

§. 48.

*Beweis des zweiten Satzes, * b) nach der rechtlichen Klugheit.*

Allein nebstdem, daß die Todesstrafe, wenn sie ausser jenem höchsten Nothfalle angedrohet und vollstreckt wird, eine die Gränzen der Nothwehre überschreitende, und folglich widerrechtliche Gewalt ist; so kann sie auch nur allein in jenem einzigen Falle als zweckmässig angesehen, in einem jeden andern Falle aber muß sie als ein Mißgriff gegen die rechtliche Klugheit verworfen werden. Denn sie vermag in einem solchen Falle den Hauptzweck der Strafe, durch ihren psychologischen Einfluß auf die Gemüther, Verbrechen zum Voraus zu verhüten, nicht mit einem solchen Nachdrucke zu erreichen, als dieses die andere Klasse von peinlichen Strafen auszuführen im Stande ist. —

* Anmerk. Siehe den §. 36.

§. 49.

Fortsetzung.

Dieser Satz gründet sich gleichfalls auf die Wesenheit der menschlichen Anlagen, und ist somit, wie jene, ewig und unveränderlich! —

§. 50.

Fortsetzung.

Denn das Leben ist für sich allein eben so wenig das höchste Gut des untern Begehrungsvermögens, als

als dasselbe unter dieser Eigenschaft für das *obere* Begehrungsvermögen gültig ist. — Das Leben wird vielmehr für Beide nur in soferne ein Gut, in wieferne dasselbe die Bedingniß ist, daß ihre Zwecke wirklich gemacht werden können. — Der Beweis dieses unleugbar gewissen Satzes liegt schon darin, daß keine von den beiden Formen dieser Begehrungsvermögen das Leben *unbedingt* als ein für sie geeignetes Gut erklärt; sondern nur vielmehr *bloß hypothetisch* und unter der *Voraussetzung*: in wiefern es nöthig ist, um das durch jene Formen unmittelbar zum Bedürfnis gemachte, und von dem Leben selbst wie Zweck und Mittel verschiedene Gut zu realisiren. Das Leben verliert in den Augen des Mannes vom Charakter allen Werth, wenn die Erhaltung desselben zur Wirksamkeit seines Charakters nicht mehr erspriesslich ist. — Eben so muß, zu Folge der nothwendigen Beschaffenheit des untern Begehrungsvermögens, das Leben für den Genusmenschen allen Reitz verlieren, wenn dasselbe aufhört, genussreich für ihn zu seyn. —

§. 51.

Fortsetzung.

So wie es in der moralischen Welt keinen Indifferenzpunkt giebt; eben so wenig kann in der sinnlichen Welt für den Zustand des Gefühlvermögens eine solche Beschaffenheit möglich seyn, welcher dem Genusse und dem Leide in der Mitte läge, und zu beiden in dem Verhältnisse $= 0$ stünde. —

Denn

Denn die Befriedigung des untern Begehrungsvermögens ist ein unveräusserliches Bedürfnis für den Menschen, der bloße Mangel dieser Befriedigung führt somit nothwendig den Zustand des Leidgefühles herbei, ohne eben eine weitere leidvolle Ursache nöthig zu haben. Je lauter sich dieses Bedürfnis ankündigt, desto höher steigt der Grad des Leidgefühles, und dieses muß gerade bei denjenigen Menschen, dessen ganzes Herz an den sinnlichen Genuß hängt, den höchsten Grad erreichen. —

§. 52.

Fortsetzung.

Die Hoffnung allein, daß dieses Leidgefühl einst vorübergehen, und sich sodann eine Aussicht eröffnen werde, wo die Befriedigung des Bedürfnisses nach Genuß wieder möglich würde, kann dem zu einen solchen Schicksale verdammten Genußmenschen noch das Leben lebenswürdig machen. Sobald aber diese verschwindet, und sich demselben schlechterdings keine vortheilhafte Veränderung seiner traurigen Lage darbietet; so muß ihm der unabänderliche Verlust alles Genusses nothwendig ein weit größeres Leid seyn, als der Tod selbst. — Der Selbsterhaltungstrieb kann unmöglich mehr seine Thätigkeit äussern, weil er mit der Liebe zum Leben auf einer gleichen Bedingung beruhet, und in einem solchen Falle nur wirksam seyn könnte, um sich selbst in seiner eigentlichen Bestimmung zu zerstören! — *

* Anmerk. Die Erfahrung giebt die mannichfaltigsten Beispiele an die Hand, welche diese *a priori* deduzirten Sätze bestätigen. Der ruhm-süchtige Krieger stürzt sich, wie der raubgierige Volontaire, in die augenscheinlichste Gefahr des Todes, und Beide beweisen durch ihre Handlungsweise zu Genüge, daß die Befriedigung ihrer Lieblingsleidenschaften ein wichtigerer Bestimmungsgrund für sie ist, als die Erhaltung ihres Lebens. — Getäuschter Ehrgeitz, unglückliche Liebe, fehlgeschlagene Geldsucht und dergleichen Leidenschaften mehr, haben schon manche Hand zum Selbstmorde gewaffnet, weil durch die gänzlich verlorne Hoffnung, den Besitz desjenigen Gutes einst erreichen zu können, auf welchen sich alle Wünsche dieser Unglücklichen, wie in einem Brennpunkte, vereinigten, der Selbsterhaltungstrieb erloschen, und das Leben nur als eine feindselige Peinigerin für sie erschien, welche zu entfernen, der Natur der Sache gemäß, das Resultat ihres Gemüthszustandes nothwendig seyn mußte. —

§. 53.

Fortsetzung.

Kömmet endlich nebst diesem Leidgeföhle, welches aus dem gänzlichen Mangel der Befriedigung des Genusses entsteht, noch ein anderes hinzu, das von aussen auf solche Menschen einwirkt, und, um es desto zweckmäßiger zu machen, gerade die stärk-

stärkste Leidenschaft derselben, welche auch die vorzüglichste Triebfeder zu den Verbrechen war, * schnurstrachs anfeindet; so muß nothwendig diese Lage noch weit schmerzhafter werden und eine solche Ansicht erhalten, welche mit ungleich größerer Macht von der Begehung von Verbrechen abschreckt, als der Tod selbst. — **

* Anmerk. Siehe die §§. 87. und 88. im 1ten Hefte.

** Anmerk. Der Einwurf, daß diese Darstellung der größern Zweckmäßigkeit der andern Art der peinlichen Strafen zur Verhütung von Verbrechen und ihres stärkern Einflusses auf das Gemüth mit denjenigen Grundsätzen im Widerspruche stehe, welche ich oben zur Widerlegung der unbedingten Zulässigkeit der Todesstrafe aufgestellt habe, könnte allenfalls dieser seyn: Wenn die Lage, welche die andere Art von peinlichen Strafen für den Verbrecher bewirkt, noch ein weit größeres Uebel für denselben enthält, als der Tod selbst; so ist die Todesstrafe immer noch mehr mit den Grundsätzen der Nothwehre zu vereinbaren, als jene, und die Todesstrafe muß eher rechtlich erkannt werden können, als jene schwere Strafe. — Allein man erinnere sich nur an den schon angeführten Unterschied der zweifachen Bedeutung des Wortes *Uebel* (§. 37. Anmerk.) Der Tod eines Menschen zernichtet dessen Rechtszustand gänzlich. Derselbe erscheint somit
als

als ein Uebel vor der Intelligenz, wenn derselbe sogar dem Wunsche des Getödteten gemäß gewesen wäre; — *Er ist ein Uebel im Reiche des Rechtes.* — Ein Schmerzgefühl aber kann wohl für das *Gefühl* ein sehr großes Uebel seyn, und doch *im Reiche des Rechtes* in einem ungleich geringern Uebel bestehen. —

Wenn man nun weiß, daß in dem Systeme der Rechtswissenschaft das *Gefühl* nie der Pro-
bierstein und die Quelle ihrer Resultate seyn darf, sondern daß vielmehr Alles darauf an-
kömmt, *a priori* zu bestimmen, *was an und für sich Recht ist*; so folgt, daß auch die Grenzen der Nothwehre durchaus nicht durch das *Gefühl*, sondern *blos durch ihr Verhältniß zu dem Rechtsstande* bestimmt werden dürfen. In letzterer Hinsicht aber ist die Todesstrafe ohne allen Zweifel ein größeres Uebel, als die obige Klasse peinlicher Strafen, deren größere Zweckmäßigkeit ich mit Rechte angerühmt habe. —

§. 54.

Fortsetzung.

Zur näheren Beleuchtung dieser meiner Behauptung mache ich den Leser auf die wesentliche Beschaffenheit der Gemüthslage solcher Verbrecher aufmerksam, welche bisher mit dem Tode bestraft wurden, und mache sogleich mit dem *Hochverräther* den Anfang. — Der wesentliche Charakterzug bei dem Hochverräther ist zügelloser Ehrgeitz! — Die-
ser

ser verleitet ihn, der bestehenden gesetzgebenden Macht im Staate den Untergang zu bereiten, um sich an ihre Spitze empor zu schwingen, und im Uebermuthe seiner Leidenschaft von dieser seiner herrschenden Neigung schmeichelnden Höhe auf die Schaaren der Unterjochten zu blicken, denen sein bloßer Wille ein unverbrüchliches Gesetz wäre. — Die Unternehmung einer solchen Handlung ist die gefahrvollste, welche es giebt. Denn die gesetzgebende Gewalt stützt sich auf die gesammte Kraft des Staates, und die Aufmerksamkeit eines jeden guten Bürgers wachet für ihre Sicherheit. — Es gehört also eine große Entschlossenheit und ein sehr hoher Grad von Verachtung der augenscheinlichsten Lebensgefahr dazu, um diesen Entschluß, dessen Ausführung in offener Fehde durchaus unmöglich ist, vermittelt geheimer Intriguen zu beginnen und durchzusetzen. Der Hochverräther hält auf diese Art sein Leben für ein ungleich geringeres Gut, als den Besitz jener glänzenden Höhe und als die Befriedigung seines zügellosen Ehrgeitzes. — Wie könnte man also hoffen, daß der Tod, dessen Verachtung er doch schon an den Tag legte, ein größeres Uebel für ihn sey, als ein tiefgebeugtes und mit allgemeiner Schande belegtes Leben, bei welchem er nicht nur nicht die Befriedigung seines Ehrgeitzes und seiner despotischen Willkühr hoffen kann; sondern vielmehr noch in einem strengen Kerker eingemauert, die niedrige Behandlung eines ehrlosen Verbrechers erfährt, und bei dem Verluste seiner Freiheit ohne alle Widerrede sich der ihm

vor-

vorgeschriebenen schweren Bestimmung fügen muß, wenn er sich nicht einer noch härtern Ahndung aussetzen will? —

§. 55.

Fortsetzung.

Der Mörder aus Rachsucht sowohl, als der Mörder aus Raubbegierde, schätzen Beide die Befriedigung ihrer Leidenschaft höher, als ihr Leben. — Denn nebstdem, daß Beide sich in der Regel bei der Ausführung ihrer That der augenscheinlichen Lebensgefahr aussetzen, so ist der Satz: *daß der Mensch nur ein so großes Gut zur Befriedigung seiner Leidenschaft Andern zu rauben im Stande sey, als er selbst in dieser Absicht aufzuopfern bereit ist,* — von unumstößlicher psychologischer Gültigkeit. —

§. 56.

Fortsetzung.

Denn die Sympathie ist eine unveräusserliche Anlage in dem Menschen, welche auf den Grundtrieb zur Selbsterhaltung sich stützend, durch die Hinzukunft der Thätigkeit der Phantasie ihr Daseyn erhält. — * Die Sympathie, als Kraft, ist solange in dem Menschen vorrätzig, als der Selbsterhaltungstrieb sich wirksam zeigt, und auf diese Art ist der Trieb zur Erhaltung anderer Menschen, vermittelt des Einflusses der Sympathie auf das Gefühlvermögen, dem Triebe zur Selbsterhaltung nothwendig koordiniret. **

* An-

* Anmerk. Zur bessern Verständigung dieses Satzes wird es zuträglich seyn, wenn ich noch die hieher sich beziehende Stelle aus meiner *Philosophie des Lebens* S. 140 beirücke. Da heisst es: „Reflektiret man auf sich selbst in einer solchen Gemüthslage, in welcher man sympathisch affiziret wird; so werden einem sogleich zwei Hauptmomente an dieser Erscheinung des innern Sinnes sich zeigen.“

„Erstens, geschieht bei dem sympathischen Gefühle eine Beziehung einer traurigen oder fröhlichen Lage jenes Dritten auf *unser Ich*. — Wir denken uns nämlich den Schmerz oder die Freude lebhaft, und die Idee: „*Wenn Du in einem solchen Zustande wärest*“ versetzt uns in dem ersten Falle in ein widriges Gefühl, weil wir durch jenen Schmerz, wenn er unser eigen wäre, übel affiziret würden, und so umgekehrt im zweiten Falle. In beider Hinsicht wirkt also der Selbsterhaltungstrieb.“ u. s. w.

** Anmerk. Der Einwurf: Je mehr der Mensch an dem Genusse hängt, und je mehr derselbe, im ganzen Umfange dieses Wortes, *Egoist* sey, desto unmerklicher seyen die Wirkungen der Sympathie, und doch zeige sich bei dieser Gemüthsbeschaffenheit die höchste Thätigkeit des Selbsterhaltungstriebes; fällt nicht nur in sein Nichts zurück, sondern ist sogar ersprießlich, um die Wahrheit der obigen Sätze desto anschaulicher zu machen, wenn man den Gemüths-

müthszustand genau zergliedert, in welchem dergleichen Egoisten sich befinden. — Wenn der Geitzhals den hungerigen Armen von seiner Thüre zurückstößt; wenn der Wollüstling kalt und unempfindlich gegen das Winseln der gefesselten Unschuld sich beträgt und dieselbe mit Wohlgefallen über seine schöne Beute zur Sättigung seines schändlichen Triebes mißbraucht; so zeigt sich zwar der Selbsterhaltungstrieb und in ihm der Egoismus auf die zügelloseste Weise; allein dieses nur in soferne und unter der Bedingung, in wieferne derselbe ein Mittel wird, seine unerlaubte Absichten zu realisiren. Das Ende dieser Beschaffenheit des Selbsterhaltungstriebes ist zugleich auch der Untergang desselben, und mit dem Untergange des Selbsterhaltungstriebes erlischt in dem nämlichen Augenblicke und unter der nämlichen Beziehung auch seine Sympathie. —

Der Forscher im Reiche der Psychologie wird auf diese Art nicht nur die Wahrheit des obigen Lehrsatzes ausser allen Zweifel gesetzt erkennen; sondern auch in demselben den einzigen Erklärungspunkt der wichtigsten Erscheinungen im Gemüthe des Menschen wahrnehmen! —

§. 57.

Fortsetzung.

Das Resultat aus dieser Darstellung kann somit durchaus kein anderes seyn, als daß obiges Prinzip

der Psychologie in der wesentlichen Anlage des Menschen gegründet sey, und daher die Richtigkeit der Folgerung für den vorliegenden Fall ausser Zweifel setze, vermöge welcher dem Mörder aus Rachsucht sowohl, als jenem aus Raubbegierde, das Leben schlechthin kein so grosses Gut seyn müsse, als ihnen die Befriedigung ihrer zügellosen Leidenschaft ist.

§. 58.

Resultat aus dem Vorigen.

Wenn sich nun die Sache so verhält, so muß die Todesstrafe nicht so wirksam Verbrechen dieser Art zu verhüten fähig seyn, als dieses die andere Art peinlicher Strafen zu leisten im Stande ist. Die Todesstrafe ist auf diese Weise auch bei diesen Verbrechen der Regel nach zweckwidrig, der rechtlichen Klugheit entgegen und daher ausser der obigen Einschränkung absolut unzulässig.*

* Anmerk. Die übrigen Verbrechen, auf welche durch die Gesetzgebung bisher die Todesstrafe gesetzt war, sind von einer solchen Beschaffenheit, daß es bei dem ersten Anblicke in die Augen fällt, daß zwischen ihnen und der Todesstrafe für sich und ohne beschwerende Umstände nicht einmal ein scheinbares Gleichgewicht vorhanden seyn könne. Daher erachte ich nicht für nöthig, noch besonders zu zeigen, daß die Todesstrafe bei denselben schlechterdings nicht unbedingt Statt finden kön-

könne, und daß es eine desto schreiendere Ungerechtigkeit sey, wenn bei diesen Verbrechen dieselbe verhängt wird, als die Gefahr für die Existenz aller Urrechte geringer und unwichtiger ist. Denn es sind hiebei diejenigen Grundsätze in Erwägung zu ziehen, welche oben §. 36. und 37. dargestellt worden sind. —

§. 59.

Beweis des dritten Satzes. Absolute Unzulässigkeit der qualifizirten Todesstrafe.*

Aus der wissenschaftlichen Darstellung der beiden erstern Momente, welche das allgemeine Prinzip für die Zulässigkeit und Limitation der Todesstrafen (§. 36.) enthält, ergiebt sich auf die leichteste Weise der Beweis des dritten Satzes, welcher in dem gedachten Prinzip enthalten ist, und höchstens nur *einfache* Todesstrafen zuläßt, alle *qualifizirten* aber als schlechthin unzulässig verwirft. — Denn da das Recht des Staates, die Todesstrafe gegen Verbrecher zu verhängen, zu Folge des höchten Grundes des Strafrechtes, ** nur dann eintreten kann, wenn der Staat durch die Fortdauer des Lebens des Verbrechers in fortgesetzter Gefahr bleibt (§. 36. Anmerk.); so folgt, daß der Staat seinen Zweck bei der Tödtung des Verbrechers schon erreicht habe, wenn er demselben auf die geschwindeste Art das Leben nimmt. — Den zum Tode bestimmten noch vor seinem letzten Streiche zu peinigen, würde dem Verurtheilten ein weiteres Leid zufügen, als den

Gränzen der Nothwehre gemäß erforderlich wäre, dasselbe würde somit schlechthin eine ungerechte Gewalt seyn.

* Anmerk. Siehe den §. 36.

** Anmerk. Siehe den §. 64. im 1ten Hefte.

§. 60.

Fortsetzung.

Allein das Schreckenssystem erhebt gegen diese Behauptung seine Stimme, indem es behauptet: die dem Tode selbst vorhergehende Marter sey nicht sowohl dazu bestimmt, den Verurtheilten für die Zukunft unschädlich zu machen, als vielmehr diejenige Potenz zu begründen, welche mit einer unwiderstehlichen Gewalt die Herzen der Zuschauer erschüttern, und durch die Furcht vor ein ähnliches Schicksal von solchen Verbrechen abzuschrecken im Stande wäre. Diese letztere Absicht dürfte um so mehr auch mit der Todesstrafe verbunden werden, da dieselbe mit dem Zwecke der Strafen im Einklange stehe, und die Abschreckung von so großen Verbrechen, gegen welche bisher qualifizierte Todesstrafen verhängt worden wären, ein überaus wichtigeres Bedürfnis des Staates wäre, als dieses bei der Verhütung kleinerer Verbrechen der Fall seyn könnte. —

§. 61.

Fortsetzung.

Diesen Einwurf des Schreckenssystemes zu widerlegen, kostet wenig Mühe, wenn man den Gehalt des gegnerischen Argumentes gehörig erwäget. Denn, erstens, obgleich die Abschreckung Anderer der erste Zweck der Strafe ist, welche einem Gesetze beigefügt wird, in wieferne nämlich die Verhütung der Verbrechen durch ihre bloße Androhung beabsichtigt ist; * so darf doch in der Abschreckung nicht der Grund liegen, daß man einen Menschen *als ein bloßes Mittel* gebrauche. — Das Recht auf die Respektirung dieser Anforderung der Menschheit ist ein unveräußerliches Recht — ein Unrecht, folglich selbst noch in dem Verbrecher vorrätig, und daher muß auch noch in diesem die Menschheit verehrt und unverletzt erhalten werden. Der einer Strafe beigefügte Zweck der Abschreckung kann nur so lange ein rechtlicher Zweck seyn, als derselbe nicht ein selbstständiges, von dem *moderamen inculpatæ tutelæ* verschiedenes Leid enthält. — ** Die Nothwehre aber ist einzig gegen den verurtheilten Verbrecher gerichtet, und die durch die Vollstreckung derselben bewirkte Abschreckung Anderer muß nur als *ihre Folge* betrachtet werden, d. h. nur in soferne kann die Abschreckung Anderer an dem Zweck der Strafe Antheil haben, in wieferne dieselbe die nothwendige Folge desjenigen Uebels ist, welches nach den Grundsätzen der Nothwehre unumgänglich erfordert wird, um den Staat gegen den über-

überwiesenen Verbrecher zu sichern. *** In jedem andern Falle, wo der Zweck der Abschreckung ein selbstständiges, von der rechtlichen Nothwehre verschiedenes und ihre Gränzen übersteigendes Leid enthält, wird dem unglücklichen Gepeinigten eine ungerechte Gewalt zugefügt, er wird somit *als ein bloßes Mittel gebraucht*. — Ein beabsichtigter martervoller Tod ist daher wahre Grausamkeit, welche die Intelligenz sogar gegen die Thiere untersagt, ob sie gleich nur *Sachen* sind, und folglich zum willkührlichen Gebrauche existiren. —

* Anmerk. Siehe den §. 70. im ersten Hefte.

** Anmerk. Siehe den §. 74. im ersten Hefte.

*** Anmerk. Man lese zu dieser Stelle noch die dritte Anmerkung zum §. 64. im ersten Hefte.

§. 62.

Fortsetzung.

Der Grund dieses Verbotes, durch welchen die Intelligenz alle Grausamkeit gegen ein jedes fühlende Geschöpf untersaget, zeigt im gesammten Strafsysteme, und vorzüglich hier, seinen entscheidenden Einfluß. — Die Intelligenz verbietet alle Grausamkeit, weil in dieser letztern die nothwendige Ursache liegt, durch welche das moralische Gefühl abgestumpft wird, und den Menschen am Ende zu einem wahren moralischen Ungeheuer umschaffet. — Durch grausame Strafen Verbrechen verhüten wollen, heißt daher gerade soviel, als zu den-

denselben selbst den Saamen in das alle Handlungen der Menschen bestimmende Gefühl ausstreuen! —

§. 63.

Fortsetzung.

So sehr also die qualifizirten Todesstrafen bei den schon zum Theil moralisch verdorbenen Zuschauern das moralische Verderbniss erhöhen, so zweckwidrig muß das Resultat einer solchen Grausamkeit auf das Gefühl des bessern Theiles des Volkes ausfallen. — Mitleid für das unglückliche Opfer der Barbarei, Abscheu für die Urheber seiner Qualen tritt an die Stelle desjenigen Gefühles, welches in der rechtlich veranlaßten Abschreckung besteht. Die Richter erscheinen dann nicht mehr als die personifizierte Gerechtigkeit, sondern vielmehr als Wütherige, welche gefühllos und kalt von Zeit zu Zeit den schrecklichen Wetterstrahl ihrer willkührlichen Gewalt auf den Nacken ihrer Untergebenen schleudern, um durch ein solches tragisches Schauspiel dem Volke einen Beweis ihrer Machtvollkommenheit zu geben. — *

* Anmerk. Aus den nämlichen Gründen, aus welchen ich so eben die absolute Unzulässigkeit der qualifizirten Todesstrafen gezeigt habe, folgt gleichfalls die Verwerflichkeit einer *grausamen Gefangenschaft*. — Sobald dem Verbrecher ein solcher Ort zur Strafe angewiesen wird, welcher der Gesundheit und dem Leben unvermeidlich nachtheilig ist, wie z. B. bei tiefen, unter-

unterirdischen Gefängnissen der Fall eintritt, wo der Unglückliche in der dumpfen Atmosphäre eines solchen Gewölbes und in steter Finsterniß bei lebendigem Leibe schon sein Grab findet; oder wenn demselben so schwere Arbeiten ununterbrochen aufgelegt werden, daß derselbe gar keine Erholung und Restaurirung seiner erschöpften Kräfte genießen könnte; oder wenn ihm ungesunde Nahrungsmittel zum Unterhalte gereicht werden, oder wenn derselbe der übermäßigen Last von Ketten und den beständigen Mißhandlungen unterliegen muß; so verdient seine Lage nicht mehr als das Resultat des Strafrechtes angesehen zu werden, sondern ist vielmehr ein Beweis, wie weit die Maximen und das Gefühl seiner Richter unter dem erhabenen Standpunkte der Gerechtigkeit (welche bei aller ihrer Strenge doch nie die Menschheit vergießt) noch zurück sind! —

Will der Staat am nachdrucksamsten durch seine Strafen schrecken; so darf er auf der andern Seite nie vergessen, Beweise seiner Großmuth zu geben. Er muß, während dem er das Schwert der Gerechtigkeit führt, unverkennlich zeigen: *daß er nur aus Noth strafe*, daß er sofort alle Rache von sich entfernt halte, und daß er daher auf dem nämlichen Standpunkte das Verhängniß der Leiden endige, und auch den größten Bösewicht sanft und menschlich behandelt wissen wolle, auf welchem er die Erfüllung der eisernen Nothwendigkeit erreicht sehe,

sehe, die die Strafe des Missethätters durchaus erforderte. —

Durch eine solche Ansicht der strafenden Gewalt erscheint auf der einen Seite das Schreckniß der Strafe, auf der andern Seite aber auch der erhabene Adel der Gesetzgebung. — Beide Eigenschaften bemächtigen sich, durch die Reflexion auf die Wege der strafenden Gerechtigkeit, des Gefühles des Volks, und während dem die Strenge der Gesetzgebung schreckt, adelt die Großmuth derselben das Volk. — Beide Gefühle, das Gefühl des Schreckens und jenes der sanften Menschlichkeit, unterstützen einander wechselseitig und erzeugen endlich auf diese (einzig mögliche Art —) das Gefühl der *Ehrfurcht* vor das Gesetz, vermöge welchem man dasselbe aus eigenem innern Drange befolget. — Grausamkeit aber empört gegen die Gesetzgebung, und kann nur sklavischen Gehorsam gewärtigen, welcher mit der Furcht vor der Entdeckung und vor der Strafe gleichfalls seinen unvermeidlichen Untergang findet! —

*

*

*

§. 64.

Lehre von der Schärfung und Milderung der peinlichen Strafen.

Somit wären die eigentlich *peinlichen* Strafen, der Regel nach, auf eine einzige Klasse eingeschränket (§. 34.), es ist daher hier der Ort, die Frage zu lösen,

lösen, wie es der peinlichen Gesetzgebung möglich werde, nach dem Grade der besondern Schwere des Verbrechens (§. 23. u. f.) die intensive Schärfe dieser einzigen Art peinlicher Strafen zu erhöhen, oder zu vermindern? —

§. 65.

Fortsetzung.

Die kürzere oder längere Dauer dieser Strafe ist die erste und vorzüglichste Weise, dieselbe zu mindern oder zu erhöhen. — Verbrechen also von der schwersten Art, d. i. welche nämlich solche Urrechte zerstören, die die physische Bedingung der Wirksamkeit der übrigen in sich enthalten (§. 23.), müssen, um dem Endzwecke der Strafe ein Genüge zu leisten, mit der längsten Dauer der peinlichen Strafe belegt werden. Diese Verbrechen setzen den höchsten Grad von moralischer Verworfenheit zum Voraus, der einem Menschen möglich ist. Sie müssen daher auch mit einer Strafe belegt werden, welche die ganze Schärfe des Strafrechtes entschöpft! — Die Dauer der peinlichen Strafe muß daher auf das ganze Leben des Verbrechers ausgedehnt seyn, sobald ein solches Verbrechen nach seinem ganzen Begriffe und vollständig sein Daseyn erhalten hat. — Der Hochverrath und der vorsetzliche kaltblütige Mord kann diesem zu Folge mit keiner andern als lebenslänglichen Dauer der peinlichen Strafe belegt werden. *

* Anmerk. Einige angesehene Criminalisten rechnen auch noch dasjenige Verbrechen zu diesen
sen

sen beiden von der schwersten Klasse, welches in der Beraubung des Verstandes eines Andern durch absichtlich zu diesem Zwecke gebrauchte Mittel besteht, und wollen dasselbe mit einer gleich schweren Strafe belegt wissen, als jene der beiden genannten Verbrechen ist. Allein ich glaube mit Grund dieser Behauptung nicht beistimmen zu können. Indem das *Corpus delicti* in diesem Falle nie dergestalt berichtet werden kann, daß es gar keinem Zweifel mehr unterliegt, daß jener *intelligible Mord* durch die gänzliche Zerstörung der menschlichen Anlage zu den Aeusserungen des Verstandes wirklich und mit der vollen Zuverlässigkeit in einem besondern Falle eintrete, worin doch, dem bereits Gesagten zu Folge, das nothwendige Erforderniß liegt, um auf die *schwerste* peinliche Strafe erkennen zu können.

Der *Mordbrand* aber gehört unter die Klasse des Mordes überhaupt; wenn, der Etymologie dieses Wortes gemäß, ein Mensch bei dem Brande zu Grunde gieng. Im entgegengesetzten Falle muß er (abgesehen von der statistischen Gesetzgebung), seinem eigentlichen Begriffe zu Folge, als *nicht vollendet* betrachtet werden, denn der Brand ist an sich nur das Mittel, wodurch Mancher seiner Raubsucht oder seiner Rachbegierde Befriedigung zu verschaffen sucht. Durch denselben geschieht daher ein Angriff auf das *Sachenreich* mancher Personen, nicht aber auf das *Leben*. Die Gefahr

fahr des durch denselben veranlaßten Mordes macht für sich den Mord selbst noch nicht aus. — Da jedoch bei demselben die Gefahr des Todes mancher Menschen am größten ist; so kann der *blofse Brand* als ein *qualifizirter Eingriff* in das *Sachenreich* angesehen und bestraft werden. —

§. 66.

Fortsetzung.

Die lebenslängliche Dauer der peinlichen Strafe ist nach der vorhin gegebenen Beziehung nothwendig. Sie ist somit auch der rechtlichen Klugheit gemäß. Denn, was die Intelligenz als nothwendig erkennt, das ist auch in jedem Falle gut und zweckdienlich. —

§. 67.

Fortsetzung.

Das zweite Moment, welches die Gesetzgebung zur Schärfung der *peinlichen* Strafe gebrauchen kann, bestehet in der Beifügung solcher Uebel, welche zwar, an sich betrachtet, keine eigentlich *peinliche* sind; allein doch die intensive Schärfe der *peinlichen* Strafe durch ihre Hinzukunft ungemein zu erhöhen im Stande sind. — Diese Uebel bestehen in einer engern Gefangenschaft, Anlegung von Ketten, körperlichen Züchtigungen, schwererer Arbeit, dürftigeren Lebensunterhalt, öffentlicher Ausstellung und in allerlei Formalitäten, welche die Schande erhöhen.

§. 68.

§. 68.

*Beweis der Zulässigkeit der Schärfungsmittel**a) nach dem strengen Rechte.*

Dafs die Beifügung dieser Uebel zu der peinlichen Strafe für die Gesetzgebung rechtlich möglich sey, im Falle sie dem Maastabe der Strafen entspricht, unterliegt keinem Zweifel. — Denn ist die Gesetzgebung befugt, die *peinliche* Strafe anzudrohen und vollstrecken zu lassen; so muß es ihr nothwendig erlaubt seyn, *im erforderlichen Falle* * auch noch solche Uebel zur Schärfung der peinlichen Strafe hinzuzufügen, welche im Anbetrachte des Rechtsstandes keine so grofse Uebel sind. —

* Anmerk. Je gröfser das Verbrechen ist, desto mehr muß der Verbrecher die Schärfe des Gesetzes fühlen, damit er, auf den Fall seiner Entlassung oder seiner unvermutheten Flucht, das stete Andenken an seine bisher erduldeten Leiden behalten, und auf diese Art die Zerstörung seiner bösen Triebe nachdrucksamst veranlaßt werden möge. — Die Beifügung von Schärfungsmitteln beruhet somit auf dem höchsten Grunde des Strafrechtes, und entspricht daher in Hinsicht der durch sie zugleich beabsichtigten Abschreckung Anderer denjenigen Prinzipien, welche oben §. 61. aufgestellt worden sind.

b) *Nach der rechtlichen Klugheit.*

Die Zweckmässigkeit derselben aber geht aus der schon auseinandergesetzten Entstehungsart des Bösen hervor, indem nicht nur eben diejenigen Mittel, welche am dauerhaftesten und empfindlichsten das Gefühlvermögen angreifen, bei dem Genußmenschen auch die grösste Wirkung thun; sondern auch da gerade durch diese Schärfungsmittel sich die Gelegenheit ergiebt, das bestmögliche Anthiteton gegen den widerrechtlichen Lieblingstrieb (§. 87. im ersten Hefte) in dem Verbrecher über denselben verhängen zu können. *

* Anmerk. Diese Schärfungsmittel der peinlichen Strafe können nicht *speziell* für ein jedes Verbrechen von der Gesetzgebung bestimmt werden; sondern nur im *Allgemeinen*. — Denn würde die peinliche Gesetzgebung z. B. die Grade der intensiven Schwere derselben ohne Weiters nach dem bloßen Maasstabe der Strafen überhaupt, und ohne besondere Berücksichtigung des zu bestrafenden Subjektes, wenn ich so sagen soll, mathematisch berechnen und festsetzen; so würde sie sich unfehlbar in einen solchen Zustand versetzen, in welchem sie in einigen Fällen gegen die rechtliche Klugheit fehlen müßte, indem die speziell bestimmte Strafe für den Zustand der Empfindungsorgane des Missethätters, ihrer Absicht entgegen, in einigen Fällen zu geringe ausfiele. In andern
aber

aber würde sie eben so die Rechtlichkeit der Strafe überschreiten, da die bestimmte Strafe für den Zustand der Empfindungsorgane des Missethätters zu groß wäre. — Dieselbe Anzahl von Schlägen und dieselbe schwere Arbeit haben auf verschiedene Körper-Beschaffenheiten verschiedenen Einfluß; für den starkgebauten und nervigten Verbrecher können sie von keinem bleibenden Nachtheile seyn, indessen der schwächere und reizbarere Körperbau eines anderen Verbrechers durch sie einen unverbeserlichen Schaden an der Gesundheit und an dem Leben erhält. — Ja sogar die Anlegung der Banden und die Beschaffenheit der Nahrung, welche den Verbrechern gereicht werden soll, muß nach der körperlichen Stärke und nach der Güte des Magens eines jeden Verbrechers bemessen werden.

Die Gesetzgebung kann daher nur bestimmen, daß derjenigen Klasse von Verbrechen, welche zu den schwersten gehören, ein solcher Grad von Schärfung zugetheilt werden solle, welcher nach der körperlichen Beschaffenheit des Missethätters *der äusserste ist, den derselbe ohne dauerhaften Schaden der Gesundheit und des Lebens zu tragen vermag.* Diesen Punkt dürfen die Schärfungsmittel schlechthin nicht überschreiten; denn sonst wären dieselben unvermeidlich mit der Todesstrafe einerlei, und zwar noch grausamer als dieselbe. (§. 63. Anmerk.)

Ver-

Verbrechen von der mittlern Schwere müßten, zu Folge der obigen Ansicht, mit solchen Schärfungsmitteln, die um einen Grad geringer wären, als jene, belegt werden, und endlich den Verbrechern von der geringsten Art könnte nur, nebst der Beraubung der Freiheit und dem Zwange zu der strengen Ordnung, welche in dergleichen Verwahrungsortern unumgänglich nothwendig ist, so viel Arbeit zuerkannt werden, als erforderlich wird, die Verbrecher vor der schädlichen Faulheit und dem Müßiggange zu verwahren, den Staat zugleich auch für ihren Unterhalt gehörig zu entschädigen.

Uebrigens sind alle diese Schärfungsmittel bloß auf den gesunden Zustand der Verbrecher berechnet. Wenn sie krankhaft werden, müssen nicht nur alle diese Stücke, und zwar so lange dieser krankhafte Zustand dauert, hinweggenommen werden; sondern auch das Prinzip der Menschlichkeit erfordert, daß der Staat, unter dessen unmittelbarer Aufsicht und Gewalt die Verbrecher stehen, sich ihrer annehme und ihnen alle nöthigen Mittel zu ihrer Wiedergenesung reiche.

§. 70.

Von der Einrichtung der Gefängnisse.

Damit aber die Gesetzgebung desto mehr den Zweck der rechtlichen Klugheit bei ihren Strafen erreichen möchte; so hat dieselbe die Verwahrungsorter

örter der Missethäter auf eine solche Art einzurichten, daß dieselben eine Schule der wiederkehrenden Tugend und der Rechtlichkeit bei ihnen werden können. — Die Nothwendigkeit dieser Einrichtung bei solchen Verbrechern, welche nicht lebenslänglich ihrer Freiheit beraubt sind, liegt klar am Tage; da es dem Staate gewiß daran gelegen seyn muß, daß dieselben bei dem Ende ihrer Strafezeit gebessert und mit keinen feindseligen Gesinnungen gegen die öffentliche Sicherheit wieder in den Zustand der Freiheit treten. — Im Anbetrachte jener Verbrecher aber, welche lebenslänglich zum Verluste ihrer Freiheit verdammt sind, fällt zwar diese Absicht des Staates hinweg; indem von ihrem Gemüthszustande ihrer beschränkten Lage wegen gar nichts mehr zu befürchten ist. — Allein die Intelligenz fordert von der Gesetzgebung, daß sie für eine jede Klasse der im Staate lebenden Menschen die bestmögliche Gelegenheit begründe, sich in sittlicher Hinsicht bilden zu können.

§. 71.

Wirkungen der ausgestandenen Strafe für den Missethäter.

Nach ausgestandener peinlicher Strafe ist der Verbrecher als *wiederversöhnt mit dem Staate* zu betrachten. Er kehrt daher in seinen vorigen Rechtszustand zurück, und macht mit Grund auf den nämlichen Schutz des Staates Anspruch, welchen die übrigen Bürger genießen. — Eine zweckmäßige

Aufmunterung von Seite des Staates gegen den Wiederversöhnten, daß derselbe die rechtlichen Erwerbszweige zur Erreichung seiner beliebigen Absichten und zur Befriedigung seiner Bedürfnisse mit Eifer und Betriebsamkeit einschlage, sichert die Besserung desselben und adelt zugleich den Charakter der Nation, indem der Staat (wie er überhaupt bei einer jeden Gelegenheit sorgfältig thun soll) durch sein erhabenes Beispiel der Großmuth das moralische Gefühl der Bürger zu einer ähnlichen Handlungsweise stimmt und für dieselbe empfänglicher macht. —

§. 72.

*Zweite Art von Mitteln zu dem Zwecke der Criminalgesetzgebung. **

Die bereits gegebenen Grundsätze über die Rechtlichkeit und über die Zweckdienlichkeit der peinlichen Strafen enthalten die allgemeine Norm, welche *a priori* bestimmt, wie die peinlichen Strafen beschaffen seyn müssen, wenn sie nicht nur die befugten, sondern auch die bestmöglichen Mittel abgeben sollen, den Endzweck der peinlichen Gesetzgebung wirklich zu machen. — Nun komme ich daher der (§. 28.) vorgezeichneten systematischen Ordnung zu Folge auf die Lehre derjenigen Mittel, welche die peinliche Gesetzgebung in Gemeinschaft mit der Gesetzgebung der *Polizei im engeren Sinne* zur

zur Erreichung ihres Endzweckes vorschreibt und gebraucht.

* Anmerk. Man sehe den §. 28.

§. 73.

Unterabtheilungsgrund derselben.

Diese zweite Art von Mitteln, welche auf die Realisirung des Endzweckes der Criminalgesetzgebung hingehen, sind entweder solche, welche den Vergehungen selbst vorgehen und die Existenz derselben unmöglich machen sollen, Theils können dieselben erst nach vollbrachter That ihre Anwendung finden. —

§. 74.

Unterabtheilung jener Mittel.

Erstere, welche nämlich den Verbrechen selbst vorhergehen und die Existenz derselben unmöglich machen sollen, bestehen in der Beförderung der moralischen und physischen Kultur der Nation und in der genauesten Aufsicht, daß sogar die geringste Gefahr der Unsicherheit in einem jeden Winkel des Staates am zuverlässigsten entdeckt und sogleich in ihrem ersten Keime erstickt werde. Ich verweise die ausführliche Darstellung dieser allerdings sehr wichtigen Bedürfnisse des Staates in die Lehre von der *Polizei im engern Sinne*; da dieselben eigentlich gar kein charakteristisches Merkmal an sich haben, welches ihnen *Vorzugsweise* eine Stelle in der Lehre von der Criminalgesetzgebung zueignen könnte, und

da sie vielmehr zu dem Gebiete der *Polizei im engeren Sinne* bisher gerechnet worden sind.

§. 75.

Fortsetzung.

Die zweite Art von Mitteln aber, welche die Criminalgesetzgebung mit der *Polizei im engeren Sinne* gemein hat und erst nach vollbrachtem Verbrechen Statt finden können, bestehen in der *vollständigsten Entdeckung und Gewissheit des Corpus delicti.* —

§. 76.

Begriff des Corpus delicti. —

Unter der vollständigsten Entdeckung und Gewissheit des *Corpus delicti* versteht man die *rechtlich vollständige Bestimmung einer durch den Einfluss eines freien Wesens entstandenen widerrechtlichen Verletzung der Urrechte eines Andern.*

§. 77.

Zweifache Erforderniss der Entdeckung des Corpus delicti.

Die Entdeckung des *Corpus delicti* begreift daher, erstens, die genaue Untersuchung derjenigen Folgen in sich, welche aus jener widerrechtlichen Verletzung entstanden sind, und diese macht die Untersuchung des *objektiven Corpus delicti* aus. — Zweitens, enthält dieselbe die Untersuchung des Verhältnisses, das zwischen dem Gemüthszustande des

des Verbrechers und der erfolgten Verletzung Statt fand, und hierunter versteht man die Untersuchung des *subjektiven Corpus delicti*. — *

- * Anmerk. Man nimmt öfters die Bezeichnung, *Corpus delicti*, nur in ihrer *objektiven* Bedeutung. Allein man handelt hiedurch der Etymologie des Wortes und der Natur der damit bezeichneten Sache zuwider. — Denn das Wort *delictum* drückt keinesweges die Verletzung für sich betrachtet aus; sondern enthält auch als ein wesentliches Merkmal das Verhältniß des Gemüthszustandes eines freien Wesens zu jener Verletzung in sich. — Wenn eine Ziegel vom Dache fällt und einen Menschen todt schlägt; so ist das *objektive Corpus delicti* in der vorräthigen Erscheinung eben so vollständig enthalten, als wenn jener Mensch durch einen Steinwurf von einem Andern getödtet worden wäre. Durch beide Ursachen können die nothwendigen Organe des Lebens gestöhrt werden, und doch fällt es gewifs keinem vernünftigen Menschen ein, den durch den Fall des Ziegels entselten Körper *Corpus delicti* zu nennen; indessen diese Bezeichnung in dem zweiten Falle ihre vollständige Anwendbarkeit hat. — Nicht minder bezeichnet das Wort *Corpus* etwas Ganzes, dem folglich kein Theil mangelt, welcher nöthig ist, daß es das ist, was es dem Begriffe nach seyn soll. — Das Verhältniß des *subjektiven* Zustandes zu der *objektiven* Verletzung ist daher das zweite wesentliche Erforderniß, wel-

welches zu dem Begriffe des *Corpus delicti* nothwendig gehört. —

§. 78.

Fortsetzung.

Ans dem Begriffe der Entdeckung des *Corpus delicti* (§. 76.) gehen daher alle diejenigen Handlungen hervor, welche der peinliche Richter, als der Vollstrecker der peinlichen Gesetzgebung, unternimmt, und welche von der peinlichen Gesetzgebung zu diesem Zweck sanktioniret sind.

§. 79.

Von der Untersuchung des objektiven Antheiles des Corpus delicti.

Um das *Corpus delicti* so vollständig, als immer möglich ist, ausser Zweifel zu stellen, kömmt es zuerst auf die Berichtigung der Frage an: in wieferne die Urrechte eines Menschen verletzt worden sind? —

§. 80.

Fortsetzung.

Die widerrechtliche That des Verbrechers ist dann entweder von solcher Beschaffenheit, daß sie Spuren ihrer Vollführung zurückliefs, oder nicht. Im ersten Falle ist daher die Beaugenscheinigung (*inspectio ocularis*) unumgänglich nöthig, und es hat in diesem Falle Niemand, selbst nicht einmal der Verletzte, die Befugniss, dem Gange der Gerechtig-

tigkeit Hindernisse in den Weg zu legen, und dem peinlichen Richter die Beaugenscheinigung zu verweigern. — Denn die That des Verbrechers kann nicht bloß von einer solchen Seite betrachtet werden, in wieferne sie als ein widerrechtlicher Angriff, gegen den Verletzten erscheint; sondern sie enthält vielmehr einen Angriff auf die *allgemeine* Sicherheit. Denn durch sie ist ein Unrecht verletzt, welches auch gegen den individuellen Willen unveräusserlich und von dem Staate unbedingt garantirt ist (§. 15.). — Aus dieser unverletzlichen Eigenschaft des Ganges der Gerechtigkeit ist der Staat ebenso befugt, alle diejenigen Stücke, womit entweder die böse That ausgeführt worden ist, oder welche doch ein Verhältniß zu derselben zu haben scheinen, in sichere Verwahrung zu nehmen, damit sie bei dem Verlaufe der Untersuchung zweckdienlich benützt werden können.

§. 81.

Fortsetzung.

Ist aber die vollbrachte That von der Art, daß sie keine Spuren ihres Daseyns zurückläßt; so ersetzt die allenfalls vorrätliche Gezeugenschaft,* oder das mit andern ausser Zweifel gesetzten Anzeigen verbundene** Eingeständniß des Verbrechers die Stelle der Beaugenscheinigung, welche entweder gar nicht, oder doch zur Zeit nicht mehr eingenommen werden kann. Die verschiedenen Zeugen sind, vermöge des Bürgervertrages (§. 26. im ersten Hefte) ohne

ohne Ausnahme verbunden, das, was sie von der That wissen, zu eröffnen. Denn es würde schlechterdings widersprechend seyn, in dem Bürgervertrage sich dahin zu verbinden, daß man alle seine Kräfte zum Staatszwecke beitragen und widmen wolle; wenn man in diesem Falle, wo es eben auf das Bestehen der Grundfeste des Staates ankommt, eine Ausnahme machen wollte! — ***

* Anmerk. Nach der allgemeinen Rechtslehre reicht ein einziger Zeuge zur vollständigen rechtlichen Gewissheit zu, wenn derselbe, vermöge seines ununterbrochenen rechtschaffenen Lebenswandels und seiner stets bewiesenen Wahrheitsliebe, wie nicht minder in Hinsicht seiner übrigen Verhältnisse, die logischen Erfordernisse zu der vollständigen Glaubwürdigkeit hat. — Daß sich aber das statutarische Recht nicht mit einem einzigen Zeugen begnügt, um einen vollständigen Beweis zu liefern, ist das Resultat der gesetzgeberischen Klugheit, welche, durch mannichfaltige Fälle in der Erfahrung aufmerksam gemacht, den Rechtsgang durch das Ansehen der Mehrheit der Personen gegen die Beschränktheit des Erkenntnißkreises und der geheimen Selbstsucht der Einzelnen zu sichern sucht.

** Anmerk. Daß das Eingeständniß des Verbrechers mit vollständig bewiesenen Anzeigen verbunden seyn müsse, wenn es den Grund zu einem peinlichen Strafurtheil abgeben soll, beruhet

ruhet gleichfalls auf der rechtlichen Klugheit, welche für eine jede Gesetzgebung eine unverbrüchliche Norm seyn muß. — Die Gemüthslage eines Verhafteten, welcher öfter lebensatt und der Verzweiflung nahe ist, schwächt die Gewissheit des Geständnisses. Die Schwere der peinlichen Strafen aber erfordert, des Prinzips der Menschlichkeit wegen, die vollständige Gewissheit desjenigen Grundes, auf welchem das peinliche Straferkenntniß gebaut werden soll.

*** Anmerk. Der Staat ist somit berechtigt, die vorbeschriebenen Zeugen zu zwingen, daß sie, ihrer Verbindlichkeit gemäß, dieser Anforderung des peinlichen Richters ein Genüge leisten. Da aber solche gezwungene Zeugen an Glaubwürdigkeit verlieren; so hat der Staat das Recht, die falschen Zeugnisse derselben desto härter zu verpönen, je größer die Gefahr ist, daß sie nicht entdeckt werden möchte, und je schwerer das Verbrechen ist, über welches den Zeugen ihre Erklärung abgefordert wurde. —

§. 82.

Fortsetzung.

Aus dem nämlichen Grunde ist ein jeder Bürger verbunden, sogar unaufgefordert, der einschlägigen Behörde seine Wissenschaft über die geschehenen Verbrechen genau und gewissenhaft zu eröffnen. Denn nur dadurch, daß der Verbrecher in einem jeden Bürger seinen Denuntianten befürchten muß,

mufs, nur dadurch wird die Entdeckung einer begangenen Missethat sowohl als ihres Urhebers zur höchsten Gewifsheit,* und nur auf diese Weise erhalten die angedrohten Schrecknisse der Strafe für das Gefühlvermögen des Bösewichts den höchsten Grad ihres Einflusses. Der Denuntiant aber kann weder zur Strafe, noch zur Genugthuung gehalten seyn, wenn er auch seine gemachte Anzeige nicht zu beweisen vermag; es sey denn, dafs seine Bosheit (*animus injuriandi et nocendi*) gegen den Denuntianten klar am Tage läge.** Denn der Bürgervertrag verbindet ihn ohne Ausnahme zur Denuntiation. Diese Verbindlichkeit zu erfüllen, steht in seiner Willkühr, öfter aber hängt die Darstellung der Beweise dessen, was er als Bürger anzuzeigen verbunden war, nicht von ihm ab.

* Anmerk. Es sind daher alle Bürger über diese ihre Verbindlichkeit zweckmäfsig zu belehren, und auf diese Art zur desto bessern Befestigung des *Rechtsstandes* mufs das herrschende Vorurtheil weggeschafft werden, dem zu Folge Mancher die Verhehlung eines Bösewichtes sich zur Maxime machet; weil er diese Handlungsweise für gewissenhafter hält, als die Angabe seiner erlangten Wissenschaft zur Beförderung der allgemeinen Sicherheit ihm erscheint.

** Anmerk. Diese bösliche Absicht des Denuntianten läfst sich auch mit der grössten Wahrscheinlichkeit vermuthen; wenn der Denuntiant sich in solchen Umständen befand, dafs er auf
eine

eine leichte Weise eine bessere Ueberzeugung von seinem Angeschuldigten hätte erlangen, und somit die Wahrheit seiner vorgefaßten Meinung selbst hätte prüfen können, demungeachtet aber diese gute Gelegenheit (welche ihm zugleich so nahe vor Augen lag) unterliefs. —

§. 83.

*Von der Untersuchung des subjektiven Antheiles
des Corpus delicti.*

Ist die Existenz eines Verbrechens *objektive* ausser Zweifel gesetzt; so muß es nothwendig daran gelegen seyn, die *subjektive* (§. 77.) Realität desselben zu untersuchen und in das Klare zu bringen. — Hierzunächst kömmt es nun vorzüglich darauf an, ob der Verdächtige gegenwärtig oder abwesend ist.

§. 84.

Fortsetzung.

Im letztern Falle ist der Staat befugt, denselben vorzuladen, ihn aufsuchen zu lassen, demselben alle Unterstützung abzuschneiden und Steckbriefe zu verbreiten, welche die begangene That sowohl, als den Namen, den Stand und die körperliche Beschaffenheit des Flüchtlings enthalten. Jede Obrigkeit, sey es auch eine auswärtige, ist gehalten, der in den erlassenen Steckbriefen enthaltenen Aufforderung des beleidigten Staates Gehör zu geben, somit den flüchtigen Verbrecher, im Falle, daß er entdeckt wird, in Gewahrsam zu bringen, und denselben

selben an seine Behörde auszuliefern. Ein Staat, der unter je einem Vorwande dieser Verbindlichkeit zuwider handelt, verletzt das Gesetz, nach welchem einzig der allgemeine Rechtszustand auf der ganzen Erde bestehen kann, er handelt somit der Gerechtigkeit unumgänglich nothwendig entgegen, und zeigt sogar eine feindselige Handlungsweise gegen den beleidigten Staat, da er die innere Sicherheit desselben durch seinen ertheilten Schutz des flüchtigen Verbrechers verletzt! *

* Anmerk. Es ist daher eine höchst verwerfliche Maxime manchen Staates, wenn derselbe die flüchtigen Verbrecher auszuliefern unterläßt, im Falle sie entweder in Militairdienste getreten sind, oder sonst seinem besondern Interesse Vorthail versprechen. — Der Grundsatz: „*dass keine Verbrecher in den Militairstand aufgenommen werden dürfen*,“ macht daher jedem Staate schon in diesem Anbetrachte große Ehre; da derselbe das Ansehen der Gesetze nicht schwächt, und somit die allgemeine Sicherheit ungestört erhält. — Ueberhaupt wäre es zu wünschen, dass alle Staaten da, wo das ewige Recht seine Stimme erhebt, jede *materiale* Maxime auf die Seite setzen möchten! —

§. 85.

Fortsetzung.

Ist aber der Verdächtige gegenwärtig; so ist der Staat befugt, sich im erforderlichen Falle seiner Person

son durch Verhaftnehmung zu versichern, oder Statt der Verhaftnehmung bei weniger dringenden Umständen andere Verfügungen zu treffen, welche doch hinlänglich sind, den Verdächtigen von der Flucht abzuhalten, und welche auf diese Art die vollständige Entdeckung des *Corpus delicti* und im eintretenden Falle auch am Ende die Möglichkeit der Exekution der Strafe verbürgen. Hiernächst kömmt es also auf diejenigen Momente vorzüglich an, welche bei der Untersuchung des subjektiven Antheiles des *Corpus delicti* die genaueste Berücksichtigung verdienen.

§. 86.

A. Gewissheit des Thäters.

Wenn es noch nicht ausgemacht ist, ob der Verdächtige wirklich [der Thäter sey; wenn diese Frage noch mehr oder weniger unzuverlässig beantwortet werden kann; wie ist es dem Gange der Gerechtigkeit möglich, den Verdächtigen in die Strafe zu verurtheilen, deren kategorische Beschaffenheit eine gleichmässige Gewissheit des von ihm begangenen Verbrechens zum Voraus setzt. — Die Gewissheit, daß das fragliche Verbrechen von dem Verdächtigen begangen worden sey, ist also durchaus nothwendig.

§. 87.

B. Die rechtliche Zurechnung.

Die Gewissheit, daß der Verdächtige auch wirklich der Thäter sey, macht zwar den Gegenstand der
ersten

ersten Frage aus, welche bei der Untersuchung des subjektiven Antheils des *Corpus delicti* sich aufwirft; allein sie entschöpft dasselbe noch bei weitem nicht, sondern es ist vielmehr die Bestimmung des Verhältnisses der vollbrachten That zu der freien Handlungsweise und zu dem ihr zu Grunde liegenden Gemüthszustande des Verbrechers eben so nothwendig zur Erkenntniss der von dem Gesetze auf die That verordneten Strafe, als die Gewissheit des Thäters.

§. 88.

Fortsetzung.

Das Verhältniß der vollbrachten That zu der freien Handlungsweise und zu dem ihr zu Grunde liegenden Gemüthszustande des Verbrechers macht den individuellen Grad der rechtlichen Zurechnung (*Imputation*) der That aus, ohne welcher der Begriff des Verbrechens schlechthin in sein Nichts zurückfällt (§. 77.).

§. 89.

Fortsetzung.

Der Ausdruck: diese oder jene That wird je einem zugerechnet, heisst daher nichts anders, als: jene That stehet in Causalverbindung mit jenem Menschen, und zwar so, dass nicht eine von seiner Willkühr verschiedene Nothwendigkeit den Grund des Daseyns jener Causalverbindung ausmacht; sondern dass vielmehr diese Causalität, zwar von Aus-

sen

sen veranlaßt, allein doch einzig das Resultat seiner eigenen freien Entschliessung war.

§. 90.

Bedingung aller Zurechnung.

Die nothwendige Bedingung aller Zurechnung ist daher das Vermögen, sich, frei von aller physischen Causalverbindung, nach den Resultaten seiner eigenen Reflexion in Hinsicht der Handlungsweise bestimmen zu können.

§. 91.

Analitik des Begriffes dieser Bedingung.

Die Freiheit von dem physischen Causalverhältnisse ist das erste Erforderniß, welches in dem Begriffe jener Bedingung der Zurechnung seine wesentliche Stelle einnimmt. — Eine Erscheinung, welche auf dem Wege der physischen Causalität ihre Existenz erhält, kann nicht im strengen Sinne als die Handlung der ihr besonders zustehenden Ursache angesehen werden. Denn diese Letztere ist wieder die Wirkung einer vorhergehenden Erscheinung. Sie ist durch diese letztere entferntere Ursache nach allen ihren Eigenschaften gesetzt, und auf diese Art ist die Beschaffenheit ihrer Kraft in jeder Hinsicht durch die nothwendige Passivität ihres Zustandes (als die Wirkung jener höhern Ursache) thätig. — Jede Erscheinung also, welche durch die physische Causalverbindung entstehet, ist von keiner reinen (von aller Passivität freien) Thätigkeit, diese Thätigkeit

keit verliert sich vielmehr unter die zahllosen Kräfte der unendlichen Natur, welche zwar Thätigkeit in alle ihre Theile verbreitet; allein denselben auch ein eisernes Joch aufleget, welches sie nothwendig einhalten müssen. —

§. 92.

Fortsetzung.

Durch die Freiheit von der physischen Causalitätsverbindung wird die Hinderniß aufgehoben, welche der Existenz der zweiten wesentlichen Erforderniß jener Bedingung der Zurechnung im Wege steht. Sie hebt die Negation auf und öffnet auf diese Weise der Hinzukunft einer rein-positiven Kraft den Weg. Denn durch die Freiheit von dem physischen Causalitätsnexus wird aller Zustand des Leidens aus der Thätigkeit hinweggenommen, und die Verwandlung dieser Thätigkeit in *Selbstthätigkeit* im strengen Sinne möglich machet.

§. 93.

Fortsetzung.

Allein der Grund dieser *Selbstthätigkeit* im strengen Sinne ist nicht bloß in jener Negation (§. 92.) vorfindlich. Denn durch sie würde nur ein solcher Zustand erzeugt, welcher $= 0$ wäre, und somit weder so geeignete Wirkungen, welche nach dem physischen Causalitätsgesetze vorgehen, noch solche Handlungen aufzählen könnte, die als die Resultate der Selbstthätigkeit (§. 92.) betrachtet werden müßten. —

§. 94.

§. 94.

Fortsetzung.

Der entscheidende Punkt, auf welchen hier Alles ankömmt, ist in dem Vermögen zu reflektiren enthalten. Andauernde Vorstellungen wirken mit Macht auf das Begehrungsvermögen, und haben entweder das Begehren selbst, oder einen Abscheu vor das vorgestellte Objekt zur nothwendigen Folge. — Vorübergehende Vorstellungen aber können noch keinen Ausschlag für das Begehrungsvermögen geben, weil sie zu unmächtig sind, das Gefühl für sich zu bestimmen, dessen Affektion nur unter der Form der Zeit, also in der Aufeinanderfolge, möglich ist. — Die Freiheit, mit welcher es dem Menschen möglich wird, diese Vorstellungen absichtlich zu wählen und jene zu verwerfen, ist schlechterdings ein unerklärbares Resultat der Intelligenz. Denn der Mangel an allem Mannichfaltigen, welcher dieser Kraft der Intelligenz eigen ist, verweigert schlechthin alles Erklären, als welches in der Analytik des Mannichfaltigen besteht. — Dasselbe erscheint daher unter dem Charakter *des schlechthin Unbedingten*, d. h. dessen Grund der Möglichkeit sowohl, als jener der Wirklichkeit, nicht ausser ihm, sondern schlechthin in ihm selbst liegt, und in Eins zusammenfließt. — *Es ist, weil es ist.* — Hierin liegt die ganze Erklärung, welche auch der endliche Preis der schärfsten Nachforschungen wird. Diese Erkenntniß aber ist eben darum nicht mangelhaft; denn sie erscheint im Bewußtseyn als der unmittel-

bare Gegenstand der höchsten innern Anschauung, welche ihr Daseyn dem Menschen schlechterdings nothwendig aufdringt. —

§. 95.

Fortsetzung.

Diese innere Anschauung der Intelligenz, welche das unmittelbare und absolut nothwendige Resultat des Bewußtseyns ist, wird für den Menschen noch erkennbarer gemacht, indem mit derselben die schlechthin unbedingte Thatsache des Bewußtseyns sich verbindet, vermöge welcher der Mensch zur durchaus nothwendigen Erkenntniß des moralischen Unterschiedes von Handlungen gelanget. Diese Thatsache des Bewußtseyns vollendet die Gewißheit des Daseyns dieses großen — den Adel der menschlichen Natur einzig bestimmenden Vermögens unerschütterlich! — Giebt es einen moralischen Unterschied unter den Handlungen, und ist es dem Menschen möglich, diesen Unterschied zu erkennen; * so ist zugleich mit dieser Erkenntniß auch die Möglichkeit für den Menschen ausser Zweifel, daß er die besondern Gesetze wisse, welche jenen Unterschied veranlassen; denn wofür wäre sonst jene dunkle Ahndung. — Sie wäre dann schlechthin zwecklos, und eben daher der Einheit der Intelligenz zuwider! —

* Anmerk. Diese beiden Momente sind durch das Daseyn des obern und untern Begehrungsver-

vermögens und ihrer nothwendigen Formen ausser allem Zweifel gesetzt.

§. 96.

Fortsetzung.

Ist aber dem Menschen die Erkenntniß jener Gesetze möglich (§. 95. Anmerk.), so muß auch die Möglichkeit, diese Gesetze einhalten zu können, dem Menschen nothwendig zugestanden werden, wenn man sich nicht der nämlichen Inkonsequenz bloß stellen will. — Jene Gesetze aber äussern sich Theils durch ein *Müssen*, Theils durch ein *Sollen* und *Dürfen*. — Jene enthalten einen schlechthin unwiderstehlichen Drang, und sind bei ihren Wirkungen unabänderlich. — Diese aber erheischen ein von dieser eisernen Gewaltsamkeit befreites Feld. Denn es wäre eben so lächerlich, wenn man das, was man für sich schon *muß*, noch durch ein *Sollen* gebieten, oder durch ein *Nichtdürfen* verbieten wollte, als es widersprechend seyn würde, Etwas durch ein *Sollen* gebieten zu wollen, was man zu Folge jenes äussern und unabänderlichen Dranges durchaus nicht *kann*. — Das, was man *soll*, muß man *können*. — Dieser Satz ist daher von ewiger Wahrheit!

§. 97.

Fortsetzung.

Das Gefühl der Achtung für die Reinheit und Erhabenheit des Gesetzes, das Gefühl des Abscheues

vor solchen Handlungen, die dem Gesetze widersprechen, verbunden mit dem Gefühle der Furcht für das auf den Uebertretungsfall gesetzte und von der Intelligenz gerechtfertigte Uebel, vollendet die praktische Anlage, das Gesetz befolgen zu können, und setzt daher die Zulässigkeit der Zurechnung überhaupt ausser Zweifel. *

* Anmerk. Da die Metaphysik des Rechtes das Postulat der Freiheit eben so nothwendig bedarf, als dieses bei der Ethik Statt findet; so war es gewiss nicht überflüssig, die Gründe der Realität desselben dargestellt zu haben, und dieser nämlichen Ansicht gemäfs, wird es zu-
trüglich seyn, noch dem vorzüglichsten Argumente der Bezweifler jenes Postulates zu begegnen, um kein erhebliches Moment übrig zu lassen, welches die Haltbarkeit des Systemes der rechtlichen Zurechnung noch einem ängstlichen Zweifel aussetzen könnte.

Jenes Argument besteht darin:

Alle Realität ist durch die Zeitform nothwendig modifiziret; also ist auch alle Realität dem Gesetze der nothwendigen Aufeinanderfolge, d. i. der physischen Causalität unterworfen, und es giebt folglich keine absolute Causalität, d. i. keine Freiheit. —

Gegen diesen Schluss, die moralische (ethische und rechtliche) Anlage zu retten, nahm der verewigte *Kant* seine Zuflucht zu einer feinen

nen Distinktion zwischen *Phänomenon* und *Noumenon* oder *Ding an sich*. Jedes Phänomen subordinirte er der Zeitform und ihren wesentlichen Eigenschaften. Das *Noumenon* oder *Ding an sich* aber setzte er ausser aller Verbindung mit den Formen des Erkenntnißvermögens, und folglich auch ausser aller Verbindung mit der *Zeitform*. — Allein zu Genüge wird die Unstatthaftigkeit der Annahme von *Noumenon* und das ihnen zu Grunde liegende Widersprechende mit sich selbst und mit andern offenkundigen Wahrheiten der Metaphysik erkannt. Es ist daher die Vertheidigung der Existenz der moralischen Anlage auf einem andern Wege zu suchen. Dieser andere Weg wäre unmaßgeblich folgender:

Der Vordersatz des obigen Argumentes: „Alle Realität ist durch die Zeitform nothwendig modifiziret,“ kann schlechthin nicht geläugnet werden. Denn der Zeitbegriff und das Mannichfaltige überhaupt sind die höchsten Bedingnisse des Bewusstseyns, ohne welchen dasselbe selbst unmöglich wird. Dafs aber aus jenem Vordersatze der gezogene Schlufssatz so geradezu und ohne alle Beschränkung folge, mufs billig in Zweifel gezogen werden. Denn es ist ein Unterschied zwischen der Realität *in der Erfahrung* und zwischen den Existenzen *a priori*. Erstere sind *in* und *durch* die Zeit beschränket: es kann daher in Hinsicht dieser Gegenstände kein Zweifel obwalten, dafs eine endlose nothwendige

dige Aufeinanderfolge, d. i. eine endlose physische Causalität die nothwendige Modifikation ihrer Existenz seyn müsse; weil diese endlose Aufeinanderfolge ein nothwendiges Merkmal der Zeitform ist. Letztere aber sind nicht *durch* und *in* der Zeit *beschränket*; denn sonst würde ihnen der Charakter der Allgemeinheit genommen, sie sind vielmehr mit der Zeit selbst eines gleichen Ursprunges, und haben somit die Zeit nach ihrer *Totalität* zur Form. —

Diese Behauptung ist in Hinsicht aller Prinzipien, welche ihren Ursprung *a priori* haben, ganz ausser Zweifel. Denn ihre Realität ist zu *aller* Zeit eins und eben dasselbe. Im Anbetrachte der *Freiheit* aber kann man diese Eigenschaft nur so lange bezweifeln, als man die *Wesenheit* derselben noch nicht gehörig von *ihren Zufälligkeiten* zu unterscheiden vermag. Jene ist schlechterdings *a priori*, und folglich mit allen Vorzügen der *Apriorität* ausgerüstet; diese aber sind durchaus *a posteriori* und unterliegen denjenigen Beschränkungen, welche der Empirie eigenthümlich zukommen. —

§. 98.

Eintheilungsgrund der Vergehungen.

So wie das obere Begehrungsvermögen seine bestimmende Kraft zu, ihm gleichförmigen, Handlungen äussert, wenn der Mensch seine Reflexion auf Gegenstände richtet, welche zu der Sphäre des obern Be-

Begehrungsvermögens gehören; eben so entstehet durch das untere Begehrungsvermögen eine Triebfeder, welche den Menschen zur Realisirung einer, diesem Vermögen entsprechenden, Sache anreizet, wenn jene Sache der Gegenstand der Reflexion wird. — Im ersten Falle wird die Wirklichmachung des Guten bei dem Menschen zur *Absicht*. Im letzten Falle aber *beabsichtigt* der Mensch die Habhaftwerdung eines materialen Zweckes. In wieferne aber ein Zweck, der ohne alle Deutung für das obere Begehrungsvermögen existiret, und daher ein eigentlicher materialer Zweck ist, nothwendig unter die Summe der von der Intelligenz verbotenen Zwecke gerechnet werden muß; so wird in dem letztern Falle die Begehung des Bösen zur *Absicht*. — *

* Anmerk. Um allem Mißverstände dieser Deduktion mit denjenigen Prinzipien, welche ich oben bei der Lehre von der Todesstrafe vortragen habe, vorzubeugen, wo es heist: das Böse könne nicht *unbedingt* von dem Menschen gewollt werden, d. i. nicht *absoluter* Zweck desselben werden (§. 40.); so bemerke ich, daß es bloß auf das Prädikat ankömmt, um den etwa scheinbaren Widerspruch zu beseitigen. — Daher kann das Böse zwar *hypothetisch* (in wieferne durch denselben der animalische Genuß des Menschen seine Befriedigung hoffen kann) der Zweck für die menschliche Handlungsweise werden, und unter dieser Beziehung muß die eben vorgetragene Theorie von der bösen Handlungsweise des Menschen *aus Absicht* verstanden

den werden; keinesweges aber ist dem Menschen das Wollen des Bösen auf eine *unbedingte Art* (d. h. um seiner Selbstwillen, und ohne alle Rücksicht auf einen andern, von dem Bösen selbst wesentlich verschiedenen, Bewegungsgrund und Endzweck, welcher erst die äussere Bedingung des Bösen würde) möglich. — Der Genuß ist nicht für sich böse, sondern nur dessen *besondere Form* trägt diese Eigenschaft an sich; wenn sie nämlich der allgemeinen Form der Intelligenz, d. i. des obern Begehrungsvermögens widerstrebet. —

§. 99.

Fortsetzung.

Allein nicht bloß durch die besondere Absicht des Handelnden kann das Böse seine Wirklichkeit erhalten; sondern auch durch den bloßen Mangel der Reflexion auf das, was gut ist. — Derjenige, welcher das Gesetz deswegen nicht erfüllt, weil er es nicht kennt, da er es doch kennen könnte, sowohl als Jener, der das Causalverhältniß der Dinge unberücksichtigt läßt, durch welche Fahrlässigkeit doch das Gesetz übertreten werden und Böses geschehen kann, sind wegen diesen Mangel ihrer Reflexion verantwortlich. Die Folge ihrer Unachtsamkeit, das zwar nicht *absichtlich* vollbrachte, aber doch durch die *Fahrlässigkeit* derselben veranlafste Böse wird ihnen daher zugerechnet. —

§. 100.

§. 100.

Eintheilung der Vergehungen.

Zu Folge der beiden vorhergehenden Absätze (§. 98. und 99.) entstünde durch die Zurechnung (§. 88.) eine zweifache Eintheilung der Vergehungen überhaupt. — Die Vergehungen sind nämlich im Anbetrachte des Verhältnisses der in ihnen enthaltenen That zu dem Gemüthszustande ihres Urhebers entweder solche, welche *aus Absicht* vollbracht werden, und diese werden gemeinhin *dolose* Vergehungen genennet; oder solche, bei welchen die böse That nicht als beabsichtigt erscheint, doch aber durch den Mangel an Reflexion auf die Sache entstand, welcher Mangel von der handelnden Person hätte beseitiget werden können und sollen. — Diese letztere Klasse wird, dem Sprachgebrauche gemäß, mit der Benennung von *culposen* Vergehen bezeichnet.

§. 101.

Fernere Entwicklung dieser Eintheilung.

Derjenige also, welcher das Gesetz übertritt, weil er aus Leichtsinn dessen Inhalt vergessen hatte, sowohl, als jener, welcher unbedachtsam mit solchen Materien umgeht, die ihrer physischen Kraft wegen leicht gefährlich werden können, und daher nicht gehörige Aufmerksamkeit auf das Causalitätsverhältniß verwendet, welches zwischen einer solchen Unbedachtsamkeit und dem gesetzwidrigen Resultat.

sultate Statt findet, gehören Beide in die Klasse von *culposen* Missethättern.

§. 102.

Fortsetzung.

Jener aber, welcher sowohl des Gesetzes sich bewußt ist, als auch das Causalverhältniß kennet, das zwischen dem Organe seiner Missethat und dem gesetzwidrigen Resultate Statt findet, und jenes Organ sogar absichtlich dazu gebraucht, um letzteres Resultat zu erzeugen, muß in die Klasse der *dolosen* Missethäter gerechnet werden. — Desgleichen auch derjenige, welcher sich schon eine widerrechtliche That zum Zwecke gemacht hat, und zu der desto bessern Vollführung derselben absichtlich solche Mittel gebraucht, welche noch eine weit größere Gefahr drohen, als die Vollführung jener That für sich betrachtet eigentlich enthält. — Daher derjenige, welcher einen Andern durch einen beigebrachten Schlaftrunk absichtlich tödtet, und der, welcher einen Schlaftrunk einem Andern beibringt, um Gelegenheit zu bekommen, denselben auszuplündern, sind beide *dolose Mörder*, vorausgesetzt, daß jener dritte in dem letztern Falle durch den Schlaftrunk gleichfalls sein Leben verliert. —

§. 103.

Zulässigkeit dieser Eintheilung in der Criminalgesetzgebung.

So wenig Jemand die logische Richtigkeit der gegebenen Eintheilung der gesetzwidrigen Handlungen

gen in *dolose* und *culpose* Vergehen in Zweifel ziehen wird, da dieselbe nicht nur auf einem zureichenden Eintheilungsgrunde beruhet, sondern auch die ganze, für diese Materie geeignete Sphäre umfaßt; so wenig wird derjenige, welcher von dem richtigen Standpunkte * ausgeht, Bedenken tragen, jener Eintheilung nicht bloß in der Ethik, sondern auch in der Rechtswissenschaft, und somit gleichfalls in der Criminalgesetzgebung eine Stelle einzuräumen.

* Anmerk. Die moralische Freiheit ist das nothwendige Postulat der praktischen Philosophie überhaupt, und somit erscheint dieselbe unter der nämlichen Eigenschaft für die beiden Theilungsglieder derselben, d. i. für die *Ethik* sowohl als für die *Rechtswissenschaft*. Denn die oben (§. 91 — 98.) aufgestellten Grundsätze haben nicht bloß für die Ethik, sondern auch für die Rechtswissenschaft ihren unbedingten Einfluß. —

§. 104.

Fortsetzung.

Unläugbar ist zwar der Satz: daß die Zurechnung, als das Verhältniß einer freien That zu dem Gemüthe des Handelnden für andere Personen ausser dem Handelnden ewig unerkennbar bleiben müsse, und daß sie vielmehr nur für diesen ein Gegenstand der Erkenntniß seyn könne. Denn diese Erkenntniß würde die Erkenntniß des Gemüthes und der Be-

Beschaffenheit desselben bei einem Dritten zum Voraus setzen, welches doch der Beschaffenheit des Erkenntnißvermögens widerspricht. Denn das Erkenntnißvermögen erfordert bei Erkenntnissen ausserhalb des Gemüthes die Form des *Raumes*, als die nothwendige Form der erkennbaren Gegenstände, das Gemüth aber und dessen besonderer Zustand ist schlechthin kein Gegenstand des *Raumes*, sondern ist vielmehr ausschliesslich nur in der *Zeit* anschau-
bar. — *

* Anmerk. Man stosse sich keinesweges an dem obigen Ausdruck, zu Folge welchem ich die Zurechnung freier Handlungen und somit die Freiheit selbst als einen wesentlichen Bestandtheil der *Selbsterkenntniß* festgesetzt habe; obgleich man diese Momente vielfältig nur als die Gegenstände des *nothwendigen Vernunftglaubens* (wie man sich ausdrückte) gelten lassen wollte. —

Alles das, was als Thatsache des Bewusstseyns durchaus nothwendig gegeben ist, alles das muß auch als *Erkenntniß* schlechthin gewürdiget werden. Denn eine jede solche Thatsache hat absolute Gewissheit; weil sie als der nicht weiter zu erweisende Endpunkt aller ihr subordinirten Realität angesehen werden muß. Es kömmt bei diesen *höchsten Erkenntnissen* nur auf diesen Unterschied an: daß Eine derselben sich durch die Formen des *Raumes* und der *Zeit* versinnlichen läßt, indessen diese Versinnlichung

chung bei der Andern nur durch Vermittelung der *Zeitform* möglich ist. — In diesem Unterschiede der letztern Thatsache des Bewußtseyns von der erstern liegt auch der Grund, warum die letztere Thatsache zwar von einem jeden Subjekte mit Bewußtseyn als wahr eingesehen, allein nur als ein Merkmal für *seine* Ichheit jedesmal erkannt werden kann; weil im entgegengesetzten Falle jene Thatsache in andern Personen, und folglich auch unter der Form des *Raumes* gegeben werden müßte, welches doch ihrer wesentlichen Beschaffenheit widerspricht. Daher kann die Voraussetzung der Existenz jener Thatsache in *andern* Personen sich nur auf einen richtigen analogischen Schluß gründen. — *Fichte* hat daher ganz recht, wenn er die Existenz der Freiheit und somit der statthabenden Zurechnung unter die Klasse der höchsten Gewißheit, d. i. als *absolute Selbsterkenntniß* setzt. —

§. 105.

Fortsetzung.

Allein denn doch läßt sich aus den richtig aufgefaßten Prämissen, welche in der *erkannten Handlung* nach allen ihren Umständen und in dem gewöhnlichen Gange der moralischen Natur des Menschen bestehen, ein Vernunftschluß ausmitteln, welcher (mit Berücksichtigung des dem Causalitätsgesetze zu Grunde liegenden Prinzips der Gleichartigkeit zwischen der Ursache und ihrer Wirkung) diesen Mangel

gel dadurch ersetzt, daß derselbe ein solches Urtheil über die jedesmal Statt habende Zurechnung enthält, *welches nach den obigen Prämissen nothwendig als die Regel angesehen werden muß.* —

§. 106.

Fortsetzung.

Dieses Verfahren ist in keiner Hinsicht ungerecht. Denn, erstens, wird der Inhalt dieses Schlusses nicht mit einer unumstößlichen Apodixis aufgestellt; sondern vielmehr nur als ein Satz betrachtet, welcher so lange als wahr angenommen werden muß, bis sein Gegentheil bewiesen wird, und hierzu geben selbst die Gesetze des Schliessens nach dem vorhin Gesagten (§. 105.) die Veranlassung, und zweitens, mag es derjenige, der eine so große Unbedachtsamkeit hatte, solche Handlungen zu setzen, welchen zu Folge des gesunden Menschenverstandes keine andere Absicht, als die geflissentliche Uebertretung der Gesetze, zu Grunde gelegt werden kann, seiner eigenen Schuld und seinem beinahe gänzlich zerstörten Gefühle für die bürgerliche Ehre zurechnen; wenn ihn gleichfalls diese gültige Vermuthung trifft, die er, seinem eigenen Verstande gemäß, wissen konnte! —

§. 107.

Fortsetzung.

Durch die gründliche Rechtfertigung der Zulässigkeit der Eintheilung der Missethaten in *dolose* und

und *culpose* sowohl, als durch deren richtige Darstellung, wird der Criminalgesetzgebung, wie auch der Polizei im engern Sinne ein Bedürfnis befriediget, welches den größten Einfluss auf ihre zweckmässige Thätigkeit hat. — Denn offenbar muß die Gefahr, in welcher der Staat bei der Existenz eines *dolosen* Missethätters schwebt, als ungleich größer angesehen werden, als jene ist, in welche derselbe durch die Handlung eines *culposen* Uebertreters der Gesetze versetzt wird. * Eben so würde im entgegengesetzten Falle der Maasstab der Strafe, und mit ihm die rechtliche Wirksamkeit der Exekutivgewalt größtentheils ihrem unvermeidlichen Untergange ausgesetzt werden. **

* Anmerk. Der *dolose* Verbrecher verräth eine gänzliche Ausartung (*degeneratio*) des Gemüthes, vermöge welcher sich derselbe die Begehung des Bösen zur besondern Maxime für seine Handlungsweise macht. Dieser gemäß sucht derselbe selbst die Gelegenheiten auf, bei welchen er die Realisirung seiner bösen Zwecke am besten zu erreichen glaubt. Er sieht sich dabei auf eine solche Weise vor, welche ihm den Sieg bei dem Eintritte jener Gelegenheit am zuverlässigsten zusichert, lauert im Verborgenen auf seine Beute und sinnt auf diejenigen Mittel, wodurch er entweder gar seine böse That, oder doch wenigstens sich unentdeckt erhalten könnte. Er ist somit der abgesagte Feind des Staates zu Folge seiner Maximen, von welchem sich nicht nur eine einzige böse That, sondern viel-

vielmehr eine ganze Reihe derselben befürchten läßt. — Der *culpose* Missethäter aber geräth mehr zufälliger Weise in die Uebertretung des Gesetzes. Schon ein einziger trauriger Erfolg seiner Unachtsamkeit kann hinreichend seyn, ihn zu Genüge zu witzigen und für die Zukunft aufmerksamer zu machen. —

**** Anmerk.** Dieses letztere Resultat folget für sich schon aus dem unmittelbar vorhergehenden Resultate. Denn sobald der Erkenntnißgrund der größern oder geringern Gefährlichkeit eines Missethäters (welcher Erkenntnißgrund vorzüglich in der rechtlichen Imputation angetroffen wird) hinweggenommen würde; so würde es größten Theiles unmöglich seyn, die Gränzen der jedesmal statthabenden rechtlichen Nothwehre zu bestimmen.

§. 108.

Unterschied der rechtlichen Zurechnung von der ethischen.

Die *rechtliche* Zurechnung unterscheidet sich, wie aus der bereits gegebenen Darstellung erhellet, dadurch von der *ethischen*, daß jene eine in der erkennbaren Wechselwirkung gesetzte Handlung erfordert, welche die Veranlassung und den Grund ausmacht, vermöge welchem man denjenigen Grad von Schuld oder böser Absicht bei dem Handelnden *vermuthet*, der zu Folge der erkannten Handlung und dem gewöhnlichen Gange des Gemüthes *als die Regel*

gel angesehen werden muß; indessen die *ethische* Zurechnung, erstens, keine in der Wechselwirkung erkennbare Handlungen, sondern nur solche erfordert, welche Gegenstände der innern Anschauung des handelnden Subjektes selbst sind, und zweitens, keinesweges nur einen solchen Grad der Gewissheit enthält, der durch den Begriff der *Vermuthung* (als welche noch dem Beweise des Gegentheiles eine Stelle einräumet) bezeichnet wird, sondern vielmehr eine vollständig gewisse Thatsache des Bewußtseyns ausmacht, die mit dem Charakter der *Erkenntniß* für das gedachte Subjekt ausgerüstet, zu jeder von ihr verschiedenen Behauptung ausschliesslich in jenem Verhältnisse existirt, das zwischen der stattfindenden Wahrheit und der ihr contradiktorisch entgegengesetzten Unwahrheit eintrifft. —

§. 109.

Folgerungen aus diesem Unterschiede.

Der Mangel der vollständigen, zu einer unwiderlegbaren Erkenntniß zureichenden Gewissheit, auf welche die rechtliche Zurechnung Anspruch machen kann, erfordert die grösste Genauigkeit bei der Aufsuchung und Beurtheilung der erspriesslichen Gründe. — Nicht oberflächlich darf die Untersuchung derselben seyn; denn es ist vor Allem dem Staate daran gelegen, daß jedem Missethäter eine zur Sicherstellung des Rechtsstandes zureichende und somit der Schwere seines Vergehens * genau angemessene Strafe zuerkannt werde. Es ist, zweitens,

aber auch eine rechtliche Nothwendigkeit, daß Niemanden ein größeres Uebel zugefüget werde, als er selbst rechtlich verwirkt hat! —

* Anmerk. Siehe den §. 83. im ersten Hefte.

§. 110.

*Grundsätze der rechtlichen Zurechnung
in concreto.*

Um die Gefahr, bei diesem so wichtigen Verfahren zu irren, so viel immer möglich ist, zu beseitigen, und anderer Seits die Beurtheilung der Zurechnung *in concreto* desto besser zu begründen, kömmt es auf die wesentliche Beschaffenheit der Vordersätze an, aus welchen der, jener Beurtheilung zu Grunde liegende, Schluß abgeleitet werden muß. — Aus der Reflexion auf die wesentliche Beschaffenheit dieser Vordersätze gehen sofort einige Grundsätze hervor, welche zum allgemeinen Leitfaden dienen, und diejenigen Gesetze ausmachen, an welche die rechtliche Zurechnung gebunden ist.

§. 111.

Fortsetzung.

Da die Kenntniß des fraglichen Gesetzes die erste Bedingniß der Freiheit ist, dasselbe befolgen zu können, der Erkenntniß überhaupt aber jederzeit ein besonderer Grad ihrer größern oder geringern Deutlichkeit zukömmmt; so sind vor Allem diejenigen erkennbaren Umstände auszuforschen, welche den indivi-

dividuellen Grad der Deutlichkeit der Erkenntniß des Gesetzes zu Folge eines richtigen Schlusses ins Klare setzen.

§. 112.

Fortsetzung.

Diese Umstände liegen, erstens, entweder schon in der Beschaffenheit des Gesetzes selbst, oder nicht. — Im erstern Falle werden unter jenen Umständen solche Eigenheiten des Gesetzes verstanden, welche sich, vermöge der Anlage der menschlichen Natur, einem Jeden mit lauter Stimme ankündigen. Der Grad des natürlichen Abscheues vor einer gesetzwidrigen Handlung verstärkt oder vermindert die Vermuthung der Deutlichkeit dieser Erkenntniß.

§. 113.

Fortsetzung.

Liegen jene Umstände aber nicht in der wesentlichen Beschaffenheit des Gesetzes; so bestehen sie entweder in den Eigenschaften der Person oder der Handlung. — Im ersten Anbetrachte wäre die Verstandesfähigkeit der fraglichen Person zu untersuchen. — Ein heller und scharfsinniger Kopf hat die größte Vermuthung gegen sich in Ansehung der Behauptung, daß er das gehörig bekannt gemachte und genau verständliche Gesetz nicht verstanden habe. — Die zu Folge des Berufes zu vermuthende Kenntniß des Gesetzes und des besondern physischen Causalitätsverhältnisses findet hier vorzüglich

ihre praktische Anwendung. Wenn daher der Rechtsgelehrte gesetzwidrig handelt, wenn der Arzt bei Giften zu große Dosen verschreibt, wenn der Physiker und Mechaniker durch die seiner Wissenschaft zu Grunde liegenden Kräfte der Natur Schaden anrichtet, wenn endlich solche Personen, die zur Handhabung besonderer Gesetze bestimmt sind, dieselben verletzen; so streitet jederzeit die stärkste Vermuthung einer dolosen Absicht, oder wenigstens der höchsten Schuld gegen sie. — *

* Anmerk. In der Criminalgesetzgebung scheint es, meiner Meinung nach, eben nicht unrecht zu seyn, sondern vielmehr mit der Natur der Sache übereinzustimmen, wenn man den *höchsten* Grad von *Schuld* mit dem *untersten* Grad von *böslicher Absicht* auf eine und dieselbe Stufe setzt. Denn, wenn man erwäget, daß, erstens, die Normen dieses besondern Theiles der Gesetzgebung schon der menschlichen Natur gemäß sich so laut und unverkennlich ankündigen; wenn man sodann, zweitens, mit dieser Reflexion die Berücksichtigung des wesentlich zu dem höchsten Grade von Schuld erforderlichen Gemüthszustandes des Handelnden verbindet; so ergiebt sich kein anderes Resultat, als daß der Verbrecher *aus höchster Schuld* schon einen solchen Grad von Gefühllosigkeit für die unverletzlichen Urrechte der Menschheit, und somit eine so tief gesunkene Liebe für die bürgerliche Ehre haben müsse, als nur immer zu der Vollendung des untersten Grades der *böslichen*

lichen Absicht gehören mag. — Denn es ist zu auffallend, und eben deswegen auf keine andere als die eben dargestellte Art erklärbar, daß ein Mensch aus höchster Schuld solche Gesetze verletzen sollte, welche doch mit einer so lauten Stimme ihre unbedingte Wichtigkeit ankündigen! — Jedoch will ich diese Beurtheilung der höchsten Schuld nicht *in abstracto*, sondern ausschließlich nur *in concreto* verstanden wissen.

§. 114.

Fortsetzung.

Sind aber die für die Schwere der Zurechnung entscheidenden Umstände keine Eigenheiten der handelnden Person, sondern sind dieselben bloß Umstände der Handlung (§. 113.); so ist auf die zur Vollbringung der That nöthig gewesene Geistesgegenwart Rücksicht zu nehmen, um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche sich vorhergesehener oder unverhofter Weise dem Handelnden entgegensetzen. — Wenn der nächtliche Dieb daher Leitern gebraucht, Gitter und Läden erbricht, Dienerliche bei sich führt, wenn der Streuner falsche Pässe vorzeigt; so sind dieses jederzeit indirekte Belege von ihrer vorzüglichen Verstandesfähigkeit. —

§. 115.

Fortsetzung.

Nicht weniger können die Unternehmungen des Thäters, mit denen derselbe entweder seine vollbrachte

brachte That, oder sich selbst, als Thäter, vor der Entdeckung zu sichern strebte, einen Maasstab abgeben, nach welchem sich auf seine Verstandesfähigkeit schliessen läßt.

§. 116.

Fortsetzung.

Allein es fügt sich nicht selten, daß der klügste und bedachtsamste Mann manchesmal aus Unbedachtsamkeit strauchelt, und hiedurch ein Beleg zu dem veralteten Sprichwort: *quandoque dormitat Homerus* — abgiebt. Daher muß nebst der hellen Erkenntniß des Gesetzes auch der dem Missethäter gewöhnlich eigene Grad von Ueberlegung und Bedachtsamkeit erwogen und bestimmt seyn. — Die vorhergehende Lebensart, die Erziehung, Vorurtheile, Gewohnheiten und Temperament müssen jederzeit genau untersucht und beurtheilt werden. Ueber diesen zweiten Gesichtspunkt läßt sich folgende Regel aufstellen:

§. 117.

Fortsetzung.

Wenn Jemand eine solche That begehet, welche, erstens, gegen ein ausgemacht bekanntes Gesetz streitet, und, zweitens, deren Causalverbindung eben so offenbar für die handelnde Person wenigstens ist, und die handelnde Person hatte den erkannten, die That selbst begleitenden Umständen (§. 111.) gemäß, eine reife Ueberlegung nöthig gehabt, um der gesetzwidri-

drigen That ihr Daseyn zu geben; so läßt sich durchaus keine Unachtsamkeit, sondern bloß die böse Absicht derselben vermuthen. — Denn sobald ein planmäßiges Verfahren bei dem Handelnden zum Voraus gesetzt werden muß (und dieses planmäßige Verfahren kann durch die in der äussern Erfahrung gegebenen zweckmäßigen und in ihrer Aufeinanderfolge berechneten Umstände erkannt werden); so muß gleichfalls die Reflexion auf die zu jenem Verfahren gehörigen Mittel angenommen werden, um so viel mehr muß also die Aufmerksamkeit auf den Zweck jener Mittel gerichtet seyn, da die Realisirung des Zweckes jederzeit der Realisirung der ihm entsprechenden Mittel im Begehrungsvermögen vorausgeht. Der Grad jener zu Folge eines richtigen Schlusses ausgemittelten Reflexion des Verbrechers giebt sofort zugleich den Maasstab der Grösse der bösen Absicht. —

§. 118.

Fortsetzung.

Ist aber entweder der Causalnexus weniger auffallend, oder ist der Handelnde als ein unbedachtsamer und leichtsinniger Mensch bekannt, oder ist derselbe in einem solchen Gemüthszustande bei der Handlung gewesen, welche ihm jene Reflexion auf das, was er vollbringen wollte, unmöglich machte; so ist in den beiden erstern Fällen gar keine böse Absicht bei ihm zu vermuthen, sondern er muß vielmehr nur als culposer Missethäter bis auf weitere Anzeigen betrachtet werden, und in dem letztern Falle
 muß

mufs er entweder als *dolos* beurtheilet werden, oder nicht, nachdem nämlich jener Gemüthszustand von ihm selbst ursprünglich abhieng, und sich aus demselben die gesetzwidrige That von ihm vorhersehen liefs, oder nicht. — *

* Anmerk. Eine ausführliche und vortreffliche Darstellung dieses Prinzipes findet der Leser im ersten Theile §. 78. u. folg. der systematischen Entwicklung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten des peinlichen Rechtes von *Kleinschrod*.

§. 119.

Fortsetzung.

Ist endlich die Erkenntnifs des Gesetzes oder des Causalverhältnisses zwischen der That und ihren Folgen schwer, oder mangelt es gänzlich an der Entdeckung eines planmässigen Verfahrens; so kann die vollbrachte That ihrem Vollbringer höchstens *nur zur Schuld* angerechnet werden. Denn die *böse Absicht* ist eine besondere Thatsache des innern Sinnes; Thatsachen aber können ohne vorgängig erwiesenen Grund nicht vermuthet werden. — * Die Zurechnung *der Schuld* hingegen findet in der Existenz einer freien That schon ihre hinlängliche Begründung; sobald die obige zweifache Erkenntnifs nur nicht schlechthin für den Handelnden unmöglich war.

* Anmerk. Darin, dafs die böse Gesinnung ein *besonderes Faktum* des innern Sinnes ist, liegt der

der Grund, daß das Böse von einem Menschen ohne Lästerung der Menschheit nicht angenommen und präsumirt werden dürfe; keinesweges aber findet der Satz: *tam diu habeatur bonus, donec probetur malus*, seine Rechtfertigung, welchen Satz manche Juristen und Sittenlehrer aufstellen; indem sie glauben, in der originellen Güte der menschlichen Natur schon den vollständigen Grund desselben aufgefunden zu haben. Allein gegen diesen Schluss habe ich triftige Einwendungen zu machen. Denn, erstens, erscheint kein Mensch mit der originellen Güte der menschlichen Natur; sondern vielmehr als das Ebenbild derjenigen Resultate, welche durch die Erziehung, durch die Lebensart und durch Gewohnheiten, durch besondere Schicksale und durch seine eigene Reflexion demselben habituell geworden sind, und unter diesen mannichfaltigen Abänderungen in seinem Gemüthsstande schimmert die originelle Güte nur im dunkeln Schattenrisse hervor. — Zweitens, besteht die originelle Güte der menschlichen Natur nur darin, daß der Mensch das Böse durchaus nicht *als Zweck*, sondern vielmehr, daß derselbe das Böse höchstens nur *mittelbar* wolle, in wieferne dasselbe seinem untern Begehrungsvermögen schmeichelt (§. 40. 41. 42. u. 98.). Wenn Niemand zu läugnen vermag, daß der Standpunkt der Approximation zur Heiligkeit für jedes endliche Wesen nur in jenem der *Tugend*, als einer Fertigkeit im Streite über die bösen

bösen Anfechtungen Meister zu werden, bestehet; so ist eben dadurch originell der Feind der sittlichen Güte gesetzt, und der Sieg muß erst durch ein Faktum ausgemittelt werden. — Hieraus ist daher ersichtlich, daß es eben so eine schädliche, zum blinden Zutrauen veranlassende Voraussetzung wäre, wenn man den Menschen, ohne alle vorhergegangene Prüfung, schon *für gut* halten wollte, als es anderer Seits eine Lästerung der Menschheit wäre, wenn man ihn bis auf den von ihm gelieferten Beweis des Gegentheiles *für böse* halten wollte. — Die erstere Voraussetzung ist mehr das Resultat des Vorurtheiles oder der Leichtgläubigkeit; letztere aber beweist unläugbar ein böses Herz, im Falle dieselbe nicht bloß im Kopfe existiret, sondern habituell geworden ist. — Der Grundsatz: *daß man sein Urtheil bis auf zureichende Gründe, welche den Ausschlag geben können, ob man Jemand für gut oder für böse halten müsse, zu verschieben habe*, ist daher der einzig richtige in dieser Sache, und seine Resultate stimmen nicht nur in soferne mit der Logik überein, welche zu einer jeden Voraussetzung einen zureichenden Grund fordert, sondern gereichen auch keinem Menschen zum rechtswidrigen Nachtheile und äussern zugleich auch ihre vorzügliche Anwendung in dem gesammten praktischen Leben! —

§. 120.

Fortsetzung.

Wenn man sich nach diesen bereits aufgestellten Grundsätzen bei der Beurtheilung der Zurechnung *in concreto* mit der nöthigen Genauigkeit richtet; so wird ein Vernunftschluss ausgemittelt, welcher zwar nicht auf jene mathematische Gewissheit Anspruch machen darf, welche z. B. die Schlüsse der Astronomen haben; wenn dieselben unter der Voraussetzung der Wahrheit mathematischer Lehrsätze, diese bei ihren Beobachtungen benützen, und am Ende die unermesslichen Distanzen der Weltkörper bestimmen; welcher Schluss jedoch, der herrschenden Einheit in der gesammten Natur zu Folge, eine solche Gewissheit hat, *dass ein jedes vernünftige Wesen nicht nur von dessen Wahrheit überzeugt würde, sondern auch dass Jedermann (wenn er anders nach den allgemeinen Grundsätzen des Schlussvermögens verfährt) gerade eben so schliessen muss.* —

§. 121.

*Von dem Beweise des subjektiven Antheiles des
Corpus delicti.*

Aus dem bereits Gesagten ist eben so ersichtlich, dass sowohl der Beweis der That gegen den Angeeschuldigten, als auch der Beweis des besondern Grades der Zurechnung das eigentliche Erforderniss sey, welches die Untersuchung des subjektiven Antheiles des *Corpus delicti* in sich enthält.

§. 122.

Von den Beweismitteln.

Die Mittel aber, welche zu der Stellung dieses Beweises nöthig sind, sind einzig den logischen Gesetzen des Beweises überhaupt unterworfen. Die Gesetzgebung kann keine *neuen* Beweismittel aufstellen, welche nicht von der Logik, als in ihre Sphäre gehörig, anerkannt würden. Denn die Logik stellet die allgemeinen Prinzipien des Denkens auf, nach welchen einzig das Verbinden und Trennen der denkbaren Gegenstände möglich ist, und es findet daher in Hinsicht derselben durchaus keine Contrarität, sondern schlechthin nur das Verhältniß der Contradiktion Statt, im Falle unter die Reihe jener Grundsätze ihnen fremdartige Statute gemischt würden. Diese letztern müßten daher nothwendig in ihr vorheriges Nichts zurückfallen. —

Fortsetzung.

Denn doch aber sind der Gesetzgebung bei dieser Materie die Hände nicht gänzlich gebunden. Ja sie soll und muß auf dieselbe ihren Einfluß äussern, wenn sie anders die Gerechtsame aller einzelnen Bürger hinlänglich beherzigt. — Das Feld, welches der Gesetzgebung zum Wirkungskreise vorgezeichnet ist, ist das Feld der Empirie. Der Zustand der Empirie aber ist jener der endlosen Individualität. Keine Kraft wirkt für sich allein *in concreto*, sondern vielmehr stets in Verbindung mit vielen andern

dern Kräften, deren Verein erst die eigentliche Ursache einer jeden besondern Wirkung ist. Dabei geschieht es nicht selten, daß mehrere an sich heterogene Erscheinungen eine und dieselbe Wirkung erzeugen; weil es möglich ist, daß sich in ihnen, durch die Hinzukunft zufälliger Umstände, gleichartige Kräfte vereinigen. In dieser wesentlichen Eigenschaft des Wirkungskreises der Gesetzgebung also (welcher sowohl der physischen Natur als der Psychologie zukömmt) liegt der Grund, vermöge welchem es öfter schwer ist, den etwa vorrätigen Beweismitteln zu trauen.

§. 124.

Fortsetzung.

Mit Recht also darf und muß die Gesetzgebung den logischen Prinzipien des Beweises noch besondere *Cautelen* beifügen, welche bei der Uebereinstimmung mit der von der Gesetzgebung unabhängigen wesentlichen Natur eines jeden besondern Beweismittels dessen Zuverlässigkeit in der äussern Anschauung erkennbarer machen.* Die Gesetzgebung fordert mit Recht, daß alle Beweise einer jeden Befugniß gleichfalls in der äussern Wechselwirkung anschaulich und unbezweifelt seyn sollen; weil die wesentliche Eigenschaft des Rechtes überhaupt jene der äussern Wechselwirkung ist.

* Anmerk. Gleichwie die Gesetzgebung einer jeden ihrer Funktionen die Realisirung des Staatszweckes zum Grunde legen muß; so darf die
Gesetz-

Gesetzgebung auch nur in soferne besondere statutarische Formalitäten der logischen Form des Beweises hinzufügen, welche zur Sicherstellung und zu der desto größern Gewissheit der rechtlichen Beweise im Staate den obwaltenden Umständen wegen entweder nothwendig oder doch wenigstens zuträglich ist. Keinesweges aber dürfen diese statutarischen Formalitäten zwecklos und unnöthig seyn, denn sonst würden sie nicht nur den widerrechtlichen Eigensinn der Gesetzgebung verrathen, mit welchem sie, dem höchsten Prinzipie aller Gesetzgebung (siehe den §. 53. im ersten Hefte) zuwider, in das Reich der freien Unabhängigkeit der Bürger eingreifen würde, sondern auch sie würde durch solche unnütze Formalitäten der Chikane ein freies Feld eröffnen und die Unsicherheit der Rechte der Bürger durch ihre eigene Handlungsweise veranlassen. —

§. 125.

Fortsetzung.

Für die Criminalgesetzgebung muß diese Anschaubarkeit und Gewissheit des Beweises ein ungleich größeres Bedürfnis seyn, da es bei derselben auf den unverletzten Bestand der wichtigsten Urrechte der Menschen ankommt. Die Criminalgesetzgebung muß daher auch am sorgfältigsten die nöthigen Cautelen denjenigen Beweisen beifügen, welche die Gründe zu einer peinlichen Entscheidung abgeben sollen.

§. 126.

§. 126.

Cautelen der Beweismittel der Criminalgesetzgebung.

Wenn daher die Criminalgesetzgebung bei der Aufnahme des objektiven Antheiles des *Corpus delicti* sowohl als auch bei der Untersuchung des *subjektiven* Antheiles desselben sich nicht bloß mit der Gewissenhaftigkeit des Gerichtspersonals begnüget, sondern vielmehr ausser denselben noch die Gegenwart solcher Männer erfordert, welche, nebst der nöthigen Einsicht und Kenntniß des zu untersuchenden Gegenstandes, gerechten Anspruch auf die Eigenschaft der Rechtschaffenheit und Wahrheitsliebe haben. *

- * Anmerk. Dieses Resultat der allgemeinen Staatslehre sehen wir in den peinlichen Statuten und in dem Gerichtsgebrauche bestätigt, wenn derselbe durchaus und bei der Vermeidung der Nichtigkeit des richterlichen Aktes erfordert: daß, erstens, bei der Aufnahme des *objektiven Corpus delicti* zwei Sachverständige und zwei Schöppen, nebst dem Gerichtspersonale, gegenwärtig seyn sollen. Daß, zweitens, bei einer jeden Haupthandlung des Criminalrichters, welche in der weitem Untersuchung vorgenommen wird, die Gegenwart der gedachten beiden Schöppen nicht verabsäümet werden darf, und daß endlich, drittens, jene Sachverständige und Schöppen ehrliche Männer und von dem besten Leumunde seyn sollen.

Fortsetzung.

Wenn dieselbe nicht nur dem Gerichtspersonale, sondern auch einem jeden besondern Zuschauer und Zeugen einer jeden Thatsache, welche für die peinliche Erkenntniß einigen erheblichen Erfolg haben könnte, auf die feierlichste Weise die Versicherung der Wahrhaftigkeit abzunehmen befiehlt, und nicht nur auf die Entdeckung der entgegengesetzten Handlungsweise die geschärftesten Strafen androhet, * sondern auch durch zweckdienliche Formalitäten das Gefühl für Tugend und Religion in denselben zu wecken und zu erhöhen bestrebt ist; so sind dieses solche Verfügungen, welche nicht nur der rechtlichen Klugheit eines jeden Staates Ehre machen, sondern vielmehr als nothwendige Anfordernisse der Gerechtsame eines jeden Bürgers zu betrachten sind, *welcher ein unveräußerliches Recht hat, von dem Staate die nöthige Sorgfalt und die ersprießlichsten Vorkehrungen zu verlangen, daß er nicht schuldlos ein Opfer der Schikane oder des Irrthums werde! —*

- * Anmerk. Meiner Meinung nach sollte billig der Meineid schwerer verpönt werden, als der Gerichtsgebrauch bisher eingeführt hat. Denn da in dem jetzigen Zeitalter der Meineid das ihm ehemals eigene Schaudervolle immer mehr verliert; indem das Licht der Wahrheit dem Fanatismus und dem Aberglauben unvermeidlich sein Grab eröffnet, wie nicht minder, da manche Afteraufgeklärte nicht selten ihr Unwesen,

sen, selbst auf Kosten der heiligsten Gegenstände der Menschheit und zum Verderben manches andern Leichtsinnigen, treiben; so ist allerdings unumgänglich nöthig, daß, *bei einer reinern und unserm aufgeklärten Zeitalter angemessenern Ansicht des Eides*, an die Stelle jenes entwichenen superstitiösen Schauders die Androhung der schwersten Strafen als Aequivalent gesetzt werde. — Jeder Meineidige ist, abgesehen von seiner sittlichen Verworfenheit, *ein Betrüger der Nation*; denn er mißbrauchte bei seiner Lüge dasjenige Mittel, auf welchen die Nation ihren allgemeinen Glauben niederlegte, jeder Meineidige ist daher ohne Ausnahme *peinlicher Verbrecher*, und es kann somit seiner Uebelthat keine Polizeistrafe, sondern schlechterdings eine peinliche zuerkannt werden. — Dieses noch um so mehr, da der Eid das letzte Zufluchtsmittel bei der Entscheidung des streitigen Rechtsstandes ist, und der Meineid gemeiniglich nur äusserst schwer entdeckt werden kann! —

Was endlich einige neuere Philosophen über die rechtliche Unzulässigkeit des Eides sagten, ist, meiner unmaßgeblichen Meinung nach, unstichhaltig. Denn der Eid beruhet auf der Annahme der Ehrfurcht vor der Tugend und vor der Religion und keinesweges auf einem superstitiösen Grund der Annahme eines Götzen und dessen Strafarten. Jene beiden Stücke sind aber keine willkührlichen Hypothesen, sondern sie

sind die Gegenstände eines durch die wesentliche Anlage der Intelligenz nothwendig gemachten Glaubens! — Diesen Glauben *kann* daher ein jeder Mensch haben; weil er, wie ich so eben gezeigt habe, in der menschlichen Anlage selbst schon liegt, und zweitens, *soll* ihn ein Jeder haben; denn sein Daseyn ist innigst mit der Existenz des guten Willens verbunden; diesen letztern trifft der Imperativ unmittelbar, jenen aber, jedoch mit gleichem Nachdrucke, nur mittelbar. Derjenige also, welcher den Eid von sich ablehnet, weil er sich nicht zu jenem Glauben bekennet, kann unmöglich hierin eine zulässige Entschuldigung finden; denn sonst würde ein der Intelligenz entgegengesetzter Zustand zu einem rechtlichen Grund erhoben, welches der Einheit der Intelligenz widerspricht. Will sich aber Jemand von dem Eide losschrauben, unter dem Vorwande, als widerspräche derselbe den besondern Statuten seiner Sekte; so beruhet dieses Angeben auf einem Vorurtheil, denn die Prinzipien der Intelligenz enthalten die höchste Wahrheit, nach welchen sich alle sektische Statute schlechthin richten müssen. — Der in der Intelligenz begründete und durch die Majorität der Nation besonders sanktionirte Eid kann daher eben so wenig von Einem oder auch einigen wenigen vorurtheilvollen Menschen abgelehnet werden. — Dafs sich übrigens die Gesetzgebung nicht sowohl an *Worte*, als vielmehr an die *Wesenheit* des Eides binde, und

und in jedem nöthigen Falle nicht jene, sondern bloß diese fordere, ist allerdings der Toleranz gemäß (welche nicht sowohl durch die Religion selbst, als vielmehr durch das Fürwahrhalten zufälliger sektischer Dogmen nothwendig gemacht wird) und keinesweges der guten Sache und der Erforschung der Wahrheit nachtheilig. —

§. 128.

Fortsetzung.

Aus den nämlichen Gründen ist die Mehrheit der Zeugen (nebst ihrer nöthigen Eigenschaft zur logischen Glaubwürdigkeit) wie auch die Uebereinstimmung des Geständnisses des Verdächtigen mit andern von jenem unabhängigen Anzeigen zur zuverlässigern Herstellung des subjektiven Antheiles des *Corpus delicti* erforderlich. Denn es treten hier alle diejenigen Gründe ein, welche schon bei der Untersuchung des objektiven Antheiles des *Corpus delicti* (§. 81.) angeführt worden sind.

§. 129.

Fortsetzung.

Endlich schließt der Grundsatz: *Niemand darf ungehört verurtheilt werden*, die Reihe der hauptsächlichsten Cautelen, welche die Gesetzgebung zur vollständigsten Erforschung der Wahrheit aufstellen muß. —

§. 130.

Endzweck des Verhöres des Angeschuldigten.

Der Endzweck des Verhöres des Angeschuldigten besteht in der *wahrhaften* und *vollständigen* Erforschung des *Corpus delicti* und in der Erzielung des Eingeständnisses des Angeschuldigten.

§. 131.

Nothwendige Cautelen des Verhöres. A. Zweifache Tendenz desselben.

Die erste Cautel, welche durch den Endzweck des Verhöres des Angeschuldigten begründet wird, besteht daher darin: *dass das Verhör des Angeschuldigten sowohl zu dessen Verurtheilung als zu seiner Vertheidigung eingerichtet seyn müsse.* — Wenn die Erforschung des subjektiven Antheiles des *Corpus delicti* auf die Eigenschaft der *Wahrhaftigkeit* gerechten Anspruch machen soll; so muß dieselbe weder bloß zum Nachtheile, weder bloß zum Vortheile des Angeschuldigten eingerichtet seyn, sondern sie muß vielmehr diese Sache so, wie sie in der That und ohne weitere Rücksicht für sich ist, zu entdecken streben. — Soll aber diese Erforschung auf den Charakter der *Vollständigkeit* mit Grund rechnen dürfen; so darf sie keine Lücke übrig lassen, vermöge welcher sich noch Zweifelsgründe ergeben könnten, welche der Gewissheit des subjektiven Antheiles des *Corpus delicti* im Wege stehen, und so muß sie Alles geleistet haben, was menschliche Kräfte vermögen, um den vorrätthigen Be-

Beweisgründen des *Corpus delicti* auch sogar allen Verdacht zu nehmen, als habe der Angeschuldigte aus zu geringer Kenntniß der für ihn streitenden Gründe seine Vertheidigung unterlassen. —

§. 152.

Fortsetzung. B. Legale Form der Fragen.

Im Falle, zweitens, das Geständniß des Angeschuldigten durch das Verhör desselben vorzüglich erzielt werden soll, um durch dessen Hinzukunft die schon vorrätliche höchste Wahrscheinlichkeit zur vollständigen Gewissheit des *Corpus delicti* zu machen; so muß es ein unverletzliches Prinzip für den peinlichen Richter seyn, daß er das Geständniß des Angeschuldigten auf eine solche Art und durch so geeignete Fragen zu erhalten bestrebt sey, daß man mit vollständiger Gewissheit einsehen könne, der Angeschuldigte wäre nicht im Stande gewesen, so übereinstimmend mit den gegen ihn vorrätlichen Anzeigen, und zwar ohne aller besondern äussern Veranlassung, zu sprechen; wenn er nicht aus eigener Wissenschaft geredet hätte. Der Angeschuldigte darf daher keinesweges von den gedachten Anzeigen durch das Verfahren des Richters oder auf sonst eine andere Weise einige Kenntniß erhalten haben, noch darf sich die *spezielle* Tendenz des Richters in seinen Fragen verrathen, sondern dieselbe muß stets *nur ins Allgemeine* gehen, sofort durchaus keine *subjektive Voraussetzung eines Faktums*, welches zur Beschwerde oder zur Entschuldigung des Angeschuldigten

digten gereichen könnte, enthalten, und daher nur so viel dem Angeschuldigten zu erkennen geben, daß man von ihm durch diese generelle Frage erst die speziellen Umstände erfahren wolle, um aus der Uebereinstimmung seiner Antwort mit dem vor ihm zur Zeit noch geheim gehaltenen Anzeigen ersehen zu können, daß man dem Geständnisse desselben nach dem so eben gegebenen Grundsatz gehörigen Glauben beimessen dürfe. — *

* Anmerk. Die Bedingungen des Geständnisses des Angeschuldigten, wenn dasselbe zu der Vollendung des schon vorrätigen Beweises geeignet seyn soll, sind folgende:

Erstens, muß dasselbe legal, d. i. ohne alle Suggestion ausgemittelt seyn.

Zweitens, muß dasselbe die Anführung der speziellen Umstände sowohl in Hinsicht des objektiven, als im Betreff des subjektiven Antheiles des *Corpus delicti* enthalten. Ein bloß generelles Geständnis des Angeschuldigten ist für das peinliche Verfahren von gar keinen rechtlichen Folgen.

Drittens, müssen die im Geständnisse angegebenen Umstände genau mit den vorrätigen Anzeigen übereinstimmen.

Viertens endlich, müssen diese gedachten Anzeigen für sich schon die höchste Wahrscheinlichkeit begründen, daß die Sache in der That so beschaffen sey, wie sie der Angeschuldigte eingestehet.

§. 133.

Fortsetzung. — Von den Suggestionen überhaupt und a) von den Suggestivfragen insbesondere.

Im entgegengesetzten Falle liegen den Fragen oder dem Verfahren des Richters überhaupt die sogenannten *Suggestionen* zu Grunde. Man versteht aber unter diesem Ausdrucke einen jeden Akt, welcher in Gegenwart des Angeschuldigten vorgenommen wird und die subjektive Voraussetzung des Richters verräth, die dem Angeschuldigten entweder vortheilhaft oder nachtheilig seyn kann. — Das charakteristische Merkmal der Suggestivfragen ist dieses, daß sie sich vollständig mit einem bloßen *Ja* oder *Nein* beantworten lassen. Uebrigens ist es gleichviel, ob dergleichen Suggestionen durch besondere, dem Angeschuldigten verständliche Zeichen und durch je ein zweckwidriges Benehmen veranlaßt werden, oder ob sie in ausdrücklichen Unterredungen und Fragen bestehen. Denn in einem jeden solchen Falle wird dem obigen Grundsatz (§. 132.) zuwider gehandelt, somit der eigentliche Grund der Gewissheit und Wahrheit dem allenfalls erfolgenden Geständnisse benommen, und auf eine eben so zweckwidrige Weise dem Angeschuldigten die ganze Tendenz des Richters verrathen. —

§. 134.

Fortsetzung.

Der schlaue Verbrecher erhält durch Suggestionen zur Unzeit und auf eine schädliche Weise die Kennt-

Kenntniß der gegen ihn von dem Richter eingesammelten Anzeigen, bekömmmt Gelegenheit, dem von dem Richter entworfenen Plane nachzuforschen und sich in der Einsamkeit seines Gefängnisses auf trefflich konsequente Lügen vorzubereiten, welche er bei dem fernern Verhöre, dessen wesentlicher Inhalt ihm durch die Suggestionen größten Theils zum Voraus bekannt geworden ist, mit desto größerer Entschlossenheit und Dreustigkeit dem betrogenen Richter vorzusagen sich entschließt. —

§. 135.

Fortsetzung.

Der einfältige Mensch aber könnte auf diese Weise zu solchen Angaben verleitet werden, welche ihm sonst nie in den Sinn gekommen wären. Obgleich diese Gefahr in Hinsicht des Hauptpunktes der Untersuchung (wegen seiner auffallenden Wichtigkeit) nicht so sehr zu befürchten ist; so kann dieselbe doch in einem hohen Grade dann eintreten, wenn es auf die Ausmittlung solcher Anzeigen ankommt, welche dem ersten Anscheine nach nicht so wichtig sind, und somit die Aufmerksamkeit des Angeschuldigten nicht gehörig auf sich ziehen, allein doch öfter nicht nur die Veranlassungen werden, daß der Inquisit sich bei genauerer Ueberlegung in Widersprüche verwickelt, welche seiner Sache ein verdächtigeres Ansehen giebt, als sie in der That ist, sondern auch durch die Zusammenkunft mehrerer solcher Anzeigen die höchste Wahrschein-

scheinlichkeit der Schuld des Inquisiten begründen. —

§. 136.

Fortsetzung. — Von den verfänglichen Fragen.

Vorzüglich unerlaubt aber sind die sogenannten *verfänglichen Fragen*. — Diese sind eine Art der Suggestionen überhaupt und haben nur das Eigene, daß der Inhalt derselben eine gewisse Thatsache fälschlich schon als entschieden zum Voraus setzt, und nur auf die Erzielung der Erörterung eines oder des andern Umstandes hingeht, welcher mit jener in einer genauen Verbindung steht. Diese Fragen können dem Richter durchaus nicht erlaubt seyn; denn sie stimmen nicht mit dem Charakter eines ehrlichen Mannes überein, worauf doch der Richter vorzüglich Anspruch machen muß. Diese Handlungsweise würde nichts Geringeres in sich enthalten, als eine Unverschämtheit, mit welcher ein Mann einem Andern in das Gesicht lüget: Er wisse entweder mit vollständiger Gewissheit, oder er habe doch wenigstens die wichtigsten Gründe zur höchsten, beinahe zur objektiven Gewissheit selbst ausreichenden Wahrscheinlichkeit, daß jener ein Schurke sey, was er doch nicht weiß. — Auf diese Art würde mit jener Handlungsweise eine nicht zu entschuldigende Arglist gegen den Verdächtigen unvermeidlich verknüpft seyn, welche eine rechtliche Gesetzgebung in keiner Hinsicht dulden, noch viel weniger aber selbst vorschreiben darf! — *

* Anmerk. Gegen einen verschlagenen Bösewicht ist zwar allerdings erlaubt, ein solches Verfahren zu der Erzielung der Wahrheit einzuschlagen, welches mannichfaltige Fallstricke enthält; allein nur die rechtliche Klugheit, keinesweges aber je eine Art von Arglist darf die *Form* derselben seyn. — Das Prinzip der Wahrheit bindet die Gesetzgebung und den Richter schlechthin unbedingt, und jede wissentliche Ueberschreitung der Gränze desselben ist in ethischer Hinsicht eine *Sünde*, und in dem rechtlichen Anbetrachte ein *Unrecht*, dessen Vollbringer die öffentliche Schande mit Grunde verfolgt! — Dafs ein, für sich betrachtet, guter Zweck keinesweges im Stande sey, verwerfliche Mittel zu rechtfertigen, ist bereits in unsern Zeiten, wo an die Stelle der schurkhaften Andächtelei (welcher eben so viele Maximen zu Gebote stunden, die Stimme des Gewissens zu ersticken, als ihre Arglist, Mittel zu ersinnen, vermochte, die unter der größten Scheinheiligkeit doch nichts weiters als die Sättigung ihres unersättlichen Dämons der Selbstsucht bezweckten) die wahre Kultur des Erkenntnißkreises und des Herzens der Menschen getreten ist, eine unbezweifelte Wahrheit! — —

Das Prinzip der in solchen Fällen nöthigen rechtlichen Klugheit ist endlich dieses: den Inquisiten in das Verhältniß der *Contrarietät* auf eine solche Art zu versetzen, dafs dieselbe Art nicht nur sich selbst nicht widerspricht, wenn
 sie

— sie zu einem allgemeinen Gesetze erhoben würde (wie dieses bei der Lüge und der Unwahrheit überhaupt Statt findet), sondern welche auch hinreichend ist, um den Inquisiten, bei der äusserst schweren Auswahl unter den conträren Umständen, im Widerspruche zu verwickeln, und denselben auf diese Weise mit seinen eigenen Waffen zu fangen. —

Dieses Prinzip ist allgemein anwendbar und leistet dem peinlichen Richter, wenn er dasselbe bei der Leitung der Untersuchung stets vor Augen hat, die wesentlichsten Dienste. In dem Archive des peinlichen Rechtes 4ten Bande, 2tem Stücke und S. 110 u. f. kann man ein ebenso merkwürdiges als diesen Grundsatz erläutern- des Beispiel finden.

Endlich glaube ich hier die Veranlassung zu finden, den bisher gewöhnlichen Ausdruck: *rechtlicher Betrug* (*dolus bonus*) zu rügen. — So wenig mir eben an sich wohl daran liegt, ob diese oder jene artikulirten Töne einen Gegenstand bezeichnen: so glaube ich doch, dass man mit der grössten Genauigkeit die Benennung desselben wählen müsse, sobald jene Benennung ein praktisches Interesse, wenigstens bei dem beschränkten Kopfe, erhalten kann, und dieses ist hier offenbar der Fall. — Der Ausdruck: *dolus bonus*, kann leicht eine Handlungsweise, wenigstens bei manchem weniger gründlichen Richter, erzeugen, welche den bereits gegebenen
nen

nen Grundsätzen der Wahrhaftigkeit widerspricht. — Man setze daher lieber an die Stelle jenes Ausdruckes die Bezeichnung: *rechtliche Klugheit*, und man wird nebst dem, daß man der so eben gedachten Gefahr vorbeuet, auch eines an sich lächerlichen Widerspruches *in adjecto* überhoben seyn. —

§. 137.

Fortsetzung.

Zunächst dieser Ansicht der *verfänglichen Fragen* haben sie noch mehrere wichtige Nachteile. Denn nebstdem, daß sie in den wenigsten Fällen geeigenschaftet seyn werden, den verschlagenen Verbrecher aus seinem Hinterhalte hervorzuschrecken (indem sie ihn in der Regel nur auf einen Augenblick zu erschüttern vermögen, welchen derselbe aber in sich gekehrt und stille vorübergehen läßt, um sich zu einer treffenden Antwort zu sammeln, durch welche er seine augenblickliche Bestürzung mit der Bestürzung und Verwirrung des Richters zu rächen sucht), so verrathen sie auch noch mehr als die übrigen Suggestionen den Plan des Richters, verhärten das Gemüth des Verbrechers (indem er in den Richter zwar seines Gleichen anzutreffen einsieht, der jedoch, als wenn ihm eine besondere Befreiung von der Strafbarkeit der Arglist zustünde, nur die Arglist, welche er bei dem Inquisiten vermuthet, und durch diese seine Behandlungsart beinahe anzutreffen zu wünschen scheint, gestrafet, seiner

seiner eigenen aber den Rang der Legalität gestattet wissen will) und sind auf diese Weise in solchen Fällen eher zu der Verhüllung der Wahrheit, als zu ihrer Entdeckung zuträglich. —

§. 158.

Fortsetzung.

Der schüchterne und beschränktere Kopf aber wird durch so geeignete Fragen der Wahrheit zuwider gemeiniglich irre geführt. Furchtsam durch das für sich schon feierliche Ansehen des Aktes der Inquisition und des Richters, erschüttert durch den Gedanken an seine Zukunft, entreißt ihm eine solche Frage alle Besinnungskraft, und er schwätzet ohne Ueberlegung und ohne Kopf, dem Nachhaller des Richters ähnlich, was *nicht Er*, sondern was Jener eigentlich gedacht hatte! — *

* Anmerk. Es gehört in der That ein nur wenig gebildetes Gefühl dazu, um sich über eine solche schändliche Verrätherei zu empören, welche manchesmal von Richtern begangen wird! — Ich will es gerne zugeben, daß Mancher derselben jene Fallstricke nicht aus Bosheit, sondern nur aus Beschränktheit seiner Kenntnisse dem Inquisiten leget. — Allein es ist und bleibt eine schwere Verantwortung, eine so wichtige Stelle länger begleiten zu wollen, der man doch nicht gewachsen ist. — Wenn sich aber gar solche Richter die Verwegenheit erlauben, ihre gesetzten Fragen entweder nicht
alle

alle oder nicht unter der eigentlichen vorgebrachten Form derselben treu und pünktlich zu Protokoll zu nehmen (wodurch folglich der höhern Instanz die Revision unmöglich gemacht, und dieselbe sogar dahin hintergangen wird, als sey ein Geständniß nach den Gesetzen der Erforschung der Wahrheit legal ausgemittelt), so verdienen sie mit Recht als *Falsarii* angesehen zu werden, *deren* Tendenz auf die Hinwegraubung der heiligsten Güter der Menschheit zielt! —

§. 139.

Fortsetzung.

Da die gemeinen Suggestionen nur deswegen unzulässig sind, weil durch sie die Erforschung der Wahrheit gefährdet wird; so folgt, daß dieselben in solchen Fällen zulässig sind, in welchen diese Gefahr hinwegfällt. — Diese treten aber nur dann ein, wenn die Untersuchung so weit vollendet ist, daß der Verbrecher über die fraglichen Umstände der Untersuchung vollständig überführt werden kann. Der Beweis gegen ihn muß aber entweder aus hinlänglichen und nicht zu bezweifelnden Thatsachen, oder aus den Aussagen unverwerflicher Zeugen genommen seyn, und zwar so, daß kein weiterer Zweifel in Hinsicht der Vollkommenheit desselben mehr eintreten kann.

§. 140.

Fortsetzung. — b) Von der Confrontation der Zeugen.

Die *Confrontation der Zeugen* ist als ein Bestandtheil des Verhöres ein weiteres Mittel, die Wahrheit in Hinsicht des *Corpus delicti* zu erforschen, und besteht darin: daß die Zeugen ihre Aussagen dem Inquisiten in das Gesicht angeben. — Sie hat einen doppelten Zweck, und zwar, erstens, daß die Glaubwürdigkeit der Zeugen selbst erhöht werde, und, zweitens, daß der Inquisit die gegen ihn sprechenden Zeugen kenne lerne, und entweder deren Zulässigkeit zu seiner Vertheidigung aus stattlichen Gründen zu verwerfen, oder ihre Aussagen als gültig und wahrhaft gegen sich anzuerkennen im Stande sey.

§. 141.

Fortsetzung.

So wie ein jeder Staatsbürger, vermöge des Bürgervertrages, verbunden ist, Zeugschaft zu geben (§. 81.); so ist auch ein Jeder dazu gehalten, dem Aufruf des Richters zur Confrontation zu folgen. Denn die Confrontation ist eigentlich als das letzte Beweismittel der Wahrhaftigkeit der Zeugen zu betrachten. — Je mehr Hindernisse der falschen Zeugschaft in den Weg gelegt werden, und je fester diese Hindernisse in der Natur des Menschen gegründet sind, desto mehr wird der falschen Zeugschaft vorgebeuet. — Der Anspruch auf Wahrhaftigkeit und Ehr-

Ehrlichkeit, das Schamgefühl, vor den Augen eines Menschen als Lügner und als Schurke zu erscheinen, verbunden mit der Allgewalt der Wahrheit, mit welcher diese sich selbst bei ihren letzten Zuckungen in dem Herzen des Verworfenen ankündigt, sind die Gründe, vermöge welchen bei der Confrontation sich gewärtigen läßt, daß der geheime falsche Zeuge sich entweder gar nicht zu der Erfüllung der richterlichen Auflage stellen, oder sich doch in seinen Mienen und Gebärden so betragen werde, daß man Argwohn gegen ihn schöpfen könne; indessen der ehrliche und wahrhafte Mann ohne Scheu sich vor einem Jeden stellet, und, im Bewußtseyn seiner Wahrhaftigkeit, dasjenige spricht, wozu ihn seine Verbindlichkeit auffordert. —

§. 142.

Fortsetzung.

Daß der Inquisit diejenigen Zeugen kennen lerne, welche gegen ihn sprechen, ist ferner schlechterdings ein Anspruch, worauf derselbe mit Recht bestehen kann. Denn da die Zeugenaussage die Veranlassung des gegen ihn erfolgenden Straferkenntnisses ist; so muß ihm die Gelegenheit eröffnet werden, sich gegen jene Veranlassung zu vertheidigen (§. 131.), und auf diese Art das Strafübel von sich abzuwenden. Diese Vertheidigung enthält die weitere Auseinandersetzung der zweifelhaften Rechtsache, und bahnt somit der Subsumtion des Richters den Weg zu einer klaren, den Gesetzen und dem besondern Falle angemessenen Schlussfolge. —

§. 143.

Fortsetzung.

Wenn der Richter diesen rechtlichen Anspruch des Inquisiten unerfüllt läßt; so ist sein Erkenntniß schlechterdings unrechtmässig und zerfällt in sich selbst. Denn dasselbe beruht auf ein tumultuarisches Verfahren, welches entweder durch die Unwissenheit des Richters oder durch dessen unzähmte Leidenschaft entstand. Eine rechtliche Gesetzgebung muß daher solche Verfügungen des Richters durchaus nicht dulden, sondern dieselbe auch mit einer angemessenen Ahndung verpönen.

§. 144.

Fortsetzung.

Denn die Confrontation der Zeugen mit dem Inquisiten ist in einem jeden Falle, wo der Beweis durch Zeugschaft gestellet werden soll, ein wesentlicher Bestandtheil der Untersuchung; weil dieselbe eigentlich als das letzte Verwahrungsmittel gegen falsche Zeugschaft angesehen werden muß (§. 141.), (wodurch wenigstens der Richter Alles zur Herstellung der Wahrheit gethan zu haben sich bewußt seyn kann, was in den menschlichen Kräften stehet) und dem Inquisiten der Anspruch auf die Kenntniß der Zeugen sowohl, als das Recht, zu fordern, daß die Zeugen ihre Aussagen in seiner Gegenwart bestätigen, keinesweges genommen werden kann; indem derselbe hiedurch die Gründe zu seiner Vertheidigung öfter zu schöpfen vermag.

Fortsetzung.

Allein, da durch die Confrontation der Zeugen mit dem Inquisiten letzterer nicht nur die Personen der Zeugen, sondern auch die Aussage derselben selbst erfährt, hierin aber eine unvermeidliche Suggestion (§. 133.) liegt; so ist die Zulässigkeit der Confrontation dem nämlichen Gesetze unterworfen, welches die Suggestionen überhaupt anerkennen (§. 139.). Es darf nämlich die Confrontation der Zeugen mit dem Inquisiten eigentlich *nur dann* vorgenommen werden, *wenn sie zu der vollständigen Ueberführung des Inquisiten zureicht.* — *

- * Anmerk. Hieraus erhellet zugleich, daß die Confrontation *unter Mitschuldige* noch viel weniger in einem andern Falle als den eben gedachten statthaft seyn dürfe. Denn das Geständniß eines Verbrechers ist, für sich betrachtet, nicht einmal geeignet, gegen ihn selbst einen zuverlässigen Beweis abzugeben, sondern es erfordert vielmehr sogar in diesem Falle die Hinzukunft der oben (§. 132. Anmerk.) schon erörterten Momente; um so viel weniger kann es gegen andere Personen etwas beweisen, da sich noch weit mehrere Gründe gedenken lassen, aus welchen der Verbrecher durch sein eigenes Geständniß zugleich der falsche Ankläger seiner Mitschuldigen wird, und daher die Glaubwürdigkeit eines solchen Menschen sowohl in dieser Hinsicht, als auch und zwar vorzüg-

züglich durch die von ihm begangene Uebelthat beinahe gänzlich in ihr Nichts dahinsinket.

Erst dann, wenn die Untersuchung bis zu der Ueberweisung des Missethätters reif ist, kann die Confrontation der Mitschuldigen zur Erzielung des Geständnisses eines andern Mitschuldigen mit Fug und mit Vorthail angewandt werden, um denselben nicht nur überführt, sondern auch geständig zu machen.

§. 146.

Fortsetzung.

Da aber der Inquisit noch erhebliche Gründe gegen die Personen der gegen ihn Zeugenden haben könnte; so ist daher (§. 145.) erforderlich, daß vorläufig auch diese aus dem Weg geräumt werden. Es ist somit noch vor der Hand eine Untersuchung dieser Einwendungen nöthig, auf welcher nur dann, wenn aller Zweifel beseitiget ist, daß der Beweis gegen den Inquisiten gänzlich hergestellt sey, zur Confrontation geschritten werden darf. *

- * Anmerk. Die Zeugen sind daher vor der Hand dem Inquisiten zu nennen, mit dem Bedeuten: daß er sich über ihre Glaubwürdigkeit *unter Beisetzung seiner Gründe* erklären solle. Es würde übrigens allerdings zweckwidrig und als eine Suggestion zu betrachten seyn, wenn man dem Inquisiten hiebei vorläufig zu erkennen geben wollte: daß die genannten Zeugen *für* oder

gegen ihn ausgeredet hätten, wodurch er gewissermassen zum Schwänkmachen aufgefordert würde. Es ist vielmehr hinreichend, wenn er auf die Wichtigkeit dieses Aktes und seiner Erklärung im Allgemeinen aufmerksam gemacht worden ist.

§. 147.

Wirkungen des vollständigen Beweises gegen den Inquisiten.

Ist der Inquisit auf diese Art (oder durch je ein anderes, nach logischen Gesetzen vollständig zureichendes, Beweismittel) überwiesen (*convictus*); so folget das peinliche Urtheil, ohne eben das Eingeständniß desselben nöthig zu haben. — Denn die Materialien des Vernunftschlusses sind vollständig. Das Strafgesetz ist der Obersatz, und der vollständig gelieferte Beweis der jenem Strafgesetze entgegengesetzten Handlung sammt ihren wesentlichen Eigenschaften ist dann der ausser allem Zweifel gesetzte Untersatz; es muß also der Schlusssatz ohne aller weitem Hinderniß im Wege Rechtens von selbst folgen, welcher dem Ueberwiesenen seine angemessene Strafe zuerkennt.

§. 148.

Wirkungen eines unvollständigen Beweises.

Kann aber gegen den Angeschuldigten entweder kein vollständiger Beweis geliefert werden, wodurch

durch derselbe *überführt* würde, oder läßt sich auch nicht auf die legale Art und ohne alle Suggestionen (§. 132. Anmerk.) ein Geständniß von ihm erzielen, welches von hinlänglich gewissen Anzeigen, die jedoch für sich noch nicht zu einem vollen Beweis hinreichen, unterstützt wäre (§. 31.); so ist zur Berichtigung des Untersatzes, so lange sich die Sache so verhält, keine Hoffnung vorrätzig, es ist daher auch schlechterdings kein Schlusssatz möglich, welcher das fragliche Strafgesetz und dessen Uebertretung zu seinen Prämissen hätte, sondern die Sache ist vielmehr nach besondern Grundsätzen zu beurtheilen.

§. 149.

Fortsetzung.

Es kömmt nämlich vor Allem darauf an: ob *wichtige*, d. i. zu der höchsten Wahrscheinlichkeit zureichende Anzeigen gegen den Angeschuldigten da sind, oder nicht. Im letztern Falle ist es für sich schon klar, daß gegen denselben schlechterdings nichts Peinliches verhängt werden kann. Im erstern Falle aber bemerke man folgenden Unterschied:

§. 150.

Fortsetzung.

Die wichtigen, zur höchsten Wahrscheinlichkeit zureichenden Verdachtsgründe und Anzeigen hängen nämlich entweder von der Freiheit des Ange-

geschuldigten ab (und zwar so, daß sie derselbe durch seine eigene freie Handlungsweise, wo nicht selbst veranlaßte, doch wenigstens zu beseitigen unterließe, da doch dieses in seiner Gewalt stand); oder sind dieselben unabhängig von seiner Willkühr entstanden.

§. 151.

Fortsetzung.

In dem letztern Falle kann gegen den Verdächtigen gar keine kategorische Entscheidung Statt haben, derselbe muß vielmehr bis auf die Einziehung weiterer Anzeigen entlassen werden, und alle fernere Gefangennehmung, welche allenfalls aus dem Vorwande geschehen könnte, den Staat gegen einen sehr Verdächtigen zu sichern, ist geradezu ungerecht. Denn die Gefangenhaltung kann nur gegen denjenigen ein gerechtes Mittel zur öffentlichen Sicherstellung seyn, bei welchem, seiner eigenen vorhergehenden Handlungsweise gemäß, zuverlässig Gefahr zu befürchten ist. Die entgegengesetzte Maxime würde nicht nur unumgänglich das als gewiß zum voraus setzen, was erst ausgemacht werden sollte; sondern würde auch durch die Beschränkung der Freiheit ein solches Uebel verhängen, welches an sich doch dasselbe Uebel bleibt, wenn es auch unter diesem oder unter jenem Namen zuerkannt wird. — —

§. 152.

Fortsetzung.

In dem erstern Falle aber zeigt die schon dargestellte Handlungsweise des Verdächtigen einen hohen Grad von Gleichgültigkeit gegen die bürgerliche Ehre. — Derjenige, welcher diese heilig hält, wird es nicht nur der größten Aufmerksamkeit würdig halten, daß er durch eine zweideutige Handlungsweise in den Augen Anderer den Argwohn eines zweifelhaften Charakters nicht erwecke; sondern sein Streben wird auch mit dem größten Nachdrucke dahin zielen, daß er jeden unwillkürlich entstandenen Verdachtsgrund gegen seine ungeheuchelte und unveränderliche Rechtschaffenheit, so viel ihm möglich ist, beseitigen möchte. —

§. 155.

Fortsetzung.

In Erwägung dieses hohen Grades von Gleichgültigkeit gegen die bürgerliche Ehre kann der Staat mit rechtlichem Grunde gegen einen solchen Verdächtigen, wenn ihm auch das Verbrechen nicht vollständig könnte erwiesen werden, Maasregeln zu seiner Sicherheit einschlagen und eine temporelle Gefangennehmung beschliessen; da in dem Gemüths- zustande des Verdächtigen allerdings der Grund enthalten ist, daß man Gefahr zu besorgen hat. — Diese gegen einen solchen Verdächtigen verhängte Gefangennehmung stimmt auf diese Art mit dem nächsten sowohl als mit dem entfernten Grunde
der

der Exekutivgewalt * vortrefflich zusammen, und ist folglich schlechterdings rechtlich.

* Anmerk. Siehe den §. 64. im ersten Hefte.

§. 154.

Fortsetzung.

Im ersten und im zweiten Falle (§. 150.) aber muß der Staat nach der Entlassung des Verdächtigen eine besondere Aufsicht auf sein Betragen haben; weil es nicht nur der allgemeinen Sicherheit wegen räthlich ist, auf Leute vom zweideutigen Charakter ein wachsames Auge zu haben; sondern auch weil es sich nicht mit Unwahrscheinlichkeit gewärtigen läßt, daß in der nachherigen Handlungsweise des entlassenen Verdächtigen öfter die stärksten Beweise des von ihm begangenen Verbrechens ausgemittelt werden können.

§. 155.

Unzulässigkeit einer jeden Gewalt gegen den läugnenden Verdächtigen.

Die in den vorhergehenden Absätzen vorgetragenen Grundsätze über die Wirkungen eines vollständigen und eines unvollständigen Beweises sind, erstens, auf Rechtsprinzipien gegründet; denn sie haben das Recht der Nothwehre und das Recht der Vorsicht zu ihrem Grunde (§. 153.). — Sie entschöpfen aber auch, zweitens, schlechterdings die ganze Sphäre der Exekutivgewalt des Staates; denn sie

sie vollenden die Resultate jener beiden Fundamente der Exekutivgewalt, wie aus den bereits dargestellten Reflexionen unverkennbar erhellet. —

§. 156.

Fortsetzung.

Ob das Recht der Nothwehre oder der Vorsicht eintrete, oder nicht, kann daher nicht durch eine andere Gewalt, welche nämlich der Gewissheit der eingetretenen Nothwehre selbst *vorhergienge*, ausgemittelt werden. Denn jene Gewalt würde schlechthin eine willkührliche seyn; weil sie als eine Gewalt betrachtet werden müßte, welche von der einzig rechtlichen Gewalt der Nothwehre * eben dieser Bestimmung wegen verschieden wäre. —

* Anmerk. Siehe den §. 74. im ersten Hefte.

§. 157.

Fortsetzung.

Wenn man daher das Geständniß einer Missethat oder ihrer besondern Modifikation dem Verdächtigen mit Gewalt abdringen wollte; so wäre dieses, im Falle derselbe vollständig überführt werden könnte, überflüssig, weil durch die Herstellung eines vollständigen Beweises gegen einen Angeschuldigten die Gewissheit des *Corpus delicti* als der Untersatz ausgemittelt wird, und somit kein Hinderniß im Wege stehet, den Schlusssatz durch die Subsumtion des ausgemittelten *Corpus delicti* unter das Straf-

Strafgesetz gegen den Angeschuldigten zu ziehen, welcher Schlufssatz den angemessenen Grad der Strafe enthält, wie ich bereits oben (§. 147.) gezeigt habe. Aus dem nämlichen Grunde aber fällt eine so geeignete Gewaltthätigkeit als absolut widerrechtlich dahin. — Im Falle demselben aber das fragliche Verbrechen, oder wenigstens der erkennbar gewordene Versuch nicht bewiesen werden könnte; so kann gleichfalls keine weitere Gewalt gegen den Verdächtigen verhängt werden; denn dieselbe würde als ein unrechtmässiges Mittel (§. 156.) zu einem an sich betrachteten guten Zweck (§. 136. Anmerk.) schlechthin verwerflich seyn. —

§. 158.

Widerrechtlichkeit des harten Gefängnisses und der willkührlichen Mißhandlungen.

Wenn daher die Umstände die Verhaftnehmung des in Untersuchung Gerathenen nöthig machen; so darf der Arrest und die Beschränkung der Freiheit des Angeschuldigten nur so weit sich erstrecken, als erforderlich ist, sich der Person desselben bis zum Ausgange der Untersuchung zu versichern. Jede harte Behandlung des Verhafteten (mag dieselbe auf Veranlassung des Richters herrühren, oder eine willkührliche Anmassung des Gefangenwärters seyn) ist in der Regel * unerlaubt. Denn die Verhaftnehmung kann in einem solchen Falle nicht als Strafe angesehen werden, sondern sie ist vielmehr nur als das Resultat desjenigen Rechtes zu betrachten, welches der Staat, zu Folge seiner richterlichen Gewalt, aus-

ausüben darf, um die Subsumtion unter die Criminalgesetze desto mehr zu sichern und der Vollstreckung des endlichen rechtlichen Erkenntnisses keine Hindernisse in den Weg zu stellen. Der Verhaftete kann zwar schuldig, er kann aber auch unschuldig seyn. Wie wäre es also, bei dieser noch statthabenden Ungewissheit des Untersatzes, mit der Bestimmung der Exekutivgewalt zu vereinigen; wenn sich dieselbe ein härteres Verfahren erlauben wollte, als eben zureicht, den Inquisiten vor der Flucht zu verwahren! **

* Anmerk. Eine grössere Strenge des Arrestes, oder gar besondere Ahndungen können vorzüglich nur dann Statt haben, wenn das ungeziemte Betragen des Verhafteten dieselben veranlassen, in welcher Hinsicht sie als besondere Strafen angesehen werden müssen.

** Anmerk. Daher muß der Gefängnisort zwar fest, aber doch gesund seyn. Ketten können nur dann dem Inquisiten angelegt werden, wenn entweder das Gefängnis für sich nicht stark genug ist, dem Inquisiten die Flucht unmöglich zu machen, oder wenn die Verschlagenheit desselben und seine Gewandtheit in der Erbrechung der Gemächer seine Flucht befürchten läßt, oder wenn dieselben nöthig sind, um den Suggestionen von Aussen oder unter den zu gleicher Zeit Verhafteten zu steuern, und die Sicherheit und Ordnung in dem Gefängnisse selbst herzustellen. —

*Unzulässigkeit der Tortur, a) nach dem
strengen Rechte.*

Aus diesen Grundsätzen erhellet gleichfalls, daß die *Tortur* als schlechthin unrechtmässig aus dem Rechtsstande verbannt werden müsse. *

- * Anmerk. Die Gründe der absoluten Unzulässigkeit der *Tortur* treffen dieselbe, sie mag einen besondern Zweck haben, welchen sie will. — Wenn sie daher entweder auf das Geständniß eines Verbrechens oder dessen wesentlichen Eigenschaften hingehet, oder die Entdeckung der Mitschuldigen, oder einer aus blossen Verdachtsgründen geflissentlich verborgenen wichtigen Sache beabsichtigt. Lächerlich und gar keiner Widerlegung würdig wird aber die ihr zu Grunde liegende Meinung: den Gequälten durch die *Tortur* von der Ehrlosigkeit zu reinigen. Denn, erstens, kann die bürgerliche Ehre demjenigen, welcher dieselbe durch ein Verbrechen verwirkt hat, auf eine gerechte Weise und ohne Widerspruch schlechterdings nicht vorbehalten werden (§. 35.), und, zweitens, treten in einem jeden Falle, in welchem sie statthaft ist, die übrigen Modifikationen der peinlichen Strafen zugleich mit derselben ein, und dieses ist zwar schlechthin nothwendig; indem die rechtliche Klugheit einem Verbrecher seine Freiheit durchaus nicht so geschwind wieder gestatten kann. Mit der Beendigung jener Strafe

Strafe aber erscheint der bestrafte Verbrecher als wiederversöhnt mit dem Staate, und tritt in seine vorigen bürgerlichen Rechte zurück (§. 71.).

§. 160.

Fortsetzung.

Die Tortur vereinigt in der That solche Qualen in sich, welche nur von Unmenschen erdacht werden konnten * und dem unglücklichen Torquirten sonst nichts als *das Leben* zu schonen, den Anschein haben. — Sie presset und zerreisset die Glieder unter dem heftigsten Schmerzgeföhle, und erstreckt ihre schrecklichen Folgen öfter durch das ganze Leben eines Menschen. Die Tortur ist folglich nicht nur in soferne als ein überaus grosses Uebel für den Rechtsstand zu betrachten, in wieferne man die durch sie veranlassten schrecklichen Schmerzen erwäget; sondern auch und vorzüglich in soferne sie für die nachherige Intension und Extension des Lebens in der Regel den nachtheiligsten Einfluß äussert. —

* Anmerk. Die meisten Arten der Torturen sind in der That nur wenig von dem heissen Ochsen des Tyrannen *Phalaris* unterschieden, und doch zeigte jener noch die letzten Regungen seines menschlichen Geföhles dadurch, daß er den teuflischen Erfinder jenes grausamen Instrumentes zum Dank für sein künstliches Geschenk zum ersten Probestück der künstlichen Einrichtung jenes Ochsen bestimmte! —

§. 161.

Unzulässigkeit derselben, b) in ethischer Hinsicht.

Nebst dieser absoluten Unzulässigkeit der Tortur in rechtlicher Hinsicht, erscheint dieselbe auch im ethischen Anbetrachte als ein Greuel, welches die Ethik mit einem gleichmässigen Nachdrucke verbietet. Der äusserst nachtheilige Eindruck, welchen die Ausübung einer solchen Grausamkeit auf das Gemüth und auf das moralische Gefühl eines jeden Zuschauers haben muss, ist das wichtige Moment, welches die Ethik berücksichtigt, und ist hinlänglich, eine solche Handlung schlechthin zu untersagen, weil dieselbe durchaus nicht von diesem schädlichen Einflusse getrennt werden kann. Das aber, was die Ethik *schlechthin* verbietet, kann sich der Staat weder zum Zwecke machen, noch kann dasselbe von dem Staate als ein erlaubtes Mittel für seinen rechtlichen Endzweck angesehen werden! *

* Anmerk. Man sehe die §§. 17. bis 22. im ersten Hefte. — Ich bemerke hier, dass dergleichen besondere — und unwiderlegbare — Ansichten der Staatslehre allerdings geeignet sind, die Richtigkeit der am angeführten Orte deduzirten Prinzipien noch mehr zu rechtfertigen. —

§. 162.

Unzulässigkeit derselben, c) nach der rechtlichen Klugheit.

Nebst dieser absoluten Unzulässigkeit der Tortur nach den Prinzipien einer jeden rechtlichen Gewalt

walt und nach dem unbedingten Verbote der Ethik, erscheint dieselbe auch der rechtlichen Klugheit von einer solchen Seite, daß sie nicht nur nicht als erspriesslich zu demjenigen Zweck, dessen Erreichung durch ihre Anwendung beabsichtigt wird, anzusehen ist; sondern vielmehr als schlechthin demselben widerstrebend betrachtet werden muß.

§. 163.

Fortsetzung.

Alles, was mit Macht auf das Gefühl wirkt, bestimmt auch das Begehrungsvermögen mit einer gleichmässigen Stärke. Denn das Gefühl ist die Triebfeder sowohl für das obere, als für das untere Begehrungsvermögen. * Diese Behauptung ist ein ungezweifelter Satz der Psychologie, und die tägliche Erfahrung bestätigt dessen Wahrheit.

- * Anmerk. Die Triebfeder des obern Begehrungsvermögens ist eigentlich *das Gefühl der Achtung für das Gesetz*. Das Gefühl der Erhabenheit des Gesetzes, und das Gefühl der Verächtlichkeit und Abscheulichkeit einer jener entgegengesetzten Handlungsweise erzeugen das edle Schaamgefühl in dem Menschen, welches das Gefühl der Achtung erhöht und stärket. — Die Triebfeder des untern Begehrungsvermögens aber liegt in dem Vorgefühle des Angenehmen und Nützlichen, welches durch die Affektion von Aussen ursprünglich veranlaßt und erzeugt wird, und dessen Realisirung man sich dadurch

dadurch verspricht, daß man dem Zuge des rege gewordenen Instinktes folget.

§. 164.

Fortsetzung.

Eben so entschieden ist die Richtigkeit der Wahrnehmung: daß die Gegenwart mit mehr Stärke auf das Gefühl und somit auch auf das Begehrungsvermögen wirke, als die Vorstellung der Zukunft, und zwar vorzüglich bei solchen Subjekten, denen entweder feste Grundsätze aus Mangel der wissenschaftlichen und moralischen Kultur, oder denen das Vermögen, vermittelt der Reflexion das zukünftige Nützliche dem gegenwärtigen Genusse vorzuziehen, gebricht.

§. 165.

Fortsetzung.

Die durch die Tortur dem Torquirten verursachten Schmerzen haben daher um so mehr Einfluß auf das Begehrungsvermögen, da in der Regel diese drei Momente der Psychologie zugleich eintreffen. — Sie wirkt nämlich auf die schrecklichste und grausamste Weise auf das Gefühl, der Schmerz bestürmet den Gequälten mit einem jeden Augenblicke stärker, weil in einem jeden Augenblicke die Zerstörung des Organismus an den torquirten Theilen sich vergrößert, und die Seele durch den continuirlichen Zusammenhang des Schmerzes auf den schmerzhaften Zustand zu reflektiren immer mehr ange-

angetrieben wird. — Das Nachgefühl des vorhergehenden Augenblickes theilet sich jedesmal dem kommenden mit, und verdoppelt auf diese Art stets die Empfindung des Schmerzes. Eben so wenig ist der Richter im Stande, zum Voraus zu bestimmen, wie stark die Herrschaft der Grundsätze oder des verständigen * Begehrungsvermögens sey, um mit Gewifsheit der Erreichung seines beabsichtigten Zweckes entgegen zu sehen, welcher darin bestehet, daß derselbe den *wahrhaften* Zustand des *Corpus delicti* erfahre. —

* Anmerk. Das *verständige* Begehrungsvermögen ist bekanntlich diejenige Modifikation des untern Begehrungsvermögens, vermöge welcher man das *Nützliche* der unmittelbaren Sinnenlust vorziehet.

§. 166.

Fortsetzung.

Die schlechterdings nothwendigen Resultate aus dem Vorigen wären also keine andern, als daß, erstens, bei dem sehr empfindsamen Menschen sowohl, als bei demjenigen, dessen Grundsätze oder dessen Reflexion auf das Nützliche nicht die nöthige Stärke hat, *ein von dem Schmerzgeföhle bestochenes Geständniss erfolgen muß*; daß, zweitens, bei demjenigen, bei welchem entweder die Festigkeit und Stauerkeit seiner ganzen Organisation, oder die Macht des verständigen Begehrungsvermögens das Uebergewicht über den wüthenden Schmerzen zu

behalten vermag, schlechterdings kein offenherziges Geständniß durch die Tortur erzwungen werden könne. — Ersterer wird dem Schmerz unterliegen, sich schuldig bekennen, wenn er es auch nicht ist, und dieses sein Bekenntniß durch die Angabe von allerlei Umständen, welche er durch das bisherige Verhör zu errathen gedenket, unterstützen, um nur den schrecklichen Qualen zu entgehen, welche die menschliche Barbarei unter dem Gewande der Gerechtigkeit gegen denselben verhängte.* Letzterer aber wird beharrlich läugnen. — Seine feste und stauere Organisation vermindert die Empfindung des Schmerzes, und dadurch, daß er während dieser Exekution seine Aufmerksamkeit mit aller ihm beiwohnenden Stärke auf den aus seiner Beharrlichkeit entspringenden Vortheil richtet, zieht derselbe seine Vorstellungen von den gegenwärtigen schmerzhaften Veränderungen in seinem Organismus ab, und auf diese Art verschwinden diese Veränderungen wo nicht ganz, doch größten Theils für seine Empfindung.**

* Anmerk. Merkwürdige Beweise hievon findet man in dem Werke des Herrn v. *Arnim*: „Bruchstücke über Verbrechen und Strafen“ betitelt; wo sich Inquisiten, deren Unschuld nachher noch entdeckt wurde, lieber der Gefahr vor der Todesstrafe unterzogen, als sie Schläge und überhaupt eine harte Behandlung dulden wollten. — Wie leicht wird von Beispielen (deren Schmerzgefühl im Verhältnisse zu der Tortur beinahe ganz verschwindet) der Schluss: daß die

die Tortur das sicherste Mittel zur Verläugnung der Wahrheit und zum Morde der Unschuld sey; und wie viele und welche schreiende Beispiele liefern nicht die Archive der peinlichen Prozesse zum Belege der Wahrheit jener Behauptung des menschenfreundlichen Kriminalisten *Beccaria*: *dass der Unschuldige bei der Marter nur verspielen, und der Strafbare nur gewinnen könne!* — —

**** Anmerk.** Man lese hierüber, um sich desto mehr von der Wahrheit dieses Satzes zu überzeugen, das kleine, aber gehaltvolle Werkchen von dem verewigten *I. Kant*: „Von der Macht des Gemüthes durch den bloßen Vorsatz seiner krankhaften Gefühle Meister zu seyn.“ — Dann meine Philosophie des Lebens S. 234. von der Herrschaft über unsere Vorstellungen.

§. 167.

Fortsetzung.

Der Mann von Grundsätzen aber kann zwar eben so unerschütterlich der Wahrheit getreu bleiben und seine Unschuld fest behaupten. Allein, wie fürchterlich ist der Vorwurf der Unschuld, mit welchem sie Genugthuung für das gränzenlose Leid und für das große erlittene Unrecht zu fordern befugt ist, welches durch eine solche Barbarei der Gesetzgebung ihr zu Theil wurde! —

Fortsetzung.

Wenn endlich der Schwächliche am Körper oder Seele dem Schmerzgeföhle ganz unterliegt; wenn er sich schuldig bekennet, was er doch nicht ist; wenn seine Unschuld nicht noch zeitig oder gar nicht entdeckt wird. Ist dann der Urheber dieses traurigen Schicksales nicht der Mörder der bürgerlichen Ehre, des Lebens und der Freiheit eines solchen Unglücklichen? — und diese Gefahr kann durch keine Vorsichtsmaafsregel gehoben werden. — Die gesetzliche Erforderniß, dafs, erstens, sich der Richter während der Tortur keiner Suggestion erlaube, ist für sich betrachtet lächerlich. Denn es sind dem Angeschuldigten schon so viele Anzeigen zu errathen möglich, wenn die Untersuchung zur Verhängniß der Tortur reif ist, dafs er seine Angabe wahrscheinlich zu machen vermag. * Dafs, zweitens, das Geständniß des Gequälten, welches er während der Marter ablegte, nach derselben wiederholen müsse. — Gerade, als wenn die gewisse Voraussetzung, dafs das schon empfundene Leid zuverlässig bei dem nachherigen Widerspruche wiederholt werden würde, nicht den fortdauernden Bestimmungsgrund abgeben müßte, das einmal abgelegte Bekenntniß nicht wieder zurückzunehmen! — **

* Anmerk. Und wenn er dieses aller seiner angewandten Reflexion nicht kann; so wäre sein Geständniß unbehülflich (§. 132. Anmerk.), und

es wäre daher so lange mit der Peinigung fortzufahren, bis er entweder die dreifache Grausamkeit überstanden, oder seinen Geist unter den Martern ausgehauchet, oder von einem wohlthätigen Genius die Eingebung jener speziellen Umstände erhalten hätte. Denn mit der nämlichen Bündigkeit einer Schlussfolge könnte man *die Ignoranz* jener speziellen Umstände für *die bösliche Verschweigung* ansehen! — —

****** Anmerk. Die *Territion*, d. i. die versinnlichte Androhung der Marterarten ist aus den nämlichen Gründen des strengen Rechtes, der Ethik und der rechtlichen Klugheit unzulässig; obgleich die volle Stärke derselben, welche bei der wirklichen Marter eintritt, nicht ganz bei dieser statthaft ist.

§. 169.

Wesentliche Eigenschaft des peinlichen Urtheils.

Das peinliche Urtheil muß den peinlichen Gesetzen gemäß seyn. Denn dasselbe ist das Resultat der peinlichen Gerichtsbarkeit, welche, wie die richterliche Gewalt überhaupt, * durch die Gesetzgebung bedingt ist. Der peinliche Richter hat daher bei der Abfassung des Urtheils vorzüglich darauf zu sehen:

* Anmerk. Man sehe den §. 90. im ersten Hefte.

§. 170.

Fortsetzung.

Dafs das vorliegende Verbrechen sowohl *objektive* als *subjektive* die Intention desjenigen Verbrechens, von welchem das Gesetz Erwähnung thut, ausfüllet; weil diese Voraussetzung einzig die rechtliche Bedingung der im Getetze bestimmten Strafe ausmachtet.

§. 171.

Fortsetzung.

Das fragliche Verbrechen ist aber mit jenem, von welchem das Gesetz spricht, *objektive* identisch; wenn durch dasselbe die Urrechte der Menschheit in einem solchen Grade (§. 23. u. folg.) gestört oder gar zernichtet sind, welchen das Gesetz genau ausdrückt.

§. 172.

Fortsetzung.

Und es ist dann *subjektive* mit der Intention des Gesetzes einerlei; wenn nach den Prinzipien der Zurechnung (§. 110. u. folg.) in dem fraglichen Falle dieselbe Voraussetzung der in dem Gesetze bestimmten Imputation eintritt.

§. 173.

Fortsetzung.

Findet eine Verschiedenheit zwischen der Intention des Gesetzes und dem zu beurtheilenden Verbrechen.

brechen Statt; so ist das letztere entweder nach seinem *objektiven* oder nach seinem *subjektiven* Gehalte geringer oder schwerer, als die Intention des Gesetzes. In beiden Fällen kann dann keinesweges die gesetzliche Strafe eintreten; sondern es muß vielmehr eine ausserordentliche Statt finden, welche nach dem Einflusse der *objektiven* oder *subjektiven* Eigenschaft des zu beurtheilenden Verbrechens auf die öffentliche Sicherheit zu Folge des Maasstabes der Strafen bestimmt, und im Verhältnisse mit der gesetzlichen Strafe entweder herabgesetzt oder geschärft ist. *

* Anmerk. Dafs das peinliche Urtheil sammt den Entscheidungsgründen vor dessen Vollzug dem Verbrecher bekannt gemacht werden muß, erhellet aus den im ersten Theile bei der Lehre von der richterlichen Gewalt aufgestellten Grundsätzen eben so sehr, als zu Folge des Endzweckes der peinlichen Strafe und im Anbetrachte des allgemeinen Interesse nothwendig ist, ein jedes peinliches Urtheil unter der gedachten Eigenschaft durch öffentlichen Druck und Anschlag bekannt zu machen. Das Richteramt muß — seiner für sich habenden Vermuthung ungeachtet — das Publikum überzeugen: dafs weder despotische Strenge, noch willkührliche Begünstigung einen aus der Mitte der Bürger zum unglücklichen Schlachtopfer, und einen Andern aber zum befreiten Verbrecher bestimmt habe! —

§. 174.

Wirkungen der rechtmässigen peinlichen Urtheile.

Die rechtmässigen peinlichen Urtheile haben, von dem Augenblicke ihrer Existenz an, gesetzliche Kraft. Denn es kömmt ihnen die Nothwendigkeit der Resultate der richterlichen Gewalt überhaupt zu. Sie müssen also schlechterdings nothwendig vollstreckt werden.

§. 175.

Fortsetzung.

Wenn sich ein Bürger der Vollstreckung derselben widersetzen wollte; so würde er somit die Gesetzgebung selbst anfeinden. Denn das richterliche Urtheil erscheint als das *individualisirte Gesetz*. —

§. 176.

Fortsetzung.

Wenn sich der Gesetzgeber, als oberster Richter, mit der Abänderung eines *rechtmässigen* peinlichen Urtheiles befassen wollte (sey es zur Milde- rung oder zur Schärfung desselben); so würde er in einem jeden der beiden gedachten Fälle ungerecht seyn. Denn in dem ersten Falle würde er ungerecht gegen den Staat handeln; weil er das Ansehen der Gesetze schwächen; und sofort die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen würde. * Im zweiten Falle wür-

würde er aber ein widerrechtlicher Impugnant der Rechte des Verurtheilten werden; indem er gegen denselben eine schwerere Strafe verhänget, als er nach den Gesetzen und dem höchsten Grunde des Strafrechtes eigentlich verwirkt hat. — In beiden Fällen würde der Gesetzgeber daher als Despot erscheinen, der nicht nach den Gesetzen, welche durch den höchsten Staatszweck nothwendig gemacht wurden, und folglich auch ihn als obersten Richter und Bürger** schlechthin verbinden, sondern nach einer zügellosen Willkühr die höchste Macht im Staate mißbrauchet. —

* Anmerk. Man sehe den §. 89. im ersten Hefte.

** Anmerk. Man sehe den §. 135. im ersten Hefte.

§. 177.

Von dem Begnadigungsrechte.

Das *Begnadigungsrecht* kömmt daher dem Gesetzgeber schlechthin nicht zu. Denn unter demselben versteht man eine von dem Gesetzgeber als obersten Richter vorgenommene Ausnahme von einem allgemeinen Strafgesetze, welche aus blosser Willkühr* und ohne rechtlichem, d. i. mit dem Staatszwecke übereinstimmenden Grunde ihr Daseyn erhielt.**

* Anmerk. Man sehe die Anmerkung zu dem §. 41. im ersten Hefte.

** Anmerk. Wenn die Begnadigung vor dem Endurtheile dem Verdächtigen ertheilet wird;

so

so bestehet dieselbe in der *Abolition der Untersuchung*. Die *Abolition* begreift daher diejenige Verfügung des Gesetzgebers, als obersten Richters, in sich, vermöge welcher gegen den Verdächtigen keine weitere richterliche Handlung vorgenommen werden darf, die auf die Entdeckung des *Corpus delicti* hingeht. Mit Recht sagt Kleinschrod a. a. O. Th. II. §. 111. Schädlicher ist die Abolition (nämlich als die Begnadigung des bereits Verurtheilten); weil durch sie die Untersuchung vor ihrem Ende abgebrochen wird, ohne daß man den Grad von Strafbarkeit weiß, dessen sich der Verbrecher schuldig machte, ohne daß man oft von der Unschuld oder Strafwürdigkeit des Verdächtigen überzeugt ist.

§. 178.

Fortsetzung.

Wenn gleich eine Verfügung des Gesetzgebers, welche einem oder mehreren aus den Bürgern zum Vortheile gereicht, nicht unmittelbar von diesen Individuen verlangt werden kann; so folget hieraus noch nicht, daß dieselbe im strengen Sinne eine *Gnade* sey. Denn alle Handlungen des Gesetzgebers haben vorzugsweise den ganzen Staat zum Gegenstande. Das, was derselbe zum Vortheile eines besondern Individuums verfüget, ist somit nicht sowohl von dieser Ansicht zu betrachten, ob jenes Individuum für sich schon und nach den allgemeinen Rechtsprinzipien jene vortheilhafte Verfügung rechtlich

lich fordern konnte oder nicht, als vielmehr, ob jene vortheilhafte Verfügung gegen je einen einzelnen Bürger in soferne nothwendig wird, in wiefern sie in diesem Einzelnen für den ganzen Staat zur bestmöglichen Erreichung des Staatszweckes erforderlich ist. — Der Staat ist die engste Verbindung aller einzelnen Bürger, und der vollkommenste Rechtsstand des *Ganzen* ist nur durch die zweckdienlichste Behandlungsweise *aller seiner einzelnen Theile* möglich. —

§. 179.

Rechtliche Exemption von dem allgemeinen Strafgesetze.

Von dem Begnadigungsrechte ist daher *das Recht derjenigen Exemption von dem allgemeinen Strafgesetze zum Vortheile des Verbrechers* unterschieden, die aus dem besondern Zusammenhange der obwaltenden Umstände mit dem Staatszwecke hervorgehet, und somit auf Rechtsprinzipien beruhet. — Denn diese führet keine Willkühr in die Sphäre des strengen Rechtsstandes, wie bei dem Begnadigungsrechte Statt findet; sondern sie ist vielmehr das praktisch nothwendige Resultat des vorzüglichsten Verhältnisses der höchsten Gewalt zu dem Bestehen des Ganzen (§. 178.). Der Wirkungskreis der Gesetzgebung ist jener der Erfahrung, und diese ist der Zustand der höchsten Individualität. Gleichwohl ist aber die Kraft des Gesetzgebers (wenn derselbe auch der Weiseste ist) den menschlichen Gebrechen unterworfen, und

und viel zu beschränkt, als daß es derselben möglich seyn könnte, *alle nur mögliche Fälle* bei dem Entwurfe seiner Gesetze zu berücksichtigen. Diesen beiden, bei der Auswahl der Gesetze konkurrirenden Eigenschaften zu Folge, sind manchesmal Ausnahmen von den allgemeinen Gesetzen nothwendig. Allein diese Ausnahmen sind deswegen schlechterdings nicht in das Gebiet der *Willkühr*, und daher eben so wenig in das Gebiet der *Gnade* zu zählen; weil dieselben aus dem höchsten Prinzip aller Gesetzgebung * selbst unmittelbar hervorgehen, und dem logischen Grundsatz der Beurtheilung gemäß: *Wenn die Bedingung wegfällt; so hebt sich auch das Bedingte*; — eine höhere rechtliche Nothwendigkeit an sich tragen, als der Gesetzgebung selbst zukömmt. —

* Anmerk. Man sehe den §. 53. im ersten Hefte.

§. 180.

Gesetz der rechtlichen Exemption.

Die rechtliche Exemption von einem Strafgesetze muß somit (als in dem Gegensatze mit der bloßen Willkühr, welche keine Schranken kennen) an einem allgemeinen Gesetze gebunden seyn, welches das Criterion in sich enthält, wodurch bestimmt wird, welcher besondere Fall in der Erfahrung der Exemption eine rechtmäßige Stelle einräume. — Dieses Gesetz aber kann seinem Ursprunge nach nicht wieder in der statutarischen Gesetzgebung liegen, sondern es muß sich vielmehr in der wesentlichen und

a pri-

a priori bestimmten Eigenschaft der ursprünglichen Bestimmung aller Gesetzgebung vorrätzig seyn. Denn der Einfluss jenes Gesetzes äussert sich für *alle* statutarische Gesetzgebung und für einen jeden einzelnen Theil derselben.

§. 181.

Fortsetzung.

Da somit alle Gesetzgebung nur in soferne gültig ist, in wieferne durch sie der absolute Rechtsstand und der höchste Zweck des Staates realisiret werden muß; so folget, daß diese Bedingniß auch bei der Strafgesetzgebung eintreten müsse. Die Strafgesetze sind daher nur in soferne von einer rechtlichen Nothwendigkeit, in wieferne sie erspriessliche Mittel für den Staatszweck sind. Die Wahrheit dieser Sätze beruhet sowohl auf den Zweck der gesetzgebenden — als auf jenen der Exekutivgewalt.

§. 182.

Fortsetzung.

Im Gegentheile muß ein Strafgesetz nicht auf einen besondern Fall bezogen werden können, wenn derselbe entweder nicht mehr ein erspriessliches Mittel für den Zweck aller Strafgesetzgebung abgiebt, oder mit demselben gar im Widerspruche stehet.

§. 183.

Fortsetzung.

Aus dieser Deduktion ergibt sich nun, daß der schon einmal erwähnte Grundsatz: *Daß das Straf-übel, wenn es vollzogen würde, weder für sich allein betrachtet, noch im Zusammenhange mit seinen zufälligen Folgen, nicht nur kein größeres, sondern nicht einmal ein gleichmäßiges Uebel für den Rechtsstand seyn dürfe, als das fragliche Verbrechen ist, wenn dasselbe zu einer allgemein geltenden Maxime würde.* —

Nähere Beleuchtung dieses Gesetzes.

Wenn daher ein Strafgesetz eine solche Strafe drohet, welche entweder unmenschlich und grausam (§. 59. bis 64.) ist, oder doch wenigstens der rechtlichen Klugheit (§. 34. Anmerk. und §. 48. u. folg.) widerspricht; oder wenn dieselbe nicht genau dem Maasstabe der Strafen * entspricht, sondern denselben weit übersteiget; so ist dieses ein Beweis der Mangelhaftigkeit des Gesetzbuches. — Dieser Mangel aber darf keinesweges (gleich einem geheiligten Götzen, dessen Unnützlichkeit zwar klar am Tage liegt, allein denn doch durch das Vorurtheil der Welt wegen seinem grauen Alter Ehrfurcht erzwingen will) noch verbindliche Kraft haben. Denn eben dadurch, daß derselbe nach den *a priori* bestimmten Resultaten des Staatszweckes als ein Mangel betrachtet werden muß, ist derselbe schlechterdings
aus

aus dem Gebiete der Gesetzgebung zu verweisen, so bald er erkannt wird! — **

* Anmerk. Man sehe den §. 71. u. folg. im ersten Hefte.

** Anmerk. Hieraus folgt die Nothwendigkeit, daß das Gesetzbuch von Dekaden zu Dekaden revidirt werden müsse; weil man innerhalb einer solchen Zeit in der Regel eine allgemeine Aenderung des Zeitgeistes (§. 71. im ersten Hefte) erwarten kann. —

§. 185.

Fortsetzung.

Das Strafübel erscheint aber dann nach seinem Zusammenhange mit seinen zufälligen Folgen (§. 183.) als ein größeres Uebel für den Rechtsstand, wenn die Vollstreckung desselben den Staat der Rache einer äussern beträchtlichen physischen Macht aussetzen würde, durch welche viele Bürger oder gar der Bestand des Staates selbst in die äusserste Gefahr des Unterganges versetzt würden. — *

* Anmerk. Wenn man daher z. B. an einem Verbrecher das verwirkte Strafübel vollziehen wollte, welcher der Günstling eines mächtigen Monarchen wäre; da man doch zuvor schon wufste, daß eine solche Handlung diesen auf das Höchste empören und zur Kriegserklärung bestimmen könnte; so wäre eine solche Verfügung gewiß mehr für einen blinden Schwärmer,

mer, als für den Mann geeigenschaftet, welcher mit Vorsicht und nach Prinzipien handelt. — Es giebt in solchen Fällen noch Auswege, welche die rechtliche Klugheit lehret, und wenn die Wirklichkeit derselben eben so selten, als die Erscheinung eines weissen Raben ist; so ist dieses als ein Glück zu betrachten, welches die Stetigkeit des Rechtsstandes in dem Staate noch mehr garantiret, keinesweges aber obiges Prinzip überflüssig macht. — Es ist zugleich ein Beweis der eintreffenden Realisirung des Bedürfnisses der Intelligenz, welche den Rechtsstand immer fester begründet wissen will! —

§. 186.

Fortsetzung.

Nur solche Fälle, welche nach der genauesten Erwägung unter dem oben aufgestellten Grundsatz (§. 185.) nach seiner zweifachen (§. 184. u. 185.) Ansicht gerechnet werden müssen, * machen die Thätigkeit des Rechtes der Exemption von den allgemeinen Strafgesetzen möglich. Diese Möglichkeit aber wird zugleich auch rechtliche Nothwendigkeit. Denn für die höchste Macht im Staate ist jeder Indifferenzismus eben so unzulässig als für den Staat selbst, ** weil sie den Staat selbst vorstellet. —

* Anmerk. Wenn daher *Filangieri*: System der Gesetzgebung, B. IV. S. 720. behauptet: *dass die Verdienste des Verbrechers für den Staat, und die*

die Hoffnung, daß derselbe, bei einer gelindern Behandlung, dem Staate vorzüglich nützlich seyn werde, einen zureichenden Grund zur Exemption abgeben könne; so kann ich demselben in keinem andern Falle, als nur ausschliesslich bei der Todesstrafe beistimmen. Denn würde man diese Meinung des gedachten Rechtsgelehrten zu einer allgemeinen Maxime des Staates machen; so würde folgen: daß ein Jeder, welcher sich Verdienste gesammelt hätte und vielversprechende Eigenschaften in sich vereinige, wo nicht ganz, doch größten Theils ungestraft Verbrechen begehen dürfte. Diese Gewissheit (welche durch die rechtliche Nothwendigkeit — als den *einzigen* (§. 179.) Charakter des Exemptionsrechtes — von einem Jeden zum Voraus gesetzt werden könnte) würde nicht nur eine schädliche Ungleichheit der Rechte unter den Bürgern erzeugen; sondern sogar zu einer Lockspeise zu Verbrechen für solche Menschen werden. — Verdienst und Verbrechen sind einander entgegengesetzte Dinge. Die nothwendige Folge des Erstem ist in einem rechtlichen Staate die Belohnung (§. 37. im ersten Hefte) und des Zweiten die unausbleibliche Strafe (§. 59. ebendasselbst). — In Hinsicht der Todesstrafe allein, glaube ich, könne die obige Behauptung des gedachten Rechtsgelehrten mit Recht statthaft seyn. Der Grund dieser Behauptung besteht in der wesentlichen Erforderniß, unter welcher die Todesstrafe auf eine recht-

mässige Art (§. 39.) erkannt werden kann, und die bei einem solchen Verbrecher, welcher schon Verdienste um den Staat hatte, und noch mehrere für die Zukunft mit der grössten Wahrscheinlichkeit verspricht, nie eintritt. —

Die übrigen Gründe, welche auch Hr. Prof. *Kleinschrod* in seinem schon erwähnten Werke: *Systematische Entwicklung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten des peinlichen Rechtes*, 2ter Theil, §. 110. anführet, überzeugen mich noch ungleich weniger, daß sie wichtig genug seyen, um in dem *peinlichen* Rechte eine rechtmässige Exemption von der Strafe zu bewirken.

Wenn derselbe daher darin einen zureichenden Grund zu finden annimmt, einen Verbrecher von der Strafe zu befreien, *im Falle letztere einen vorzüglich schädlichen Einfluss gegen einen dritten Unschuldigen haben würde*; so bin ich zwar allerdings der Meinung, daß der Staat den Unschuldigen gehörig zu entschädigen, die unumgängliche Verbindlichkeit auf sich habe. Die Strafe muß aber in einem solchen Falle schlechthin vollzogen werden. Denn die fragliche Beschädigung jenes Unschuldigen kann nur höchstens sein Eigenthum *in concreto* — folglich nur seine Derivativrechte treffen. Diese aber stehen mit den Urrechten, welche der Verbrecher durch seine gesetzte Handlung sowohl, als durch sein gegebenes böses Beispiel dem Untergange aussetzte, in gar keinem Vergleich,

gleich, und können somit auch nicht die Stelle eines zureichenden Grundes vertreten, aus welchem die nothwendige Satisfaktion für den verletzten Rechtsstand zur Sicherstellung der Urrechte unterlassen werden müßte.

Die große Menge der Verbrecher ist eben so wenig geeigenschaftet, die Exemption von der gesetzlichen Strafe zu begründen. Denn entweder kann sich der Staat durch ein anderes Mittel, als jenes der Todesstrafe, gegen dieselben für die Zukunft sichern, oder nicht. Im ersten Falle *muss* sich die Strafgewalt rechtlich nothwendig nur auf jenes Mittel beschränken (§. 39.) (welches in dem a. a. O. angeführten Beispiele durch die Auflösung des rebellischen Regiments Soldaten, durch die Vertheilung derselben unter andere Regimenter und durch die Verlegung in verschiedene Garnisonen bei einer schweren Leibesstrafe vollkommen statthaft ist). Im zweiten Falle aber ist die Todesstrafe schlechterdings nothwendig, und geht unter dieser Eigenschaft der Nothwendigkeit aus dem Gesetze der Zulässigkeit der Todesstrafe (§. 39.) unmittelbar hervor, welches zugleich auch vermittelst des Staatszweckes eine rechtliche Nothigung enthält, daß sie vollzogen werden *muss*. Denn es ist für den Rechtsstand ein geringeres Uebel, wenn ein Haufe Bösewichter sein Leben verliert, als wenn die Urrechte aller Theilhaber des Rechtsstandes für die Zukunft noch immer der Gefahr ihres Unterganges ausgesetzt

bleiben. — Im ersten Falle ist die rechtliche Unzulässigkeit der Todesstrafe, keinesweges aber das Resultat des Exemtionsrechtes der Grund von der Milderung der Strafe. Im zweiten Falle aber ist eine Exemption, der gegebenen Ansicht gemäfs, durchaus unstatthaft, und als eine Ungerechtigkeit gegen den Staat (§. 176.) schlechterdings verwerflich; obgleich selbst die verschiedene Theilnahme an dem Verbrechen unter den Verbündeten eine verschiedene Strafe zur Folge haben kann. Diese nämlichen Grundsätze stellt doch der Hr. Verfasser a. a. O. Th. III. §. 6. auf. —

Wenn der Hr. Verfasser, viertens, demjenigen Verbrecher Exemption von der gesetzlichen Strafe ertheilt wissen will, welcher seine Mitverschwornen entdeckt und die Mittel zu der Habhaftwerdung und Ueberführung derselben angiebt; so wird bei einer wohleingerichteten Polizei, erstens, die Nothwendigkeit einer solchen Entdeckung von Seite eines Mitverschwornen entweder gar nicht, oder doch höchst selten eintreten. Die Gewissheit der Exemption würde, zweitens, gerade von dem verschlagensten Bösewichte vorausgesetzt werden können, welcher somit auf sie, als einem sichern Reservemittel, bauend, nach einer langen Reihe von Verbrechen doch eine gemilderte Strafe zu gewärtigen hätte. Drittens muß gerade derjenige, welcher, um sich nur des irdischen Uebels der Strafe zu überheben, mit dem schaamlose-

losesten Gemüthe vor den Augen der Richter sich darstellte, seine eigene Verworfenheit *aus einer solchen materialen Triebfeder* eingestehet, und *aus einer gleichen unlautern Absicht* der Ver räther derjenigen wird, mit denen er sich verbunden hatte, gerade derjenige, sage ich, muß nothwendig als der gefährlichste Mensch unter der ganzen Rotte angesehen werden. Viertens ist die Exemption, welche der Staat in diesem Falle einem solchen Verworfenen zum Voraus ankündigen würde, selbst als ein *unlauteres Mittel* aus der Gesetzgebung eines Staates, wie er seyn soll, verwerflich! — Denn da der Staat einen solchen Menschen im eigentlichen Sinne zur Entdeckung seiner Mitverschwornen zu *bestechen* sucht; so reizet der Staat denselben eigentlich zur Untreue. — Wenn der Staat den Mitverschwornen durch moralische Mittel, z. B. durch Ueberführung, durch die Erregung einer aufrichtigen Reue u. d. g. zu der Angabe der übrigen Verbrecher verleitet, findet zwar keine Treulosigkeit Statt; weil ein widerrechtlicher Bund in Hinsicht seines Verhältnisses zur *Wahrheit und Rechtlichkeit* für sich schon in sein Nichts dahin fällt. — *Allein nur im Anbetrachte dieses Verhältnisses* zerfällt jener Bund in sein Nichts; im Verhältnisse zu der *Selbstsucht* aber häufet sich eine schändliche Triebfeder auf die andere, und die ihr zu Grunde liegende Maxime veranlaßt daher schlechthin eine verwerfliche und treulose Handlung! — Die obige Ma-

Maxime ist daher in der ersten Hinsicht unnöthig, im Anbetrachte des zweiten und dritten Punktes schlechterdings der rechtlichen Klugheit zuwider, und endlich nach dem vierten Punkte selbst ein Angriff auf die Rechtlichkeit und Sittlichkeit, folglich durchaus unstatthaft. —

Wenn endlich der Hr. Verfasser, fünftens, solchen Verbrechern Exemption von der verwirkten Strafe ertheilet wissen will, welche eine gefährliche, aber dem Staate besonders nützliche Arbeit vollenden, z. B. in giftigen Bergwerken; so findet nicht sowohl die Exemption von dem allgemeinen Strafgesetze (da diese eigentlich den Begriff der *Milderung* mit sich führet); sondern vielmehr nur eine Abänderung der Strafe in eine andere gleichmäßige Strafe, zu Folge der Staatsklugheit, Statt. — Dieses um so mehr, da die Todesstrafe in einem jeden Falle, in welchem sie zulässig und somit zugleich auch nothwendig wird, schlechterdings nicht zur Erreichung eines zufälligen Vortheiles, welcher sich höchstens nur auf den Besitz von *Sachen* zu erstrecken vermag, unterlassen werden darf; eben weil der Besitz von *Sachen* mit dem Bestande der die *Personalität* konstituierenden Urrechte in gar kein Verhältniß gebracht werden kann. —

**** Anmerk.** Man sehe den §. 18. im ersten Hefte.

§. 187.

Von der Verjährung in der Criminalgesetzgebung.

So wie die Begnadigungen und die Abolitionen bei einer mangelhaften Gesetzgebung die Vollstreckung der gesetzlich verwirkten Strafe (§. 177.), oder sogar die Untersuchung des *Corpus delicti* (§. 177. Anmerk.) auf der Stelle, sobald dieselben von der höchsten Gewalt im Staate ertheilet werden, unmöglich machen; so geschieht dieses auch öfter durch den Verlauf einer gewissen Zeit, während welcher sich der Verbrecher der Gewalt des beleidigten Staates entzieht. — Diese Zeit nannte man bisher die *Verjährungszeit*, und das durch die statutarische Gesetzgebung auf sie gegründete Recht das *Verjährungsrecht* in der Criminalgesetzgebung.

§. 188.

Unzulässigkeit derselben, a) nach dem strengen Rechte.

Wenn das Verjährungsrecht in einem jeden andern Theile der Gesetzgebung, — dessen Objekt nicht, wie das der Criminalgesetzgebung, in ewigen und unveräusserlichen Rechten (§. 1.) bestehet; sondern vielmehr nur durch zufällige und veräusserliche Rechte (dergleichen alle Derivativrechte (§. 2.) sind) seine Stelle einnimmt; so können allerdings wichtige Gründe vorrätbig seyn, welche die statutarische Gesetzgebung zur Sanktion jenes Rechtes zu bewegen vermag, und zwar dieses um so mehr, da

da die Rechtswissenschaft im strengen Sinne die erste Veranlassung hiezu giebt. Allein in der Criminalgesetzgebung kann die Verjährung schon darum schlechterdings keine Stelle ihrer Zulässigkeit haben; weil das Objekt dieses Theiles der Gesetzgebung nothwendig in ewigen unveräußerlichen, und folglich auch — unverjährbaren Rechten (§. 15.) besteht. —

§. 189.

Fortsetzung.

Denn da die wesentliche Eigenschaft der Bedingung stets auch die wesentliche Beschaffenheit des Bedingten bestimmt; so folget, daß eine jede widerrechtliche Verletzung jener ewigen, unveräußerlichen und unverjährbaren Rechte, welche das Objekt der Criminalgesetzgebung ausmachen, eine solche Missethat sey, welche für den Rechtsstand ohne der Dazwischenkunft der rechtlichen Genugthuung, d. i. der Strafe *schlechthin* unauslöschbar ist; sondern vielmehr *nothwendig* ewig dieselbe bleibt, was sie in dem Augenblicke ihrer Vollbringung war! —

§. 190.

Fortsetzung.

Aus dem nämlichen Grunde also muß auch die Strafe jener Missethat, selbst nach den statutarischen Gesetzen, *schlechthin* nicht verjährret werden können; weil im entgegengesetzten Falle ein unausweichbarer Widerspruch mit dem wesentlichen Ob-
jekte

jekte der Criminalgesetzgebung die nothwendige Folge seyn würde.

§. 191.

Unzulässigkeit der Verjährung in der Criminalgesetzgebung, b) nach der rechtlichen Klugheit.

Die Gewissheit der Strafe für begangene Verbrechen kann in einem Staate, wie er seyn soll, keinem *Grade* unterliegen, über welchen hinaus das Widerspiel derselben — die Befreiung von der Strafe — eintrete; sondern die Strafe muß schlechterdings gewiß die Folge der Verbrechen seyn. Die Gründe dieser Behauptung sind schon an Ort und Stelle * vorgetragen worden, und sind eigentlich die Resultate der rechtlichen Klugheit, deren vorzügliche Bestimmung bei der Strafgesetzgebung dahin geht, in den wesentlichen Eigenschaften der Strafe die wirksamsten Gegengründe gegen den Anreiz zu Missethaten zu legen, wie dieses aus der bereits gegebenen Lehre von der Strafgewalt des Staates zu Genüge ersichtlich ist.

* Anmerk. Man sehe den §. 89. im ersten Hefte.

§. 192.

Fortsetzung.

Kein Hinderniß darf daher der Gewissheit der Strafe im Wege stehen, und im Falle sich ein solches durch Zufall erreichen sollte, so muß die höchste Gewalt im Staate dasselbe, wo möglich, aus dem Weg zu räumen bestrebet seyn. —

§. 193.

Fortsetzung.

Die Einführung der Verjährung in die Criminalgesetzgebung * aber würde unfehlbar ein solches Hinderniß seyn; indem durch den Ablauf einer bestimmten Zeit die vollständige Untersuchung des *Corpus delicti* selbst, oder doch wenigstens die Vollstreckung der verwirkten Strafe aufgehoben würde.

* Anmerk. Ein Gleiches geschieht durch die Duldung der sogenannten *Zufluchtsörter der Verbrecher* (Assyle), welche das Vorurtheil ehemals an solche Oerter verlegte, die entweder der Gottheit geweiht, oder den Landesherren zum Aufenthalte bestimmt waren. — Der Entstehungsgrund dieses, an sich betrachtet, schädlichen Gebrauches mag wohl in der Barbarei der Strafgesetzgebung des grauen Alterthumes gelegen seyn, gegen welche sich das menschliche Gefühl bei all seiner damaligen Rohheit emporthe; weswegen man es der göttlichen und landesväterlichen Güte für angemessen und würdig hielt, sich solcher unglücklichen Opfer der Grausamkeit zu erbarmen und dieselben zu schützen; wenn sie das Glück hatten, einen solchen geheiligten Ort zu erreichen. Von der Wahrheit dieses Entstehungsgrundes der Assyle wird man um so mehr überzeugt, wenn man den Zustand derjenigen Gesetzgebungen erwägt, unter denen die Zufluchtsörter der Verbrecher am heiligsten gehalten wurden. Man
sehe

sehe *Schmid's* Geschichte der Deutschen, 2ter Band, 9tes Kapitel. *Robert Norris* Reise durch *Marocko* und *Fetz*. *Bernströms* Reise durch *Spanien* und *Portugall*, nebst ausführlicher Beschreibung des Zustandes der Religion und Gesetzgebung dieser Länder. Allein daß dieser Mißbrauch in einem Staate, dessen Gesetzgebung mit Energie der Vollkommenheit entgegenreife, den eben gedachten Entstehungsgrund zu seiner Rechtfertigung nicht nur allein nicht weiter anführen könne; sondern auch vielmehr als eine den Rechtsstand beeinträchtigende Gewohnheit betrachtet und verworfen werden müsse, erhellet aus dem bereits Gesagten zu Genüge.

§. 194.

Fortsetzung.

Wenn man sofort erwäget, wie leicht es öfter einem Verbrecher ist, den Nachforschungen einer wachsamen Polizei zu entgehen; wenn man die mannichfaltigen Mittel berücksichtigt, welche die Schlaueit eines solchen Menschen zu ersinnen und meisterhaft zu seiner sichern Flucht zu gebrauchen weiß; so wird es gewiß nicht wunderbar scheinen, wenn es vielen Verbrechern gelingt, aller zu ihrer Entdeckung und Habhaftwerdung getroffenen Anstalten ungeachtet, zu entkommen, und allenfalls in einem entfernten Winkel der Erde ungekannt und ungestraft einen sichern Zufluchtsort zu finden! — Und gerade solchen Verbrechern, welche zu den

Ver-

Verschlagensten und Verwegensten gehören, und eben deswegen auch zu den Gefährlichsten gerechnet werden müssen, können einer solchen sichern Flucht am zuverlässigsten entgegen sehen! —

§. 195.

Fortsetzung.

Wenn nun ein solcher Mensch die durch eine irre geleitete Gesetzgebung vorgeschriebene Verjährungszeit der verwirkten Strafe auf eine solche Weise verstreichen läßt, und hier zunächst wieder in den vormals von ihm beleidigten Staat zurückkehrt; sofort unter den Augen seiner Mitbürger, welche ihn und seine ehemals begangene abscheuliche That kennen, herumgeht, ohne je eine Ahndung für seine Bosheit von der Gerechtigkeit fürchten zu müssen: welchen nachtheiligen Einfluß muß eine solche Erscheinung auf das Gemüth derjenigen haben, deren Rechtschaffenheit für sich schon schwanket, und um wie viel mehr muß der Reitz zu Verbrechen gesteigert werden und das Ansehen der Strafgesetzgebung sinken, wenn das lebende Beispiel: *dass nicht ein jedes Verbrechen der Strafe unterliege*; sich mit dem Ansichtigwerden jenes verjährten Bösewichtes sich täglich erneuert, und auf diese Art auch immer mehr das Gemüth Anderer auf eine gleiche schädliche Weise zu stimmen im Stande ist! — —

§. 196.

Fortsetzung.

Der Grund, daß die Besserung eines Verbrechers nach dem Verlaufe der Verjährungszeit angenommen werden müsse, mit welchem man die Verjährung für die Criminalgesetzgebung zu vertheidigen gedenket, taugt schon an und für sich deswegen nichts, weil derselbe zu *viel* beweisen würde: indem er die ganze Lehre von dem Strafrechte aus seinen — doch auf unumstößlichen Prinzipien beruhenden — Angeln heben würde; weil bei einer solchen an sich schon grundlosen Voraussetzung die Dauer der peinlichen Strafen (§. 65.) auf gar kein stetes — auch dem Volke erkennbares Prinzip Anspruch machen könnte, sondern vielmehr in die äusserste Mannichfaltigkeit übergehen, und am Ende nur das willkührliche Spiel der Verstellungskunst der Bestraften würde. —

§. 197.

Fortsetzung.

Vielmehr glaube ich, daß diese Sache so zu betrachten sey. — Der Staat ward durch die *erkennbar* gewordene verbrecherische Handlungsweise des Verbrechers von dem hohen Grade seiner Gefährlichkeit für den Rechtsstand in dem höchsten Grade der Gewissheit überzeugt; er kann daher auch nicht eher von dessen Besserung in dem nämlichen Grade von Gewissheit (worauf er doch rechtlich Anspruch machen kann) überzeugt seyn, als bis er dem Ver-
bre-

brecher die Schrecknisse derjenigen Strafe in der That fühlen liefs, welche nach dem Zeitgeiste und der Gröfse des Verbrechens * als unumgänglich nothwendig betrachtet werden müssen, um den Erfordernissen der rechtlichen Nothwehre und der Vorsicht ** ein vollständig zureichendes Genüge zu leisten. —

* Anmerk. Man sehe den §. 71. u. folg. im ersten Hefte.

** Anmerk. Man sehe den §. 64. im ersten Hefte.

§. 198.

Fortsetzung.

Daher glaube ich eben nicht zu irren, wenn ich behaupte: dafs dergleichen Statute als blofse Sprösslinge einer zweckwidrigen Barmherzigkeit auf Unkosten des Rechtsstandes zu betrachten seyen. — Wenn das Gefühl überhaupt die einzige Norm der Handlungsweise wird; wenn es die Erkenntniß der Prinzipien oder doch wenigstens deren Ausführung untergräbt; so ist dieses das Resultat einer leidigen Schwäche, welche den Menschen weit unter denjenigen Standpunkt herabsetzet, auf dessen Erreichung seine eigentliche Bestimmung hingehet. — Die Grundsätze müssen vielmehr stets, gleich einem die Finsterniß erleuchtenden Lichte, vorangehen und ihnen zunächst ist es zur menschlichen Vollkommenheit nöthig, dafs der Mensch die *erkannte Wahrheit lebhaft fühle*; weil denn doch sogar alle Triebfedern

federn desselben zum Guten Objekte des Gefühles sind! — *

* Anmerk. Zum Belege, wie mächtig die Vollstreckung der verwirkten Strafe für ein erst nach langen Jahren entdecktes Verbrechen auf das Gemüth des Volkes wirke, setze ich hier eine merkwürdige Geschichte bei, welche mir von einem ehrwürdigen Manne, der selbst Augenzeuge und Theilhaber derselben war, erzählt wurde:

Im siebenjährigen Kriege lag Hr. B.** zu Prag als Auditor bei den **schen Truppen. Als derselbe an einem Abende von seinem gewöhnlichen Spaziergange nach Hause gehen wollte, und seinen Weg durch einen dasigen Kirchhof nahm, fügte es sich, daß der Todtengräber so eben ein neues Grab machte und die Gebeine des vorher in dieser Stelle vermoderten Leichnams auswarf. Hr. B.** näherte sich dem Grabe und fand unter den Gebeinen einen, dem ersten Anscheine nach, ganz unversehrten Todtenkopf, welchen er daher unter seinem Mantel mit nach Hause nahm.

Bei der genauern Besichtigung dieses Beines entdeckte Hr. B. einen sehr langen und spitzi- gen Nagel, welcher in den obersten Theil der Hirnschale fest eingetrieben war, und beinahe bis zu dem sogenannten *foramen magnum* herabreichte.

Diese

Diese Entdeckung veranlafste bei Hrn. B. den Verdacht, dafs dieser Erscheinung ein heimlicher Mord zu Grunde liegen möchte, und da alle Gräber daselbst nummerirt gewesen; so zeigte er den gedachten Kopf der betreffenden Obrigkeit vor, welche die Sache sogleich untersuchte.

Das Begräbnissbuch bewies, dafs in das nämliche Grab, aus welchem jener Todtenkopf kam, vor bereits 28 Jahren eine Schmiedsfrau begraben worden sey, welche man des Morgens tod im Bette getroffen habe.

Gleichmäfsig erinnerte man sich, dafs ihr damals noch lebender 73jähriger Ehemann (der in dieser Zwischenzeit zum Bettler geworden war) sie öfter mißhandelt, und äusserst unzufrieden mit ihr gelebt hatte.

Dieser Alte ward daher vorbeschieden, und gestand nach wenigen Fragen, als ihm der gedachte Kopf vorgezeigt wurde, und zwar umständlich auf die folgende Art:

Er sey seiner Frau überdrüssig gewesen, zumal, da sie stets wegen seinem Spielen und wegen seinen übrigen Ausschweifungen mit ihm gezankt hätte. Als er endlich an einem Abende einen ähnlichen Zwist mit ihr gehabt habe, habe er sich entschlossen, dieselbe heimlich zu ermorden. Er hätte daher, nachdem sich diese schon zu Bette begeben und fest geschlafen habe, einen langen gestählten Nagel glühend gemacht,

macht, denselben ihr in den Kopf geschlagen, und zwar so, daß sie nach einem einzigen Schrei verschieden wäre. Hierauf habe er das wenige Blut, das ohnedem durch die Glut des Nagels schon größtentheils verzehrt gewesen wäre, abgewischt, das Haar über die Wunde gehörig zusammengekämmt und des Morgens Lärm gemacht, daß seine Frau plötzlich in der Nacht gestorben sey.

Das Gericht verurtheilte ihn zum Tode, und zwar aus Gnade für sein graues Alter nur zum Schwerte. —

Mein Gewährsmann konnte mir die schaudervolle Sensation nicht genug schildern, welche die Vollstreckung dieses Urtheils bei dem Volke gehabt hätte. Man fand in derselben ein schreckliches Beispiel der wunderbaren Wege der Vorsehung, auf welchen sie dem Verbrecher sogar in der sinnlichen Welt seine unausbleibliche Strafe zumisset, und überzeugte sich um so mehr von der Wahrheit jenes praktischen Postulates: daß kein Laster ungestraft bleibe! —

Wie vortheilhaft solche Reflexionen und eine solche Ueberzeugung des Volkes seyen, ist allerdings durch die rechtliche Klugheit entschieden. —

§. 199.

Von der Vollstreckung des peinlichen Urtheils.

Die Vollstreckung des peinlichen Urtheils ist das letzte wesentliche Moment, auf welchem die Criminalgesetzgebung ihr genaues Augenmerk zu heften hat; damit dieselbe nicht nur als die rechtliche Folge des peinlichen Urtheiles, sondern auch als ein zweckdienliches Mittel für ihre einzige Bestimmung (§. 22.) angesehen werden müsse.

§. 200.

Requisite derselben. a) Nach dem strengen Rechte.

Durch die Vollstreckung des peinlichen Urtheils muß daher letzteres sowohl nach seiner Quantität als Qualität an den Verurtheilten genau ausgeführt werden. Diese Erforderniß ist schlechterdings eine wesentliche Eigenschaft derselben; denn sie geht klar und nothwendig aus der Analytik des Begriffes der Vollstreckung des Urtheiles hervor. Diese Erforderniß ist aber auch die absolute Bedingung der Rechtlichkeit der Vollstreckung des Urtheiles; weil alle Aeusserungen der Exekutivgewalt des Staates nur in soferne * rechtlich möglich sind, in wieferne sie durch die Autorität der richterlichen Gewalt bedingt sind, und mit ihren Erkenntnissen übereinstimmen.

* Anmerk. Man sehe den §. 90. im ersten Hefte.

§. 201.

b) *Nach der rechtlichen Klugheit.*

Zunächst der Erörterung dieser Erforderniß des strengen Rechtes folgt die Lösung der Aufgabe: *wie* die Vollstreckung des peinlichen Urtheils im Anbetrachte ihrer ausserwesentlichen Form der Regel nach beschaffen seyn müsse, damit sie am vollständigsten der rechtlichen Klugheit entspreche, und auf diese Art den Endzweck der Strafe überhaupt am zuverlässigsten erreiche? —

§. 202.

Fortsetzung.

Da die Neuheit eines gegebenen Beispieles überhaupt gerade den heftigsten Einfluß auf das Gemüth äussert; so muß diese allgemeine psychologische Thatsache auch von dem Eindrücke angenommen werden, welchen die bösen Beispiele auf das Gemüth haben. Es ist daher nothwendig, daß dem feindseligen Einflusse derselben auf die ungesäumteste Weise begegnet werde, und dieses geschieht dadurch, daß alles unnöthige Zaudern von der Vollstreckung der Strafe entfernt werde, und auf diese Weise durch den psychologischen Einfluß derselben der böse Keim, wo möglich, bei seiner ersten Entstehung zernichtet werde. — Hieraus geht daher der Grundsatz hervor: *die Vollstreckung des peinlichen Urtheils muß ungesäumt vorgenommen werden.* —

§. 203.

Fortsetzung.

Da ferner die unmittelbare Anschauung eines Vorganges nicht nur einen höhern Grad der Gewissheit derselben bewirkt, als einem bloßen Ohrenzeugen (welcher nämlich jenen Vorgang von andern, obwohl glaubwürdigen Augenzeugen gehört hatte) je eigen seyn kann, sondern auch ungleich mächtiger das Gefühl affiziret; so folget, dafs zu der vollständigen Erreichung des Endzweckes der Strafe, * welche an einem Verbrecher dem richterlichen Urtheile gemäfs vollzogen werden soll, *die Vollstreckung des peinlichen Urtheils öffentlich vor den Augen des Volkes geschehen müsse.*

* Anmerk. Man sehe den §. 70. im ersten Hefte.

§. 204.

Fortsetzung.

Und weil gerade an dem Orte des begangenen Verbrechens die geheimen Wirkungen desselben am meisten zu befürchten sind; so ist es nöthig und am erspriesslichsten, *dafs die Strafe auch an jenem Orte exequirt werde.* *

* Anmerk. Von der Beobachtung dieser vorstehenden drei Punkte können nur solche Umstände eine Ausnahme bewirken, welche schlechterdings nicht zu heben sind, und entweder mit der Qualität der erkannten Strafe nicht vereinigt werden können, oder sogar selbst die Be-
din-

dingung heben, weswegen ihre Beobachtung durch die rechtliche Klugheit vorgeschrieben ist. — Denn es wäre in der That lächerlich, an einem jeden Orte, wo Verbrechen begangen worden wären, oder begangen werden könnten, die Errichtung von Zuchthäusern zu fordern, und es wäre öfter gefährlich, wenn man das Haupt einer mächtigen Verschwörung oder eines wirklichen Aufruhrs *öffentlich* hinrichten wollte! —

Jedoch aber halte ich es für zuträglich, in dem ersten Falle lieber etwas an der Dauer der peinlichen Strafe zu mildern, und aber anderer Seits eine verhältnißmäßige Züchtigung jener Strafe beizufügen, welche an dem Orte der begangenen Missethat dem Verbrecher ertheilet werden könnte, nach welcher derselbe erst in sein ferneres Straf- und Verwahrungsort gebracht würde. In dem zweiten Falle kann die Todesstrafe ins Geheim vollzogen, und der Leichnam nachher öffentlich ausgestellt werden.

§. 205.

Fortsetzung.

Da endlich die Strafe nicht sowohl eine sklavische Furcht, als vielmehr das Gefühl der *Ehrfurcht* (§. 65. Anmerk.) vor der Unverletzlichkeit und Heiligkeit des Rechtsstandes bewirken soll; so *muß* ein *feierlicher Ernst* ihre *Vollziehung* begleiten. —

§. 206.

Von dem rechtmässigen Forum der Criminalgerichtsbarkeit.

Das rechtmässige Forum der Criminalgerichtsbarkeit ist einzig das Forum *des begangenen Verbrechens*. — Dieses erhellet aus dem *Zwecke* der Criminalgerichtsbarkeit, welcher darin bestehet, daß begangene Verbrechen untersucht und bestraft werden mögen, um unter den Augen derjenigen, welche die nächsten Zeugen des begangenen Verbrechens waren, dem gestörten Rechtsstande eine zureichende Genugthuung zu leisten, und einen jeden, welcher durch das gegebene Beispiel zu einer ähnlichen Schandthat geneigt gemacht seyn könnte, durch die Majestät der strafenden Gerechtigkeit von seiner schwankenden Rechtlichkeit zurückzuführen, und in ihm die Ueberzeugung von der Unverletzlichkeit des Rechtsstandes wieder fest zu begründen. — Da jede Einwendung gegen dieses Forum — wenn sie sich auch noch so sehr nach statistischen Gesetzen rechtfertigen läßt — den Zweck der peinlichen Strafgewalt zerstöhret; ja sogar durch die Auslieferung des Verbrechers an ein anderes — öfters weit entferntes Gericht die Untersuchung erschweret, ja sogar größtentheils unmöglich gemacht wird; so stehet nach absoluten Rechtsprinzipien meine obige Behauptung fest, und fordert mit kategorischer Strenge auch ihre *statutarische Sanktion*! —

§. 207.

Von den Kosten in der Criminalgesetzgebung.

Die Auflösung der Frage: Wer muß diejenigen Kosten tragen, welche zu der Erreichung des besondern Endzweckes der Criminalgesetzgebung erforderlich sind, gehört an sich nicht zu der Wesenheit des Umfanges der Criminalgesetzgebung; sondern behauptet vielmehr bloß zufälliger Weise (in wieferne sie nämlich durch die äussern Verhältnisse veranlaßt werden) bei der Theorie derselben ihren Platz.

§. 208.

Fortsetzung.

Die Verfügungen der Criminalgesetzgebung sind entweder solche, welche besondere Individuen zum Gegenstande haben, oder nicht.

§. 209.

Fortsetzung.

Im zweiten Falle muß der ganze Staat diejenigen Kosten tragen, welche durch die Ausführung jener Verfügungen veranlaßt werden. Denn der ganze Staat genießt die rechtlichen Vortheile derselben, und die Nothwendigkeit jener Verfügungen geht nicht bloß aus einem Theile der Bürger hervor, sondern beziehet sich vielmehr auf *alle* Bürger des Staates. Denn der Staat muß in einem jeden Bürger seinen möglichen Feind befürchten. * Diejenigen Ko-

Kosten, welche zur Beförderung der Kultur der Nation und zu der nöthigen Aufsicht, daß sogar die geringste Gefahr der Unsicherheit in einem jeden Winkel des Staates am zuverlässigsten entdeckt und sogleich in ihrem ersten Keime ersticket werden möge (§. 74.), verwendet werden müssen, kommen einzig auf die Rechnung des ganzen Staates.

* Anmerk. Man sehe den §. 62. im ersten Hefte.

§. 210.

Fortsetzung.

In dem ersten Falle (§. 208.) aber, wenn nämlich die Ausführung der Verfügungen der Criminalgesetzgebung sich auf besondere Individuen beziehet, so stehet der Grundsatz fest: diejenigen sind den Staat zu entschädigen und die Kosten, welche aus der Ausführung der Criminalgesetze entstehen, zu ersetzen schuldig, durch deren gesetzwidrige freie Handlungsweise jene besondere Thätigkeit der Criminalgesetzgebung veranlaßt wurde. —

§. 211.

Fortsetzung.

Denn da der Endzweck der Criminalgesetzgebung ein nothwendiger Zweck für den Staat ist, somit auch dessen Bewerkstelligung unter einer gleichen Eigenschaft betrachtet werden muß; so kann die Ausführung der Criminalgesetze kein willkührlicher Akt für den Staat seyn, und folglich steht dem widerrechtlichen Impugnanten keinesweges die

Ein-

Einrede zu: Jene Kosten seyen aus einer unnöthigen Thätigkeit von Seite des Staates veranlaßt worden, Letzterer habe somit auch allein dieselben Kosten zu tragen. —

§. 212.

Fortsetzung.

Eben so wenig kann der Beschädigte oder der Denuntiant zu der Erstattung der Kosten gehalten seyn. Denn der Staat ist in Anbetracht des Beschädigten für sich schon und unaufgefordert zu Folge seiner unbedingten Garantie (§. 14.) verbunden, die Urrechte eines Jeden seiner Bürger zu schützen, und in dieser Absicht schlechthin unbedingt die nöthigen Maasregeln zu treffen schuldig. Dem Denuntianten aber kann eben so wenig durch die Denuntiation ein Präjudiz erwachsen. Denn dieser zeigt sich durch dieselbe als ein Freund des Rechtsstandes, erfüllet seine Verbindlichkeit als Bürger (§. 82.), und es kann somit aus dieser seiner rechtlichen Handlungsweise kein Nachtheil nach Rechtsprinzipien für ihn entstehen; da in einem rechtlichen Staate nur der Unrechtlichkeit ein verhältnismässiger Schaden zuerkannt werden kann. — *

* Anmerk. Nur die erwiesene bössliche Absicht des Denuntianten oder des Beschädigten, welcher entweder selbst auch der Denuntiant wird, oder die Denuntiation doch durch einen Andern veranlaßt, macht allein von dem obigen Grundsätze eine Ausnahme. Uebrigens beruhet

ruhet die Behauptung auf sehr guten Gründen: daß der Denuntiant allerdings in die Kosten verurtheilt werden müsse, im Falle die Nichtigkeit seiner Denuntiation auf eine leichte Weise von ihm selbst vor der Hand hätte untersucht und eingesehen werden können, und derselbe diese vorgängige Prüfung demungeachtet unterliefs. Denn ein solcher Denuntiant ist unter den gedachten Umständen schlechterdings nicht im Stande, sich von dem Vorwurfe zu befreien, daß er, wo nicht offenbar dolos, doch wenigstens in schwerer Schuld rechtswidrig gehandelt habe. —

§. 213.

Fortsetzung.

Daß alle nothwendigen nachtheiligen Folgen der Ungerechtigkeit gegen ihren eigenen Urheber gerichtet werden, ist nicht nur ein Resultat der rechtlichen Klugheit, sondern auch des strengen Rechtes selbst. Denn es erwachsen hieraus nicht nur allein stärkere Abhaltungsgründe von der Ungerechtigkeit, sondern auch alle nachtheiligen Folgen der Ungerechtigkeit müssen als die Fortsetzung des widerrechtlichen Angriffes auf die Freiheit der Andern angesehen werden, und können somit rechtlich auf den ungerechten Impugnanten zurückgeworfen werden.

§. 214.

Fortsetzung.

Wenn der Angeschuldigte von der gesetzwidrigen freien Handlungsweise überführt ist, so trifft der obige Grundsatz (§. 210.) gegen ihn zuverlässig ein. Wenn derselbe aber nicht überführt werden kann; so ist dieselbe Rücksicht nöthig, welche ich oben (§. 150.) aufgestellt habe. Der Angeschuldigte muß nämlich entweder als der Veranlasser selbst von der Untersuchung und somit auch von den Kosten derselben betrachtet werden, oder nicht. In wieferne der erstere Fall eintritt, müssen auch die Kosten der Untersuchung, als die nothwendigen Folgen seiner Veranlassung auf seine Rechnung gebracht werden.* In dem zweiten Falle aber ist der Angeschuldigte frei von deren Ersatz, und der Staat muß sie so lange auf sich nehmen, bis der wahre Thäter entdeckt wird.

* Anmerk. Die statutarische Rechtsregel: *quod quis ex sua Culpa damnum sentit, non intelligitur damnum sentire*, welche das Römische Gesetzbuch *L. 203. D. de reg. iur.* aufstellet, ist somit als das unmittelbare Resultat der strengen Rechtswissenschaft zu betrachten, und zeigt seinen großen praktischen Einfluß auf alle Theile der Gesetzgebung. —

Fortsetzung.

Diese Verbindlichkeit des Staates tritt überhaupt auch in einem jeden Falle ein, in welchem entweder der wahre Thäter gar nicht entdeckt wird, oder in welchem derselbe unfähig ist, die Kosten aus seinen eigenen Mitteln zu ersetzen. Denn da der Zweck der Thätigkeit der Criminalgesetzgebung auf den Rechtsstand *aller* Bürger hingeht; so müssen auch *Alle*, d. i. der ganze Staat, subsidiarisch für die mit ihr verbundenen Kosten haften. *

* Anmerk. Diese bereits aufgestellten Grundsätze über die rechtliche Zuständigkeit der Kosten in diesem Theile der Gesetzgebung sind zwar, wie ich schon gesagt habe, keine wesentlichen Stücke des peinlichen Rechtes, sie müssen aber doch wegen ihrem zufälligen Zusammenhange aus der Wesenheit desselben ausgemittelt werden, und da der Grund jenes zufälligen Zusammenhanges (das *besondere* Eigenthum der Bürger) in einem jeden kultivirten Staate eintrifft; so glaubte ich die Darstellung derselben der Criminalgesetzgebung in der allgemeinen Staatslehre allerdings beyfügen zu dürfen, zumal da ich die an manchen Orten statthabende Gewohnheit kenne, daß einzelne Oerter oder Bezirke des Staates die Kosten der in denselben entstandenen peinlichen Untersuchungen allein tragen müssen, welches der Regel

Regel nach mit Recht gerügt zu werden verdienet, und zum Besten jener Orte und Bezirke abgeändert werden muß. Dieses findet vorzüglich dann Statt, wenn dieser Gewohnheit sonst nichts als ihr Alterthum zu Grunde liegt, und dieselbe nicht auf ein *verhältnismässiges* und *fortdauerndes* Aequivalent beruhet, welches der Staat diesen besondern Distrikten für diese besondere, nach dem strengen Rechte *nur ihm* zustehende, Auflage ertheilet! —

*
*
§. 216.

Beschluß der Metaphysik der Criminalgesetzgebung.

Dadurch, daß sowohl das Wesentliche der Criminalgesetzgebung als das Ausserwesentliche durch die Gesetzgebung genau festgesetzt ist, erwächst dieselbe zu einem geschlossenen und vollkommenen Ganzen, welchem weder eine der vollständigsten Sicherheit nachtheilige Lücke, noch etwas an sich Ueberflüssiges zukömmt, das eben daher die Freiheit der Bürger auf eine unnöthige, d. i. durch den Staatszweck nicht erforderliche * und aus gleichem Anbetrachte widerrechtliche Art beschränket.

* Anmerk. Man sehe den §. 53. in dem ersten Hefte.

§. 217.

Fortsetzung.

Die Festsetzung des Zweckes der Criminalgesetzgebung, welcher in der bestmöglichen Verhütung von Verbrechen (§. 22.) besteht, die Bestimmung der nothwendigen Mittel zur Realisirung jenes Zweckes nach solchen apodiktischen Grundsätzen, welche das ewige, durch die Intelligenz unveräusserlich gegebene Recht und die rechtliche Klugheit zur unerschütterlichen Grundlage haben, in wieferne letztere aus dem Begriffe der Verbrechen und der allgemeinen und nothwendigen psychologischen Anlage des Menschen hervorgeht, vollenden die Wesenheit der Metaphysik der Criminalgesetzgebung.

§. 218.

Fortsetzung.

Alles Ausserwesentliche derselben aber kann nur in soferne rechtmässig mit der Criminalgesetzgebung verbunden werden, in wieferne es durch den Einfluss der übrigen rechtlichen Staatsverhältnisse nothwendig gemacht wird, und erhält nach der Wesenheit der Criminalgesetzgebung seine besondere Modifikation.

§. 219.

§. 219.

Fortsetzung.

Durch die Criminalgesetzgebung, wie sie seyn soll (§. 216.), wird dem Staate und einem jeden einzelnen Bürger, und sogar dem Verbrecher selbst das höchste rechtliche Gut gesichert. — Die verdiente Verehrung und der Segen jedes Biedermannes lohnet daher den Gesetzgeber und einen jeden würdigen Staatsbürger, dessen edles Streben mittelbar oder unmittelbar auf die bestmögliche Befriedigung dieses überausgrossen Bedürfnisses der Menschheit hingeht! — —

Gedruckt

bei Adolph Ernst Junge.

Fortsetzung

Durch die Circulationsorgane, wie sie sein
soll (s. 210), wird dem Blute ein
weiter Reiz gegeben, und sogar dem Vascularsystem selbst
das höchste technische Gut gegeben. — Die
höchste Wirkung und der Segen jedes Heilungsmittels
kann daher bei (unabhängig) und nicht bei jedem
einem Staatsbürger, dessen ethische Bildung
höher steht, als die der niedrigsten Bevölkerung
dieses hochentwickelten Reiches der Mensch-
heit. —

Die höchste ethische Bildung ist die höchste
ethische Bildung.

Gedichte

bei Adolph Ernst Lange

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Fortsetzung

Nach der Einleitung, wie sie sein soll (s. 210), wird dem Leser ein-
geleitet, und zwar dem Verfasser selbst
das höchste rechtliche Gut gegeben. — Die Ver-
fassung und der Gesetzgeber werden
dann davor der Gesetzgeber und nicht jedem
einem Staatsbürger, dessen ethische Mittelbar-
keit unmittelbar mit der bestmöglichen
Ordnung des menschlichen Bestandes der Mensch-
heit übereinstimmt. —

Die zweite Hälfte des Buches ist
Gedichte

von Adolph Ernst Lange

Die dritte Hälfte des Buches ist
eine Sammlung von Gedichten
von Adolph Ernst Lange
die in der ersten Hälfte des Buches
erwähnt sind.

Fortssetzung

Durch die Criminal-Verfolgung, wie sie sein
soll (s. 210), wird dem Staat und einem jeden ein-
zelnen Bürger, und sogar dem Vandalen selbst
das höchste rechtliche Gut gestiftet. — Die ver-
diente Vergeltung und der Segen jedes Heiligtums
lobet daher den Gesetzgeber und nicht jeden Will-
kür-Staatsherr, dessen edle Thaten nicht
oder ungenügend mit der bestmöglichen Befreiung
eines wess unangenehmen Bedürfnisses der Mensch-
heit übereinstimmen. —

Die Vertheidigung des Rechts ist die erste Pflicht

des Staatsbürgers und der Menschheit überhaupt.

Gedruckte

bei Adolph Erbes Druck

in Berlin

1819

Preis 1 Rthlr.

Verkauft in

der Buchhandlung

von

Adolph Erbes

in Berlin

1819

Preis 1 Rthlr.

Verkauft in

der Buchhandlung

von

Adolph Erbes

in Berlin